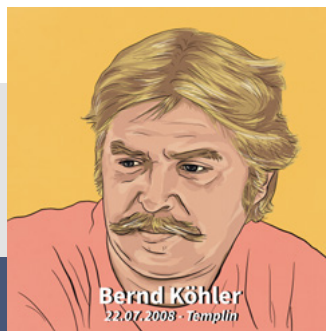
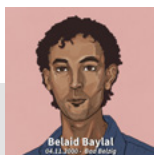
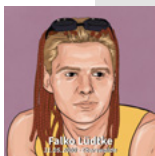
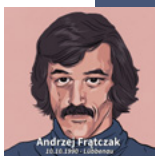
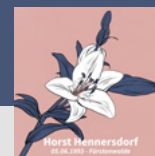


KEIN SCHÖNER LAND

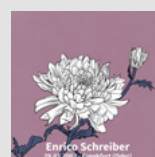
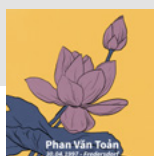
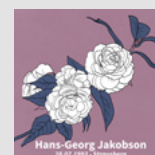
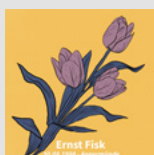
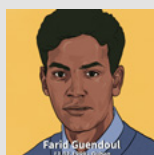
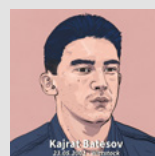
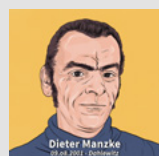
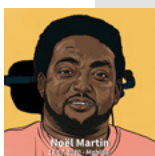
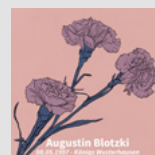
Todesopfer rechter Gewalt in Brandenburg



PÄDAGOGISCHES



BEGLEITMATERIAL



Inhaltsverzeichnis

	Impressum	03
	Vorwort und Lehrplanbezug	04
	Statistik rechter Gewalttaten in Brandenburg (2011 – 2021)	07
Modul A/0	Aspekte rechter Einstellungen	09
Modul A/1	Expertenthema 1 – Antisemitismus	10
Modul A/2	Expertenthema 2 – Rassismus	12
Modul A/3	Expertenthema 3 – Sozialdarwinismus	13
Modul A/4	Expertenthema 4 – Nationalismus	14
Modul A/5	Expertenthema 5 – Revisionismus	16
Modul A	Lösungsvorschläge und weiterführende Hinweise für Lehrer*innen	17
Modul B/1	Erkunden der Ausstellung – Erste Gedanken zur Ausstellung	23
Modul B/2	Erkunden der Ausstellung – Tatmotive	25
Modul B/3	Wer war... und warum musste er sterben? Einen Zeitungsbericht schreiben	27
Modul B/1	Erkunden der Ausstellung – Erste Gedanken zur Ausstellung	29
Modul B/2	Erkunden der Ausstellung – Tatmotive	31
Modul B/3	Wer war... und warum musste er sterben? Einen Zeitungsbericht schreiben	32
Modul B	Erkunden der Ausstellung – Vorschlag zur Stundengestaltung	34
Modul C/1	Analyse und Deutung von Statistiken der Autoritarismus-Studie	36
Modul C/2	Ursachen rechter Einstellungen und Verhaltensweisen	38
Modul C	Notierhilfe	41
Modul C/3a	Situation in der Vor- und Nachwendezeit in den neuen Bundesländern	42
Modul C/3b	Situation in der Vor- und Nachwendezeit in den neuen Bundesländern	44
Modul C/3c	Situation in der Vor- und Nachwendezeit in den neuen Bundesländern	46
Modul C/3d	Situation in der Vor- und Nachwendezeit in den neuen Bundesländern	48
Modul C/4a	Amadeu António – Die Situation der Vertragsarbeiter*innen in der DDR und Nachwendezeit	49
Modul C/4b	Marinus Schöberl – Antisemitismus gegenüber nichtjüdischen Opfern	51
Modul C/4c	Emil Wendland – Sozialdarwinismus als Tatmotiv	53
Modul C/4d	Farid Guendoul – Gedenken und Erinnern	56
Modul C/4e	Noël Martin – Betroffenenperspektive und Kampf gegen Rassismus	59
Modul C	Ausstellungsbesuch: Vertiefung – Lösungsvorschläge und weiterführende Hinweise für Lehrer*innen	63
Modul C	Vertiefung des Ausstellungsbesuchs – Vorschlag zur Stundengestaltung	77
Modul D/0	Hinschauen und Handeln – Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Brandenburg	79
Modul D/1	Hinschauen und Handeln – Erarbeiten eines Rollenspiels	80
Modul D/2	Hinschauen und Handeln – Handlungsoptionen für Betroffene und Zeug*innen erarbeiten	82
Modul D/3	Hinschauen und Handeln – Feedbackbogen (Rollenspiel)	84
Modul D/4	Hinschauen und Handeln – Die Wehrhafte Demokratie	85
Modul D/5a	Hinschauen und Handeln – Die Wehrhafte Demokratie	88
Modul D/5b	Hinschauen und Handeln – Die Wehrhafte Demokratie	90
Modul D	Hinschauen und Handeln – Lösungsvorschläge und weiterführende Hinweise für Lehrer*innen	92
Modul D	Hinschauen und Handeln – Vorschlag zur Stundengestaltung	99

Impressum

Kontakt

Opferperspektive – Solidarisch gegen Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt e.V.

Rudolf-Breitscheid-Straße 164

14482 Potsdam

Telefon 0179 . 4 25 90 73

E-Mail ausstellung@opferperspektive.de

Weiterführende Informationen

www.todesopfer-rechter-gewalt-in-brandenburg.de

Verantwortlich für das pädagogische Material begleitend zur Ausstellung

Kein schöner Land – Todesopfer rechter Gewalt in Brandenburg:

Konzept Franziska Jahn
Hannes Riemann

Inhalt Franziska Jahn
Nadia Martin
Hannes Riemann

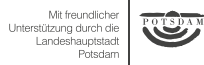
Lektorat Nadia Martin

Layout STAYLOUD grafik+design

Beratung Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA)

Aktualisierung 2022 Anne Grunwald

Herausgeber



Die Aktualisierung 2022 wurde gefördert durch



„Kein schöner Land – Todesopfer rechter Gewalt“

Brandenburg ist eines der Bundesländer, in denen seit der Wiedervereinigung die meisten Todesopfer rechter Gewalt zu beklagen sind. Die *Opferperspektive e. V.* erinnert auf ihrer Webseite *Todesopfer rechter Gewalt in Brandenburg* an 23 Tötungsdelikte und das damit verbundene individuelle Schicksal von 23 Menschen, die seit 1990 in Folge von rechter, rassistischer oder sozialdarwinistisch motivierter Gewalt in Brandenburg ums Leben gekommen sind. Die im Jahr 2018 konzipierte Wanderausstellung *Kein schöner Land – Todesopfer rechter Gewalt in Brandenburg* basiert auf dieser Webseite und ist über QR-Codes mit ihr verknüpft.

Die Ausstellung umfasst 27 Tafeln, von denen 23 die einzelnen Todesopfer in den Blick nehmen und vier Tafeln ergänzende Informationen bereitstellen. *Kein schöner Land* dokumentiert alle Todesopfer, welche durch die Landesregierung Brandenburg offiziell als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt wurden und/oder von *Opferperspektive e. V.* als solche bewertet wurden.

Die Tafeltexte fokussieren die Opfer, die rechten Gewalttaten und deren juristische Aufarbeitung. Die einzelnen Tafeln geben jeweils einen Überblick über Zeitpunkt, Ort und Motiv der Tat. Darüber hinaus vermittelt die Ausstellung die Debatte um die Anerkennung als Opfer rechter Gewalt in Brandenburg. Einen zusammenfassenden Überblick über die Motivation rechter Gewalt in den hier dargestellten Fällen gibt die Tafel „Rechte Tatmotive“. Über die 23 eindeutigen Fälle hinaus dokumentiert *Opferperspektive e. V.* Fälle, in denen rechte Täter ohne politische Motivation Menschenleben nahmen und Verdachtsfälle, bei denen ein rechter Hintergrund der Täter oder eine rechte Motivation für die Tat angenommen werden muss, aber nicht mehr eindeutig nachweisbar ist. Diese sind auf den Tafeln „Verdachtsfälle“ und „Rechte Täter“ näher beschrieben.

Das hier vorliegende pädagogische Material eignet sich für Schüler*innen der Sekundarstufe I (ab Klasse 9), insbesondere jedoch für Schüler*innen der Sekundarstufe II aus Brandenburg und Berlin. Es orientiert sich an den aktuellen Lehrplänen der Länder Brandenburg und Berlin.

Das Unterrichtsmaterial basiert auf vier Modulen, die aufeinander aufbauend, aber auch getrennt voneinander, je nach Wissensstand der Schüler*innen

- ausstellungsbegleitend,
- als inhaltliche Vor- und Nachbereitung der Ausstellung
- sowie als Vertiefung einzelner Aspekte durch biographisches Lernen genutzt werden können.

Die Module A bis D beinhalten Arbeitsblätter, Vorschläge zur Unterrichtsgestaltung sowie Lösungsvorschläge und weiterführende Hinweise für die Lehrer*innen. Aufgrund der Heterogenität der Schüler*innengruppen, des Vorwissens und auch des allgemeinen Kompetenzstandes wurde auf genaue Zeitangaben verzichtet. Alle Stundenvorschläge orientieren sich jedoch an dem zeitlichen Rahmen von 45 bzw. 90 Minuten. Das Material ist entsprechend variabel einsetzbar. Der Aufbau der Vorschläge orientiert sich an den gängigen Unterrichtsphasen eines Einstiegs, der Erarbeitung und einer Sicherungsphase. Schließlich finden sich Vorschläge zu einer Vertiefung, eines Transfers im Sinne eines Urteils oder einer Verknüpfung zu den anderen Modulen.

Modul A eignet sich zur Vorbereitung des Ausstellungsbesuches (Modul B). In ihm werden Aspekte extrem rechter Einstellungen und Verhaltensweisen arbeitsteilig untersucht und erarbeitet, um anschließend eine eigene Definition des Begriffs Rechtsextremismus zu entwickeln.

Das **Modul B** kann während des Ausstellungsbesuches genutzt werden. Ziel des Moduls ist es, zunächst das Thema und den Aufbau der Ausstellung zu erfassen. Es folgt eine Erarbeitung der Tatmotive rechter Gewalt und eine ausführliche Auseinandersetzung mit den Biographien der Todesopfer rechter Gewalt in Brandenburg seit 1990.

Das **Modul C** eignet sich zur vertiefenden Nachbereitung des Ausstellungsbesuchs. Es greift Zahlen einer aktuellen Studie zu rechten Einstellungen in der deutschen Gesellschaft auf. Eine Analyse dieser Zahlen zeigt, dass rechte Einstellungen in der deutschen Gesellschaft keine Randerscheinung sind und in der Mehrheitsgesellschaft etabliert sind. Zudem sind Unterschiede zwischen Ost und West erkennbar. Es folgt eine Erarbeitung der Ursachen solcher Einstellungen anhand unterschiedlicher Erklärungsansätze (psychologisch, politisch, gesellschaftlich), eine Erarbeitung der Situation in Ostdeutschland in der Vor- und Nachwendezeit und die Überprüfung jener Erklärungsansätze am Beispiel Ostdeutschlands.

Der zweite Teil des Moduls widmet sich insgesamt fünf der 23 Todesopfer rechter Gewalt genauer und beleuchtet besondere biographische Aspekte und gesellschaftlich relevante Themen wie Antisemitismus, Rassismus, Obdachlosigkeit in Deutschland, Vertragsarbeiter*innen in der DDR und Nachwendezeit sowie das Gedenken an die Opfer und die Bedeutung der Betroffenenperspektive.

Modul D rückt das eigene, das gesellschaftliche und das staatliche Handeln gegen rechte Einstellungen und Verhaltensweisen in den Fokus. Zunächst werden anhand konkreter Fallbeispiele Handlungsoptionen für Zeug*innen und Betroffene rechten Verhaltens entwickelt und reflektiert. Der zweite Teil des Moduls thematisiert die Ideengeschichte sowie die Instrumente der Wehrhaften Demokratie und prüft diese nach ihrer Effizienz und Legitimität.

Lehrplanbezug für Brandenburg und Berlin

Sekundarstufe I:

Lehrplan für Brandenburg und Berlin, Fach Politische Bildung

- Klassenstufe 9/10

Themenfeld: Demokratie in Deutschland; inhaltlicher Schwerpunkt: Gefährdungen der Demokratie – Wehrhafte Demokratie – Extremismus und Gewalt

Kompetenzen: Demokratiebildung und Gewaltprävention; mündig handeln; durch selbstbestimmte Mitwirkung in schulischen und lokalen Kontexten die Wirksamkeit eigenen Handelns erfahren; Förderung des Interesses an schulischen und außerschulischen Projekten¹

Sekundarstufe II:

Lehrplan für Brandenburg, Fach Politische Bildung

- gymnasiale Oberstufe, Grund- und Leistungskurs

Themenfeld: Demokratie; inhaltlicher Schwerpunkt: Grundgesetz und politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland – Wehrhafte Demokratie

Kompetenzen: Demokratiebildung und Gewaltprävention; Fördern demokratischen Handelns, um gegenwärtigen Herausforderungen für die Demokratie gewachsen zu sein; durch selbstbestimmte Mitwirkung in schulischen und lokalen Kontexten die Wirksamkeit eigenen Handelns erfahren; Förderung des Interesses an schulischen und außerschulischen Projekten²

Sekundarstufe II:

Lehrplan für Berlin, Fach Politikwissenschaft

- gymnasiale Oberstufe, Grund- und Leistungskurs

Themenfeld: Gegner der Demokratie (T2 – Pflichtbereich) – Politischer Extremismus – Theorie, Praxis, aktuelle Tendenzen und Verbindungen (Antisemitismus, Nationalismus, Rassismus)

Kompetenzerwerb im Themenfeld: Vorbereitung und Mitgestaltung von Erkundungen/Exkursionen

Kompetenzerwerb allgemein: Übernahme von Verantwortung in der Demokratie; aktive Gestaltung der Gegenwart und Zukunft

¹ Vgl. Bildungsserver Berlin-Brandenburg: Demokratiebildung, unter: <https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/rfp-online/b-fachuebergreifende-kompetenzentwicklung/demokratiebildung/> (zuletzt: 21.11.2018).

² Vgl. Bildungsserver Berlin-Brandenburg: Demokratiebildung, unter: <https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/rfp-online/b-fachuebergreifende-kompetenzentwicklung/demokratiebildung/> (zuletzt: 21.11.2018).

Statistik rechter Gewalttaten in Brandenburg (2011 – 2021)		
Jahr	Rechte Gewalttaten in Brandenburg Quelle: Opferperspektive e. V.	Politisch motivierte rechte Gewalttaten in Brandenburg Quelle: Landeskriminalamt
2011	87	39
2012	95	58
2013	85	45
2014	98*	73
2015	203	129
2016	221	167
2017	171	124
2018	174	123
2019	142	90
2020	130	69
2021	150	108

* mit Nachmeldungen

Hintergründe zur Statistik

Die Erfassungskriterien der Opferperspektive e. V. orientieren sich am bundeseinheitlichen polizeilichen Definitionssystem „Politisch motivierte Kriminalität-rechts“ (PMK-rechts) des Landeskriminalamts (LKA): „Der wesentliche Kerngedanke einer ‚rechten‘ Ideologie ist die Annahme einer Ungleichheit bzw. Ungleichwertigkeit der Menschen.“¹ Nach der PMK-rechts gilt eine Tat als politisch motiviert, wenn in Würdigung der Umstände der Tat* und/oder der Einstellung des*der Täter*in(nen) Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen eine Person wegen ihrer/ihrer zugeschriebenen oder tatsächlichen

- politischen Haltung, Einstellung und/oder Engagements,
- Nationalität, ethnischer Zugehörigkeit, Hautfarbe,
- Religionszugehörigkeit, Weltanschauung,
- sozialen Status, physischen und/oder psychischen Behinderung oder Beeinträchtigung,
- sexuellen Orientierung und/oder sexuellen Identität oder
- äußeren Erscheinungsbildes

gerichtet sind und die Tathandlung damit im Kausalzusammenhang steht bzw. sich in diesem Zusammenhang gegen eine Institution/Sache oder ein Objekt richtet.²

* Bei der Würdigung der Umstände der Tat ist neben anderen Aspekten auch die Sicht der betroffenen Person einzubeziehen.

Erfasst werde in beiden Statistiken vor allem physische Gewalttaten einschließlich des Versuchs, also Straftaten, die mit einer körperlichen Schädigung eines Menschen einhergehen oder diese zumindest beabsichtigen (vollendete oder versuchte Körperverletzungen, Tötungs-, Raub- und Sexualdelikte, Erpressung sowie Freiheitsberaubung). Zudem werden auch Brand- und Sprengstoffdelikte erfasst. Opferperspektive e. V. zählt auch massive Bedrohungen und Nötigungen sowie zielgerichtete Sachbeschädigungen und erfasst in der Statistik nicht angezeigte Gewalttaten. Das LKA hingegen erfasst auch Widerstandsdelikte und Landfriedensbruch.

Alle Zahlen aus: Opferperspektive e. V. (23.06.2022): Statistik rechter Gewalttaten in Brandenburg: Übersicht 2002 – 2021. Online unter: www.opferperspektive.de/rechte-angriffe/statistik-brandenburg/statistik-rechter-gewalt-2 (zuletzt 29.11.2022)

Ministerium des Inneren und für Kommunales Brandenburg (2022): Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2021 im Land Brandenburg. Online unter: mik.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/PMK_2021_Brandenburg_Handout.4217813.pdf, S. 4 – 5. (zuletzt 29.11.2022)

¹ Bundesministerium des Inneren/Bundesministerium der Justiz (Hrsg.): Definitionssystem Politisch motivierte Kriminalität. Berlin 2016.

² Edb.

Was unterscheidet rechte Einstellungen von rechten Verhaltensweisen?

„Rechtsextremismus ist nicht nur ein Problem, wenn er sich gewalttätig äußert oder in Wahlerfolgen mündet. Das Problem fängt schon vorher an: bei der Verbreitung entsprechender Einstellungen in der Bevölkerung. Denn rechtsextreme Aktivitäten entstehen nicht aus dem Nichts, sondern sie haben die gesellschaftliche Verbreitung eines entsprechenden Denkens zur Voraussetzung. Bei überzeugten Rechtsextremen ist dieses Denken voll ausgeprägt und zu einer politischen Grundüberzeugung verfestigt. Es gibt daneben aber auch viele Menschen, die zwar einige Elemente rechtsextremen Denkens verinnerlicht haben, aber andere Elemente ablehnen; die zum Beispiel rassistisch und autoritär denken, aber Antisemitismus und den Nationalsozialismus ablehnen.“¹ Extrem rechte Einstellungen sind vielschichtig. Doch welche Einstellungen gibt es und welche Zusammenhänge bestehen zwischen ihnen?

Arbeitsplan

Phase 1: Bildung von Stammgruppen und Einarbeitung in Teilaspekte

1. Bilden Sie **Stammgruppen** aus jeweils **5 Schüler*innen**.
2. **Teilen** Sie die Expertentexte untereinander auf und arbeiten Sie sich in Ihr Thema ein.
Expertenthemen: a) Antisemitismus, b) Rassismus, c) Sozialdarwinismus, d) Nationalismus, e) Revisionismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus
3. Machen Sie sich zu Ihrem Aspekt **ausführliche Notizen**.

Phase 2: Bildung von Expertengruppen und Austausch von Ergebnissen

1. Finden Sie sich in Gruppen **arbeitsgleicher Aspekte** (Expertengruppen) zusammen.
2. **Vergleichen** Sie Ihre Ergebnisse. **Ergänzen/Korrigieren** Sie Ihre Notizen ggf.
3. **Visualisieren** Sie Ihre Ergebnisse in Form einer **Mindmap**.
Präsentieren Sie diese in Phase 3 in Ihrer Stammgruppe.

Phase 3: Austausch in Stammgruppen und Erstellen von Plakaten

1. Gehen Sie zurück in Ihre **Stammgruppe**.
2. **Stellen** Sie nun die **Ergebnisse** aus der Expertengruppe vor.
Machen Sie sich zu allen weiteren vorgestellten Teilaspekten **Notizen**.
3. Erstellen Sie ein **Plakat**, auf dem **alle Teilaspekte** Beachtung finden. Stellen Sie auf diesem auch mögliche **Zusammenhänge/Überschneidungen** einzelner Aspekte dar.

¹ Dr. Christoph Schulz/Emil Julius Gumbel Forschungsstelle für Antisemitismus und Rechtsextremismus, im Interview mit der Opferperspektive, April 2019.

Datum _____

Name _____

ARBEITSHINWEISE

1. Lesen Sie den Text und arbeiten Sie die **wesentlichen Merkmale** des Begriffs **Antisemitismus** heraus.
2. **Notieren** Sie Ihre Ergebnisse.

Es gibt verschiedene Definitionen von *Antisemitismus*. Allgemein gesagt, bezeichnet Antisemitismus den Hass auf und die Diskriminierung von Jüdinnen und Juden. Antisemitische Einstellungen und Denkweisen finden sich in allen gesellschaftlichen Gruppen und Schichten sowie bei Anhänger*innen verschiedener Religionen.

Antijudaismus [der] ist eine Bezeichnung für die pauschale Ablehnung des Judentums aus religiösen Motiven. Antijüdische Vorurteile existieren bereits seit über 2000 Jahren.

- 5 *Antisemitismus* hat seinen Ursprung im christlich motivierten *Antijudaismus**, der sich nach der Kreuzigung Jesus Christus' ausbildete. Im Zuge der europäischen Aufklärung im ausgehenden 19. Jahrhundert erfuhr der Antijudaismus eine Modernisierung. Jüdische Menschen wurden nicht mehr als Religionsangehörige, sondern als Angehörige einer eigenständigen „Rasse“* oder eines Volkes klassifiziert. Der aggressive Antisemitismus der Nationalsozialisten begründete bis 1945
- 10 die Ausgrenzung, Entrechtung, Vertreibung, *Deportation** und Vernichtung der jüdischen Menschen Europas.¹

Der Begriff „Rasse“ [die] erlangte in der Geschichte unterschiedliche Verwendung bei Versuchen, Menschen zu klassifizieren. Solche Versuche waren und sind mit Wertungen über und Einteilung in höher- und minderwertige „Menschenrassen“ verbunden. Aus heutiger wissenschaftlicher Sicht gibt es keine unterschiedlichen „Menschenrassen“.

- 15 Erscheinungsformen von antisemitischen Einstellungen können religiös, ökonomisch, politisch oder rassistisch motiviert sein. Sie schreiben jüdischen Menschen oder als jüdisch wahrgenommenen Menschen negative Eigenschaften zu. Diese Wahrnehmung kann in Hass münden. Antisemitisches Verhalten drückt sich in „Wort und Tat gegen jüdische“ Menschen oder Menschen, die als jüdisch wahrgenommen werden, „und/oder deren Eigentum und gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen [aus]“.²

Deportation [die] bedeutet „Verschleppung“. Es meint in diesem Zusammenhang die unfreiwillige Verschleppung der Juden und Jüdinnen in Ghettos, Konzentrationslager und Vernichtungslager.

- 20 Eine antisemitische *Einstellung* kann die Ansicht sein, dass sich „die Juden“ als Kollektiv gegen die Menschheit verschworen hätten und nach der Weltherrschaft strebten. Antisemitisches *Verhalten* findet beispielsweise Ausdruck in der Leugnung des *Holocaust** oder im auf Israel bezogenen *Antisemitismus*, der oft in Vergleichen Israels mit dem NS-Staat mündet und Israel das Existenzrecht abspricht. Weitere Beispiele für antisemitisches Verhalten sind Brandanschläge auf

Das Wort **Holocaust** [der] stammt aus dem Griechischen und bedeutet „völlig verbrannt“. Der Holocaust ist eine Bezeichnung für die systematische Vernichtung der europäischen Juden und Jüdinnen während des Nationalsozialismus. Im Hebräischen findet das Wort „Shoah“ („Katastrophe“) Verwendung.

¹ Vgl. Werner Bergmann: Was heißt Antisemitismus, 27.11.2006, unter: www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/37945/antisemitismus (zuletzt: 08.01.2018).

² Holocaust remembrance alliance: Arbeitsdefinition von Antisemitismus, 26.05.2016, unter: www.holocaustremembrance.com/de/node/196 (zuletzt: 08.01.2018).

Datum _____

Name _____

Synagogen, Schändungen jüdischer Friedhöfe oder Angriffe auf jüdische oder vermeintlich jüdische Menschen auf der Straße. Antisemitische Einstellungen und Verhalten sind auch in Deutschland bisweilen so einschneidend, dass jüdische Einrichtungen wie Schulen oder *Synagogen** dauerhaft von Polizist*innen bewacht werden.

Eine **Synagoge** ist ein Gebäude, das der Versammlung und dem gemeinsamen Gottesdienst einer jüdischen Gemeinde dient. Sie ist die wichtigste Institution im Judentum.

Datum _____

Name _____

ARBEITSHINWEISE

1. **Lesen** Sie den Text und arbeiten Sie die **wesentlichen Merkmale** des Begriffs **Rassismus** heraus.
2. **Notieren** Sie Ihre Ergebnisse.

In Politik, Forschung und in den Medien findet der Begriff „Ausländerfeindlichkeit“ häufig Verwendung. Dabei ist dieser ein unpräziser und veralteter Begriff. Er meint die von Vorurteilen geprägte, negative Einstellung gegenüber Menschen, die als aus dem Ausland stammend und deshalb als störend wahrgenommen werden. Weiße Ausländer*innen aber sind in Deutschland selten Opfer von „ausländerfeindlichen“ Straftaten. Betroffene sind in der Regel nicht-weiße Menschen, viele davon sind Deutsche.¹

Präziser ist deshalb der Begriff *Rassismus* für die ablehnende Einstellung gegenüber Menschen, welche aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Herkunft, ihrer Sprache, ihrer Haut- und Haarfarbe abgewertet, benachteiligt, angefeindet oder angegriffen werden. *Rassismus* ist ein Kernelement extrem rechter Einstellungen.

Die klassischen *Rassenkonzepte*, die sich Ende des 19. Jahrhunderts etablierten, beruhten auf der falschen Annahme, dass sich Menschen nach biologischen Kriterien in klar abzugrenzende „Rassen“ unterteilen ließen. Die „weiße Rasse“ wurde dabei als wertvoller und fähiger als andere betrachtet. Mit diesen Konzepten wurde etwa die europäische Kolonialpolitik gerechtfertigt. Jene „Rassenkonzepte“ und die damit verbundenen Gewalt- und Unterdrückungspraktiken fanden in der Zeit des Nationalsozialismus (1933–1945) ihren Höhepunkt.

Rassismus unterstellt, dass bestimmte (zumeist konstruierte) Gruppen von Menschen auch bestimmte, unveränderliche Eigenschaften, Fähigkeiten und Verhaltensweisen aufweisen. Dabei wird behauptet, dass die eigene Gruppe natürlich überlegen sei, und daraus ein Recht zur Benachteiligung anderer als unterlegen wahrgenommener Gruppen abgeleitet. Eine populäre Form des Rassismus ist der Kulturrassismus. Die behauptete natürliche Überlegenheit der eigenen Gruppe gegenüber anderen Gruppen wird dabei nicht biologisch begründet, sondern kulturell. Die Mechanismen der Ausgrenzung bleiben die gleichen. Kulturrassismus unterstellt unveränderliche kulturelle Identitäten von „Volksgruppen“. Er spricht jenen „Volksangehörigen“ die Möglichkeit der friedlichen Koexistenz innerhalb einer Gemeinschaft ab und negiert die Erkenntnis, dass Kulturen aus dem Zusammenleben von Menschen erwachsen und nicht angeboren sind.²

¹ Vgl. Armin Langer: Sprechen über Rassismus. Wie Worte die Realität verfälschen, 06.09.2018, unter:

www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/chemnitz-berichterstattung-warum-auslaenderfeindlichkeit-das-falsche-wort-ist-a-1226620.html (zuletzt: 13.04.2019).

² Vgl. Maureen Maisha Auma: Rassismus, 30.11.2017, unter: www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/223738/rassismus (zuletzt: 13.04.2019).

Datum _____

Name _____

ARBEITSHINWEISE

1. Lesen Sie den Text und arbeiten Sie die **wesentlichen Merkmale** des Begriffs **Sozialdarwinismus** heraus.
2. **Notieren** Sie Ihre Ergebnisse.

Sozialdarwinismus bezeichnet die verachtende Einstellung gegenüber Personen, die an den gesellschaftlichen Rand gedrängt und als „minderwertig“, „überflüssig“, „nutzlos“ dargestellt werden. Betroffen sein können u. a. wohnungslose und behinderte Menschen sowie Menschen, die für lange Zeit keiner Erwerbsarbeit nachgehen, chronisch krank oder suchtkrank sind.

- 5 Der Ursprung des *Sozialdarwinismus* war eng mit den „*Rassenkonzepten*“ verbunden. Diese Konzepte etablierten sich Ende des 19. Jahrhunderts und beruhten auf der Annahme, dass sich Menschen in verschiedene „*Rassen*“* unterteilen ließen. Der Sozialdarwinismus als Gesellschaftstheorie wiederum berief sich auf Darwins Evolutionstheorie, welche sich auf die Pflanzen- und Tierwelt bezog. *Sozialdarwinisten* versuchten und versuchen, die Entwicklung von Gesellschaften und sozialen Gruppen als „Kampf ums Dasein“ zu beschreiben,
- 10 in dem nur die „Stärksten“ und „Besten“ überleben könnten. Mit diesem so wahrgenommenen Vorrecht des „Stärkeren“ ging bzw. geht die Unterscheidung zwischen „wertvollem“ und „wertlosem“ menschlichen Leben einher. Die *Eugenik** verband die sozialdarwinistischen Gesellschaftsvorstellungen mit den „Rassenkonzepten“. Der „Kampf ums Dasein“ wurde als Daseinskampf verschiedener menschlicher „Rassen“ betrachtet. Vertreter*innen der eugenischen Bewegung fanden sich weltweit und in allen politischen Lagern.
- 15

Die „Rassenhygiene“ war die deutsche Version der *Eugenik* und bildete zusammen mit den „Rassenkonzepten“ einen Grundpfeiler nationalsozialistischer Ideologie. Sie spiegelte sich ab 1933 in der offiziellen Politik wider. Ihre Vertreter*innen waren der Ansicht, dass soziales Verhalten genau wie „rassische“ Unterschiede genetisch veranlagt seien. Diese Veranlagungen suchte man ebenso wie Erbkrankheiten mit Hilfe verschiedener Maßnahmen zu regulieren. Auf Grundlage des Gesetzes zur „Verhütung erbkranken Nachwuchses“, welches am 1. Januar 1934 in Kraft trat, wurden bis Mai 1945 etwa 400 000 Menschen *zwangssterilisiert** und

20

Der Begriff „*Rasse*“ [die] erlangte in der Geschichte unterschiedliche Verwendung bei Versuchen, Menschen zu klassifizieren. Solche Versuche waren und sind mit Wertungen über und Einteilung in höher- und minderwertige „Menschenrassen“ verbunden. Aus heutiger wissenschaftlicher Sicht gibt es keine unterschiedlichen „Menschenrassen“.

Das Wort *Eugenik* [die] stammt aus dem Griechischen und bedeutet „von edler Abstammung“. Eugenik ist die Lehre von der „Verbesserung“ des biologischen Erbgutes des Menschen im Sinne eines Weltbildes, das von der Ungleichheit/unterschiedlichen Wertigkeit der Menschen ausgeht.

Zwangssterilisation [die] bezeichnet die Unfruchtbarmachung von Menschen ohne deren vorherige Einwilligung.

Datum

Name

weitere 30 000 Menschen zu Abtreibungen gezwungen. Den „Euthanasie“-
Aktionen* der Nationalsozialisten fielen etwa 300 000 Menschen zum Opfer.¹

Das Wort **Euthanasie** [die] stammt aus dem Griechischen und bedeutet „schöner Tod“. Es diente der Verharmlosung des staatlich gelenkten Massenmordes an behinderten und psychisch kranken Menschen.

¹Vgl. Manuela Lenzen: Was ist Sozialdarwinismus, 20.10.2015, unter:

www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/214188/was-ist-sozialdarwinismus (zuletzt: 08.01.2019).

Datum _____

Name _____

ARBEITSHINWEISE

1. **Lesen** Sie den Text und arbeiten Sie die wesentlichen Merkmale der Begriffe **Nationalismus**, **Chauvinismus** und **völkischer Nationalismus** heraus.
2. **Notieren** Sie Ihre Ergebnisse.

Der Begriff *Nationalismus* ist ein Sammelbegriff für politische Ideen und Bewegungen, welche Nation und Staat als deckungsgleich betrachten. In der Regel tritt *Nationalismus* nach innen und außen kämpferisch auf: Verstanden als soziales Konzept schließt *Nationalismus* bestimmte soziale Großgruppen ein und grenzt diese gleichzeitig gegenüber anderen ab. Seine aggressive Form – der *Chauvinismus* – kann die Existenz anderer Nationen in Frage stellen oder diese gar bedrohen.¹ Ursprünglich beschreibt *Chauvinismus* eine extreme Form von *Nationalismus*, in dem sich ein Mensch allein aufgrund seiner Zugehörigkeit zu einer Nation gegenüber den Menschen anderer Nationen überlegen fühlt und diese abwertet. Heute bezeichnet *Chauvinismus* verallgemeinernd die so wahrgenommene Überlegenheit der eigenen Gruppe gegenüber anderen Gruppen. Damit geht die Herabwürdigung jener anderen Gruppen einher.²

Völkischer Nationalismus* ist eine Sonderform des *Nationalismus*. Er basiert auf völkisch-rassistischen Gesellschaftsvorstellungen, welche die Menschenpopulation in unterschiedlich wertvolle „Rassen“ beziehungsweise Völker einteilt. Die *Volks-gemeinschaft** beruht demnach auf der gleichen genetischen Abstammung und bildet mit der Nation eine Einheit. Die Bedürfnisse und Interessen des Kollektivs – der *Volks-gemeinschaft* – stehen über den Bedürfnissen und Interessen des sich unterordnenden Individuums. Die *Volks-gemeinschaft* organisiert sich mittels national gesinnter *Eliten** und/oder Führern in einem starken, *diktatorischen** Staat. Völkisch und/oder rassistisch begründete Feindbilder bieten Projektionsflächen und Identifikationsangebote. Völkischer *Nationalismus* baut zum Schutz der *Volks-gemeinschaft* auf eine *biologistische Bevölkerungspolitik**. Charakteristisch ist ihm ein chauvinistisches Großmachtdenken.³

Völkisch bedeutet (in der rassistischen Ideologie des Nationalsozialismus) ein Volk als vermeintliche Rasse betreffend.

Der Begriff **Volks-gemeinschaft** meint eine durch ein starkes (häufig rassistisch begründetes) Bewusstsein der Zusammengehörigkeit gekennzeichnete Gemeinschaft eines Volkes.

Eine **Elite** ist eine Auslese mit bestimmten Eigenschaften aus-gestatteter Menschen.

Eine **Diktatur** ist eine Herrschaftsform, die andere gesellschaftliche Kräfte mit Gewalt unterdrückt und die in der Regel durch eine bestimmte Person, eine gesellschaftliche Gruppierung oder Partei o. Ä. ausgeführt wird.

Eine **biologistische** Vorgehensweise überträgt Phänomene der Biologie auf andere Ebenen, zum Beispiel die gesellschaftliche. Eine **biologistische Bevölkerungspolitik** im Sinne des Nationalsozialismus etwa unterscheidet zwischen „wertvollem“ und „unwertem“ Leben, z.B. im Falle von Erbkrankheiten oder Menschen mit Behinderung.

¹Vgl. Amadeu Antonio Stiftung: Nationalismus, unter: www.belltower.news/artikel/nationalismus (zuletzt: 08.01.2019).

²Vgl.: Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung: Chauvinismus, unter: www.politische-bildung-brandenburg.de/lexikon/chauvinismus (zuletzt: 08.01.2019).

³Vgl: Helmut Kellershohn: Völkischer Nationalismus und seine Kernideologeme. Ein knappe Begriffsklärung, S. 25, in: Siegfried Jäger/Dirk Kretschmer u. a.: Der Spuk ist nicht vorbei, Duisburg 1998, aus: www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Buecher/Der%20Spuk%20ist%20nicht%20vorbei.pdf (zuletzt: 13.04.2019).

Datum _____

Name _____

ARBEITSHINWEISE

1. Lesen Sie den Text und arbeiten Sie die **wesentlichen Merkmale** der Begriffe **Revisionismus** und **Verharmlosung des Nationalsozialismus** heraus.
2. **Notieren** Sie Ihre Ergebnisse.

Der extrem rechte *Geschichtsrevisionismus** richtet sich gegen das auf Forschung und Wissenschaft basierende *Geschichtsbild* vom Nationalsozialismus und den damit im Zusammenhang stehenden Massenverbrechen. *Revisionismus* geht mit einer *Verharmlosung des Nationalsozialismus* einher.

Als **Revisionismus** bezeichnet man den Versuch, eine bereits anerkannte historische Erkenntnis neu zu prüfen und umzudeuten, sie zu **revidieren** (rückgängig machen). Dabei werden oft fadenscheinige Argumente und vereinfachte oder gar falsche Erklärungsmodelle gewählt.

- 5 Im Kern bemühen sich extrem rechte Revisionist*innen um eine Verringerung oder die Verneinung der alleinigen deutschen Kriegsschuld am II. Weltkrieg und die Leugnung der nationalsozialistischen Massenverbrechen. Hierbei geht es ihnen zum Beispiel um die Verharmlosung oder gar Leugnung des *Holocaust**. Die Leugnung des Holocaust ist ein Kernmerkmal antisemitischer Einstellungen.
- 10 In diesem Zusammenhang hat sich seit den 1960er Jahren eine internationale Szene von Holocaust-Leugnenden entwickelt. Ihnen allen ist gemeinsam, dass sie mit vermeintlich wissenschaftlichen Publikationen unter Auslassung historischer Schlüsselquellen und mitunter gar durch Fälschungen versuchen, eine (eigene) alternative historische Wahrheit zu etablieren. Seriöse Wissenschaftler*innen haben die
- 15 Ausführungen dieser Revisionisten mit ihren Forschungen vielfach widerlegt.

Das Wort **Holocaust** stammt aus dem Griechischen und bedeutet „völlig verbrannt“. Der Holocaust ist eine Bezeichnung für die systematische Vernichtung der europäischen Juden während des Nationalsozialismus. Im Hebräischen findet das Wort Shoah (Katastrophe) Verwendung.

Rechte Revisionisten behaupten beispielsweise auch, dass das offizielle Geschichtsbild vom Nationalsozialismus von den *alliierten** Siegermächten und den von ihnen installierten Regierungen in Ost wie West nach 1945 bestimmt wurde. Deren Ziel sei es dabei gewesen, die nationale Identität der Deutschen und das Deutsche Reich als *völkisch-territoriale** Einheit und europäische Großmacht zu zerstören. Die von extrem Rechten so bezeichneten „Lügen“ von der Kriegsschuld und von Auschwitz werden als wirksame alliierte Instrumente der Unterdrückung des deutschen Volkes und der Nation angesehen.¹

Die **Alliierten** (Verbündete) im Zweiten Weltkrieg waren alle Großmächte, die sich unter anderem gegen Deutschland verbündet hatten.

Völkisch bedeutet (in der rassistischen Ideologie des Nationalsozialismus) ein Volk als vermeintliche Rasse betreffend.

¹ Vgl. Amadeu Antonio Stiftung: Die rechtsextremen Geschichtsfälscher, unter: www.belltower.news/artikel/die-rechtsextremen-geschichtsfaelcher (zuletzt: 30.11.2018) und Richard Stöss: Rechtsextremismus im Wandel, 2. aktualis. Aufl., hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2007, S. 4.

Einstieg

Analyseschritte und Analyse der Statistik rechter Gewalttaten in Brandenburg (2011 – 2021)

Benennen

- Titel/Thema der Statistik: „Rechte Gewalttaten in Brandenburg (2011 – 2021)“
- ... zeigt die Anzahl rechter Gewalttaten laut zwei verschiedenen Quellen: Opferperspektive e. V. und Landeskriminalamt (Politisch motivierte Kriminalität – rechts)

Beschreiben

- ... stellt die Entwicklung der Zahlen von Fällen rechter Gewalt von 2011 bis 2021 dar
- LKA: niedrigster Wert 2011 (39 Fälle), höchster Wert 2016 (167)
 - Opferperspektive: niedrigster Wert 2013 (85), höchster Wert 2016 (221)
 - bei beiden deutlicher Anstieg 2015/2016 erkennbar, ab 2017 wieder geringere Zahlen, aber weiterhin höher als vor 2015, 2021 erneuter Anstieg im Vergleich zu den Vorjahren (Opferperspektive)
 - unterschiedliche Arten der Erfassung: in allen Jahren laut Opferperspektive höhere Fallzahlen als laut Landeskriminalamt
 - Unterschied u. a.: Opferperspektive erfasst auch nicht angezeigte Gewalttaten

Beurteilen und Bewerten

- rechts motivierte Gewalttaten = relevantes und gegenwärtiges Problem/Phänomen in Brandenburg
 - Obwohl die Erfassungskriterien von Polizei und Opferperspektive nahezu identisch sind, sind die Abweichungen erheblich. Das kann auch an einem Wahrnehmungsproblem der Polizei liegen.
 - Das Dunkelfeld ist bei der polizeilichen Erfassung höher als bei der unabhängigen Erfassung der Opferperspektive. Das liegt auch daran, dass viele Fälle gar nicht erst zur Anzeige gebracht werden.
 - Die Menschen werden aufgrund von Vorurteilen angegriffen. Bei rechter Gewalt handelt es sich also um vorurteilsgeleitete Gewalt.

Weiterführende Informationen für Kontextualisierung

Was verstehen Opferberatungsstellen unter rechter Gewalt?

Definition rechter Gewalt: „Rechte Gewalt spiegelt gesellschaftliche Machtverhältnisse, dominierende Wertvorstellungen sowie ideologische Kontinuitätslinien wider. Daher sind die Hauptbetroffenengruppen rechter Gewalt von heute auch Gruppen, die während des Kolonialismus und Nationalsozialismus abgewertet, ausgegrenzt, diskriminiert und systematisch ermordet wurden. Rechte Gewalt verneint die universell geltenden Menschenrechte und das Grundgesetz und bedroht so die demokratische Verfasstheit Deutschlands.

In rechten Gewalttaten werden Vorurteile, Abwertungen und Feindbilder wirksam, denen Ideologien der Ungleichwertigkeit zugrunde liegen. Dazu zählen beispielsweise Rassismus, Islamfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus oder LGBTTIQ*-Feindlichkeit. Allen liegt die Zuweisung von Menschen zu bestimmten Gruppen zugrunde, denen stereotype Eigenschaften zu- und Gleichwertigkeit und gleiche Rechte abgesprochen werden.

Einige der abwertenden Einstellungen sind in der Gesellschaft weit verbreitet. Sie sind miteinander verknüpft, weshalb Sozialwissenschaftler*innen auch von einem Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) sprechen, dessen gemeinsamen Kern eine Ideologie der Ungleichwertigkeit ausmache.“³

Wo gibt es vertiefende Informationen zu den Zahlen der Opferperspektive?

Weitere Informationen zu den Zahlen der Opferperspektive und genauere Aufschlüsselungen nach Motiv, Landkreisen/kreisfreien Städten und Tatbeständen finden sich auf der Webseite des Vereins unter: www.opferperspektive.de/rechte-angriffe/statistik-brandenburg/statistik-rechter-gewalt-2

³ Mobile Opferberatung Sachsen-Anhalt: Was ist rechte Gewalt? Online unter: www.mobile-opferberatung.de/wp-content/uploads/2020/04/MOB_2019_Was_ist_rechte_Gewalt.pdf (zuletzt: 29.11.2022)

Erarbeitung I

Aspekte rechter Einstellungen und Verhaltensweisen

AB A/1 – Antisemitismus

Begriff

- verschiedene Definitionen von Antisemitismus, (=Hass auf jüdische oder für jüdisch gehaltene Menschen)
- gesamtgesellschaftliches Phänomen

Historie

- existiert seit über 2000 Jahren, nach dem Tod von Jesus Christus zunächst religiös motiviert
- seit Aufklärung „rassisch“ begründet, Angehörige einer Religion werden zu Angehörigen einer „Rasse“ gemacht
- begründete im Nationalsozialismus den Weg von der Entrechtung bis hin zum Holocaust

Einstellung und Verhalten

- kann religiös, ökonomisch, politisch oder rassistisch motiviert sein
- negative Eigenschaften werden allen Jüd*innen zugeschrieben (Pauschalisierung)
- Äußerung bspw. in: Glaube an eine jüdische Weltverschwörung, Leugnung des Holocaust, Dämonisierung Israels
- antisemitische Einstellungen können zu antisemitisch motiviertem Verhalten führen: findet Ausdruck in Wort und Tat, z.B. Friedhofsschändung, Brandanschläge auf Synagogen, Angriffe auf (vermeintlich) jüdische Menschen
- in Deutschland einschneidend, dauerhafte Sicherung jüdischer Einrichtungen notwendig

AB A/2 – Rassismus

Begriff „Ausländerfeindlichkeit“

- veralteter, unzureichender Begriff, besser: Begriff Rassismus

Einstellung und Verhaltensweisen

- meint negative, auf Vorurteilen basierende Einstellungen gegenüber als aus dem Ausland kommend wahrgenommene Menschen
- „Ausländerfeindlichkeit“ trifft selten „weiße“ Ausländer*innen

Begriff Rassismus

- präziserer Begriff ist Rassismus für Einstellungen, welche Menschen aufgrund ihres Erscheinungsbildes, ihrer Haar- und Hautfarbe, ihrer Herkunft, ihrer Sprache benachteiligen, anfeinden oder angreifen
- Rassismus ist Kernelement extrem rechter Einstellungen
- unterstellt bestimmten (zumeist konstruierten) Menschengruppen bestimmte unveränderliche Eigenschaften, Fähigkeiten, Verhaltensweisen und Charakterzüge

Historie

- basiert auf den Rassenkonzepten, die sich um die vorletzte Jahrhundertwende etablierten und geht von der Existenz verschiedener „Menschenrassen“ aus
- Überhöhung der „weißen Rasse“ als „wertvoller“ und „führungsfähiger“ als andere
- Grundlage für Gewalt- und Herrschaftspraktiken, insbesondere der Nationalsozialisten

Erarbeitung I

Einstellung und Verhalten

- steht für Ablehnung, Ausgrenzung und Angriffe gegenüber Menschen wegen ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Herkunft, Sprache, Haar- und Hautfarbe

Begriff Kulturrassismus

- nicht biologisch begründet, sondern kulturell
- gleiche Mechanismen der Ausgrenzung wie „klassischer“ Rassismus
- unterstellt unveränderliche kulturelle Identitäten von unterschiedlichen „Volksgruppen“, was friedliches Zusammenleben verhindere

AB A/3 – Sozialdarwinismus

Begriff Sozialdarwinismus

- bezeichnet Ablehnung und Gewalt gegenüber an den gesellschaftlichen Rand gedrängten Personen
- Sozialdarwinismus ist Kernelement extrem rechter Einstellungen
- betroffen u. a. behinderte, wohnungslose, langzeitarbeitslose, chronisch kranke, suchtkranke Menschen
- Betroffene werden als „minderwertig“ und „nutzlos“ dargestellt

Historie

- mit Rassenkonzepten verbunden, welche auf Annahme basieren, Menschen ließen sich in verschiedene „Rassen“ unterteilen
- basiert auf Darwins Evolutionstheorie und beschreibt gesellschaftliche und soziale Entwicklung als „Kampf ums Dasein“, den nur die „Stärksten“ und „Besten“ bestehen
- Unterscheidung von „wertvollem“ und „wertlosem“ Leben

Begriff Eugenik

- verbindet Sozialdarwinismus mit Rassenkonzepten
- „Kampf ums Dasein“ als „Rassenkampf“
- eugenische Bewegung weltweit und in allen politischen Lagern zu finden
- in Deutschland „Rassenhygiene“ genannt

Begriff Rassenhygiene

- ein Grundpfeiler nationalsozialistischer Politik
- Basis für nationalsozialistische Bevölkerungspolitik ab 1933, „rassische Unterschiede“ werden wie soziale Problemfelder als genetisch veranlagt betrachtet
- Versuch der Auslese von Erbkrankheiten und Veranlagungen durch Zwangsmaßnahmen: Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses 1933 = 400 000 Zwangssterilisationen und 30 000 erzwungene Abtreibungen, „Euthanasie-Aktionen“ = 300 000 Ermordete

Einstellung und Verhalten

- abwertende Einstellung und Verhalten gegenüber behinderten, wohnungs- und arbeitslosen Menschen und Empfängern sozialer Unterstützung, die als minderwertig, überflüssig und für die „kostentragende“ Gemeinschaft als nutzlos wahrgenommen werden und „Euthanasie“

Erarbeitung I

AB A/4 – Nationalismus

Begriff Nationalismus

- Sammelbegriff für politische Ideen und Bewegungen, welche Nation und Staat als deckungsgleich betrachten
- integriert soziale Großgruppen und grenzt sie gegenüber anderen ab

Einstellung und Verhalten

- äußert sich in der Regel kämpferisch
- wertet eigene Nation als vorteilhafter auf und andere ab

Begriff Chauvinismus

- aggressive Form von Nationalismus
- kann die Existenz anderer Nationen in Frage stellen oder bedrohen

Historie

- Überlegenheitsgefühle von Menschen aufgrund von Zugehörigkeit zu einer Nation gegenüber Menschen anderer Nationen

Einstellung und Verhalten

- nimmt verallgemeinernd eigene soziale Gruppe gegenüber anderen als überlegen wahr und würdigt diese herab

Begriff völkischer Nationalismus

- Sonderform von Nationalismus
- basiert auf völkisch-rassistischen Gesellschaftsvorstellungen und wertet Völker bzw. „Rassen“ unterschiedlich
- Volk/„Rasse“ und Nation als Einheit betrachtet

Einstellung und Verhalten

- die Nation gründet sich auf einer auf derselben genetischen Abstammung basierenden Volksgemeinschaft
- Bedürfnisse des Kollektivs stehen über individuellen Bedürfnissen
- Volksgemeinschaft organisiert sich mittels national gesinnter Eliten und/oder Führern in einem starken, diktatorischen Staat
- Identifikationsangebote und Projektionsflächen auf Basis völkischer/rassistischer Feindbilder
- biologistische Bevölkerungspolitik zum Schutz der Volksgemeinschaft
- chauvinistisches Großmachtdenken

Erarbeitung I

AB A/5 – Revisionismus

Begriff

- Revisionismus geht mit Verharmlosung des Nationalsozialismus einher
- richtet sich gegen das auf Forschung und Fakten basierende Geschichtsbild vom Nationalsozialismus und den dazugehörenden Massenverbrechen

Einstellung und Verhalten

- Verringerung oder Verneinung der deutschen Kriegsschuld und der nationalsozialistischen Massenverbrechen
- insbesondere Leugnung des Holocaust als Kernmerkmal antisemitischer Einstellungen und Verhaltensweisen
- Versuch der internationalen Szene von Holocaust-Leugnern, durch pseudowissenschaftliche Argumente (Auslassung relevanter Quellen, Fälschungen) alternative historische Wahrheit zu etablieren
- Behauptung, offizielles Geschichtsbild sei von den Siegermächten bestimmt, um nationale Identität der Deutschen und das Deutsche Reich als europäische Großmacht zu zerstören
- Behauptung, das offizielle Geschichtsbild sei „Unterdrückungsinstrument“

Vertiefung

Umfangreiche Beispieldefinition zum Begriff Rechtsextremismus

Rechtsextremismus bezeichnet ein vielschichtiges Muster von Einstellungen, deren verbindendes Element die Vorstellung von ungleichen Wertigkeiten ist. Im sozialen Bereich ist diese Vorstellung gekennzeichnet von gruppenbezogen menschenfeindlichen Einstellungen wie Rassismus, Antisemitismus und Sozialdarwinismus. Im politischen Bereich äußert sie sich in chauvinistisch-nationalistischen Einstellungen, verbunden mit einer Affinität zu autoritären oder gar totalitären Gesellschaftskonzepten und einem positiven Bezug zum Nationalsozialismus.

Weiterführende Informationen zum Begriff Rechtsextremismus

Der Begriff Rechtsextremismus ist vieldeutig und in der Wissenschaft verschiedentlich definiert. Im ursprünglichen Sinn ist Extremismus ein Amtsbegriff der bundesrepublikanischen Sicherheitsbehörden und fokussiert auf die Bedrohung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland von linker und rechter Seite. *Opferperspektive* e.V. unterscheidet mit Blick auf Rechtsextremismus zwischen extrem rechten Einstellungen und extrem rechtem Verhalten. Einige extrem rechte Einstellungen finden auch in der Mitte der Gesellschaft und in allen Gesellschaftsschichten Verbreitung. Jene Einstellungen sind Voraussetzung für extrem rechtes Verhalten, führen aber nicht automatisch dazu. Extrem rechtes Verhalten drückt sich aus in der Wahl einer extrem rechten Partei, in der Mitgliedschaft oder Zugehörigkeit in dementsprechenden Parteien, Organisationen, Gruppen oder subkulturellen Szenen, in der Beteiligung bei Aktionen, in Protest oder Provokation und in offenen Anfeindungen, Gewalt oder Terror.

Die hier angelegten Dimensionen extrem rechter Einstellungen in Deutschland sind: Befürwortung einer rechtsautoritären oder gar totalitären Diktatur (nicht als AB aufgeführt), Nationalismus, Revisionismus, Sozialdarwinismus, Rassismus und Antisemitismus.

Extrem rechte Gesellschaftsvorstellungen basieren nicht auf einem homogenen ideologischen Konzept. Diesen heterogenen Vorstellungen gemein aber ist die Ablehnung der Gleichwertigkeit aller Menschen.

Literaturhinweise:

Julius Schoeps/Gideon Botsch/Christoph Kopke/Lars Rensmann (Hrsg.): Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention, Berlin 2007.

Oliver Decker/Elmar Brähler (Hrsg.): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft, Gießen 2018.

Philip Baron/Ansgar Drücker/Sebastian Seng (Hrsg.): Das Extremismusmodell. Über seine Wirkungen und Alternativen in der politischen (Jugend-)Bildung und der Jugendarbeit, Düsseldorf 2018.

Phase	Unterrichtsverlauf	Sozialform	Medien
Einstieg	Lehrer*in ... zeigt Statistik rechter Gewalttaten in Brandenburg (2011 – 2021). ... erläutert Unterschiede der Erfassung durch Landeskriminalamt und Opferperspektive. SuS ... analysieren Statistik.	LV gUG	Modul A Einstieg
Überleitung	Lehrer*in ... leitet zum Thema „Rechte Einstellungen und Verhaltensweisen“ über und verweist darauf, dass der Begriff Rechtsextremismus viele Dimensionen aufweist, die im Folgenden erarbeitet werden.	LV	
Erarbeitung I	SuS ... erarbeiten Unterscheidungsmerkmale zwischen rechten Einstellungen und Verhaltensweisen.	SV, gUG	AB A/0 Info- kasten
Sicherung I	SuS ... präsentieren erste Ergebnisse zu rechten Einstellungen und Verhaltensweisen.	gUG	
Erarbeitung II	SuS ... erarbeiten in einem Gruppenpuzzle Aspekte rechter Einstellungen und erstellen in ihren Stammgruppen ein Plakat/eine Mindmap/ein Schaubild. Differenzierung möglich: Expertentexte unterschiedlich anspruchsvoll	EA/GA	AB A/0-5 Arbeits- plan Plakate Scheren Stifte
Sicherung II	SuS ... stellen beispielhaft ein bis zwei Plakate vor. ... geben sich im Anschluss ein konstruktives Feedback zur Gestaltung und zum Inhalt der Plakate.	Plenum	
Vertiefung	SuS ... erarbeiten zunächst allein (think) anhand aller auf den Plakaten vorgestellten Aspekte zu extrem rechten Einstellungen und Verhaltensweisen eine eigene Definition des Begriffs Rechtsextremismus und tauschen sich in Vierergruppen (square) aus. ... stellen diese im Plenum (share) vor und einigen sich auf eine, die in den Hefter übertragen wird.	Think-Square-Share	Siehe Lösungsvorschläge
Abschluss	Lehrer*in ... informiert SuS über Ausstellungsbesuch.	LV	Tafel/ Infzettel

Datum _____

Name _____

ARBEITSHINWEISE

1. **Erkunden** Sie die Ausstellung. **Überfliegen** Sie erste Tafeln. Erfassen Sie dabei **stichpunktartig** Aspekte zum **Thema** und zum **Aufbau** der Ausstellung sowie zum **Zeitraum** der dargestellten Verbrechen.
2. **Tragen** Sie Ihre Ergebnisse in die vorstrukturierte **Tabelle ein**.

Gegenstand/ Thema	
Struktur/ Aufbau	
Zeiträume	

Datum _____

Name _____

3. Stellen Sie **Überlegungen** zum Ziel der Ausstellung an.

4. **Vergleichen** Sie Ihre Ergebnisse im Plenum.

Datum _____

Name _____

ARBEITSHINWEISE

1. **Lesen** Sie die Informationen auf der Tafel „Rechte Tatmotive“. Arbeiten Sie **fünf Motive** der Täter*innen heraus und **erläutern** Sie das jeweilige Motiv genauer.
2. **Ordnen** Sie den Tatmotiven **konkrete Fallbeispiele** der Ausstellung zu.
3. **Tragen** Sie Ihre Ergebnisse in die vorstrukturierte **Tabelle ein**.

Tatmotive	Erläuterung der rechten Tatmotive	Fallbeispiele

Datum _____

Name _____

Tatmotive	Erläuterung der rechten Tatmotive	Fallbeispiele

Datum _____

Name _____

ARBEITSHINWEISE

1. Wählen Sie eines der von Ihnen benannten **Fallbeispiele** auf dem AB „Tatmotive“ **aus**.
Notieren Sie erste Gedanken, **warum** dieser Fall **Ihr Interesse** weckt.
2. **Recherchieren** Sie arbeitsteilig über das **Opfer**, die **Tat** und die **Täter*innen**.
Nutzen Sie für Ihre Recherchen die **Informationstafel** sowie den **QR-Code** auf der Tafel.
Notieren Sie Ihre Ergebnisse.
3. **Tauschen** Sie sich **aus** und überlegen Sie gemeinsam, **welche Informationen** ein Zeitungsbericht über das Opfer, die Tat und die Täter*innen enthalten sollte.
4. **Schreiben** Sie gemeinsam einen **Zeitungsbericht** (siehe Methodenkasten rechts).

Methode – Einen Zeitungsbericht schreiben

*Ein Zeitungsbericht beinhaltet wertfreie und genaue Sachinformationen, die in einen Zusammenhang gestellt werden. Er stellt Sachverhalte objektiv und knapp dar. Das Interesse der Leser*innen wird bereits durch die Schlagzeile (Titel und Untertitel) und die ersten Zeilen des Zeitungsberichts geweckt.*

Der Bericht wird im Präteritum verfasst.

Wie ist ein Zeitungsbericht aufgebaut und was beinhaltet er?

Einleitung „Wer ..?“, „Was ..?“, „Wann ..?“, „Wo ..?“

Hauptteil „Wie ..?“, „Warum ..?“

Schluss „Welche Folgen ..?“

Notizen ...

Datum _____

Name _____

ipsaniet dolupti
ero ipsun-
am, aut untiiss
epedis entior
oluptia inciis
ai psunduci-
quu ntiandiant
e et vent vent,
empores aces-
modi adic-
ugitibus ut et
eos dis exerest
taetur? Tore-
ur? Quia solup-
xerovidunt
Ut enes-
e event
nisti au-
re nonsectam
ei to maximus,
dit accum
lorer spe-
ga. Ut illam
qui sant pore
tame digene dis
t doluptaetur
te con reni-
et voles
lum vel-
pientus duci
item as que
mi, exces-
pudae re eaque
m inctus eum
s mi, cusdam,
endanto
enisin rae
acimus exero-
eni sum erum
tur, vidunt, cus
eribus.

oratie adita por-
tam fuga. Et re
eris alit dolenda
magnit lab il
e quam idest,
is aut et quam

doluptas entior recus nobitiossit, voluptia inciis
ntiandiant et aliae. Aquid que et vent vent, conet vel matem rempores acestrumque sus dolorro mo
si dipsunt. Sim fugitibus ut et dit moluptatusam eos dis exerest inullen ihillup taetur? Torerumqu
tur? Quia soluptatem et moluptae exerovidunt quundig nimagni tem. Ut enestintus sinulli gnatque
oditae coremperias.

Volorerro mo et ipsaniet dolupti ipid unt

ipsundi dolupie ndipsam, aut untiiss imaximpos dolorepedis entior recus nobitiossit, voluptia inciis
earia volendi psunducius, is restota tiumquu ntiandiant et aliae. Aquid que et vent vent, conet vel il
rempores acestrumque sus dolorro modi adictur. Sim fugitibus ut et dit moluptatusam e
tem nimagni tem. Ut enestintus sinulli gnatque

ARBEITSHINWEISE

1. **Erkunden** Sie die Ausstellung. **Überfliegen** Sie erste Tafeln. Erfassen Sie dabei **stichpunktartig** Aspekte zum **Thema** und zum **Aufbau** der Ausstellung sowie zu den **Zeiträumen** der dargestellten Verbrechen.
2. **Tragen** Sie Ihre Ergebnisse in die vorstrukturierte **Tabelle ein**.

Gegenstand/ Thema	• In der Ausstellung geht es um die Todesopfer rechter Gewalt in Brandenburg.
Struktur/ Aufbau	• Die Ausstellung besteht aus vier hinführenden/einführenden Tafeln, die über die Dimension Todesopfer rechter Gewalt in D. und Brandenburg, rechte Tatmotive, das Thema der Anerkennung als Opfer, Verdachtsfälle und über Täter*innen informieren. • Die Ausstellung besteht aus weiteren 23 Tafeln, die den Todesopfern rechter Gewalt in Brandenburg gewidmet sind. Auf ihnen wird über die Opfer, die Tat und die Täter*innen informiert. • Alle Tafeln haben einen einheitlichen Hintergrund. Auf den Tafeln der Opfer finden sich zusätzlich Karten (geographische Verortung der Tat) und Fotos (bspw. vom Opfer, vom Tatort, vom Gedenken an das Opfer etc.).
Zeitraum	• Todesopfer rechter Gewalt seit der Wende/Wiedervereinigung bis heute. • Auffällig ist, dass eine Vielzahl der Taten in den 1990er Jahren stattfand.

3. Stellen Sie **Überlegungen** zum **Ziel der Ausstellung** an.

Die Ausstellung ...

- stellt Gefahr rechter Einstellungen und rechten Verhaltens dar,
- sensibilisiert,
- regt zum Nachdenken an (Warum werden Menschen getötet?
Was bedeutet das für unsere Gesellschaft? Was kann ich selbst tun? etc.),
- zeigt, dass rechte Gewalt ein aktuelles Thema und eine reale Gefahr für viele Menschen ist,
- erinnert an die getöteten Menschen und macht sie in ihrer Individualität sichtbar.

4. **Vergleichen** Sie Ihre Ergebnisse **im Plenum**.

ARBEITSHINWEISE

1. **Lesen** Sie die Informationen auf der Tafel „Rechte Tatmotive“. Arbeiten Sie **fünf Motive** der Täter*innen heraus und **erläutern** Sie das jeweilige Motiv genauer.
2. **Ordnen** Sie den Tatmotiven **konkrete Fallbeispiele** der Ausstellung zu.
Stellen Sie den Zusammenhang zwischen Tatmotiv und Opfer dar.
3. **Tragen** Sie Ihre Ergebnisse in die vorstrukturierte **Tabelle ein**.

Tatmotive	Erläuterung der rechten Tatmotive	Fallbeispiele
Antisemitismus	• Abwertung von Juden und Jüdinnen • Definition jüdischer Menschen als Volk, Nation oder Rasse • Zuschreibung negativer Eigenschaften	Marinus Schöberl
Sozial-darwinismus	• ... unterscheidet zwischen „wertvollem“ und „minderwertigem“ bzw. „wertlosem“ menschlichen Leben. • Recht des Stärkeren bestimmt menschliches Zusammenleben • Grundpfeiler nationalsozialistischer Ideologie • ... wertet Menschen mit geistigen oder körperlichen Beeinträchtigungen, Erwerbs- und Obdachlose sowie chronisch Kranke als Belastung der Gesellschaft ab	Wolfgang Auch Gerd Himmstädt Emil Wendland Rolf Schulze Horst Hennersdorf Hans-Georg Jakobson Ernst Fisk Dieter Manzke Marinus Schöberl Bernd Köhler
Rassismus	• Hierarchisierung von Menschen anhand ihrer Hautfarbe, ihres Aussehens, ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen Herkunft • Abwertung von Schwarzen Menschen, People of Color, Menschen mit tatsächlicher oder vermeintlicher Migrationsgeschichte • ... fußt auf pseudowissenschaftlichen Erkenntnissen, dient der Legitimation von Verhalten	Andrzej Fratzak Amadeu António Belaid Baylal Phan Văn Toản Augustin Blotzki Farid Guendoul Kajrat Batesov Noël Martin
Hass auf politische Gegner*innen	• Opfer traten rechtem Weltbild offen entgegen • Täter*innen befürworten rechte Ideologien und sind oftmals Teil der organisierten Rechten	Sven Beuter Mathias Scheydt Falko Lüdtke Enrico Schreiber
Rechts-terrorismus	• ... zielt auf Abschaffung der Demokratie durch Mittel der Gewalt • Verbreitung von Angst und Schrecken	Timo Kählke

ARBEITSHINWEISE

1. Wählen Sie eines der von Ihnen benannten **Fallbeispiele** auf dem AB „Tatmotive“ **aus**.
Notieren Sie erste Gedanken, **warum** dieser Fall **Ihr Interesse** weckt.
2. **Recherchieren** Sie arbeitsteilig über das **Opfer**, die **Tat** und die **Täter*innen**.
Nutzen Sie für Ihre Recherchen die **Informationstafel** sowie den **QR-Code** auf der Tafel.
Notieren Sie Ihre Ergebnisse.
3. **Tauschen** Sie sich **aus** und überlegen Sie gemeinsam, **welche Informationen** ein Zeitungsbericht über das Opfer, die Tat und die Täter*innen enthalten sollte.
4. **Schreiben** Sie gemeinsam einen **Zeitungsbericht** (siehe Methodenkasten rechts).

Methode – Einen Zeitungsbericht schreiben

*Ein Zeitungsbericht beinhaltet wertfreie und genaue Sachinformationen, die in einen Zusammenhang gestellt werden. Er stellt Sachverhalte objektiv und knapp dar. Das Interesse der Leser*innen wird bereits durch die Schlagzeile (Titel und Untertitel) und die ersten Zeilen des Zeitungsberichts geweckt. Der Bericht wird im Präteritum verfasst.*

Wie ist ein Zeitungsbericht aufgebaut und was beinhaltet er?

Einleitung „Wer ..?“, „Was ..?“, „Wann ..?“, „Wo ..?“

Hauptteil „Wie ..?“, „Warum ..?“

Schluss „Welche Folgen ..?“

Notizen ...

... Individuelle Notizen zu einem konkreten Fallbeispiel (Opfer, Tat, Täter*innen) der Ausstellung

ipsaniet dolupti
...erro ipsun-
am, aut untiiss
repedis entior
oluptia inciis
ai psunduci-
quu ntiandiant
ie et vent vent,
empores aces-
modi adic-
ugitibus ut et
eos dis exerest
taetur? Tore-
ur? Quia solup-
xerovidunt
Ut enes-
ie event
nisti au-
re nonsectam
ei to maximus,
dit accum
lorer spe-
ga. Ut illam
qui sant pore
tame digene dis
t doluptaetur
te con reni-
et voles
lum vel-
pientus duci
item as que
mi, exces-
pudae re eaque
m inctus eum
s mi, cusdam,
endanto
enisin rae
icimus exero-
eni sum erum
tur, vidunt, cus
eribus.

oratrae adita por-
tam fuga. Et re
eris alit dolenda
magnit lab il
quam idest,
is aut et quam

dol... is entior recus nobitiossit, voluptia inciis
ntiandiant et aliae. Aquid que et vent vent, conet vel matem rempores acestrumque sus dolorro mo
si dipsunt. Sim fugitibus ut et dit moluptatusam eos dis exerest inullen ihillup taetur? Torerumqu
tur? Quia soluptatem et moluptae exerovidunt quundig nimagni tem. Ut enestintus sinulli gnatque
oditae coremperias.

... individuelle Zeitungsberichte der SuS zu einem Todesopfer rechter
Gewalt in Brandenburg, die sich an den Vorgaben des Methodenkastens
„Einen Zeitungsbericht schreiben“ orientieren.

Volorerro mo et ipsaniet dolupti ipid unt

ipsundi dolupie ndipsam, aut untiiss imaximpos dolorepedis entior recus nobitiossit, voluptia inciis
earia volendi psunducius, is restota tiumquu ntiandiant et aliae. Aquid que et vent vent, conet vel il
rem... acestrumque sus dolorro modi adict... Sim fugitibus ut et dit moluptatusam e
tem... erc... unt

Phase	Unterrichtsverlauf	Sozialform	Medien
Einstieg	Alternative 1 Kurze Einführung in das Thema der Ausstellung durch die Begleitperson vor Tafel 1 unter Hinzuziehung des Textes und der Brandenburg-Karte: ... mindestens 182 Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland seit Wiedervereinigung, davon allein 23 Todesopfer in Brandenburg. ... rechte Gewalt zeigt sich vielfältig, in Ausstellung geht es ausschließlich um Todesopfer rechter Gewalt in Brandenburg. Alternative 2 Kurze Einführung vor Tafel 1 (siehe Alternative 1) und erste Auseinandersetzung mit dem Titel der Ausstellung SuS/L ... sammeln Assoziationen. ... stellen Zusammenhang zwischen Titel und Thema der Ausstellung her.	gUG, LV gUG, LV	Tafel 1 (Einführung) Tafel 1 (Einführung)
Erarbeitung I	SuS ... bilden Paare oder Kleingruppen. ... erkunden die Ausstellung und erarbeiten den Gegenstand, die Struktur und den Aufbau sowie den betrachteten Zeitraum der Gewaltverbrechen. ... stellen Überlegungen zum Ziel der Ausstellung an.	PA, GA möglich	AB B/1 Ausstellungstafeln
Sicherung I	SuS ... vergleichen, ergänzen, korrigieren ihre Ergebnisse im Plenum.	gUG	
Erarbeitung II und Anwendung	SuS ... beschäftigen sich mit den Tatmotiven rechter Gewalt genauer, erläutern diese und ordnen den Motiven konkrete Fallbeispiele zu.	PA, GA möglich	AB B/2 Ausstellungstafeln
Sicherung II	SuS ... vergleichen, ergänzen, korrigieren ihre Ergebnisse im Plenum.	gUG	
Erarbeitung III	SuS ... bilden Kleingruppen. ... analysieren ein konkretes Fallbeispiel und recherchieren arbeitsteilig zum Opfer, zur Tat und zu den Täter*innen. ... tragen ihre Ergebnisse in der Gruppe zusammen. ... verfassen gemeinsam einen Zeitungsbericht.	GA	AB B/3 Ausstellungstafeln + QR-Codes

Phase	Unterrichtsverlauf	Sozialform	Medien
Sicherung III	SuS ... stellen Zeitungsberichte im Plenum vor. ... geben sich gegenseitig ein konstruktives Feedback (mögliche Kriterien des Feedbacks siehe Methodenkasten „Einen Zeitungsbericht schreiben“).	gUG SV	
Vertiefende Diskussion/ Fragen für den weiteren Unterricht	Mögliche Impulsthemen/Ansprechen von Auffälligkeiten: • Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Opfern (Alter, Herkunft, Geschlecht etc.) • Geschlecht von Täter*innen und Opfern • Häufung der Taten in den 90er Jahren • Häufung von Motiven (bspw. Sozialdarwinismus)	gUG	

AB = Arbeitsblatt; EA = Einzelarbeit; GA = Gruppenarbeit; gUG = gelenktes Unterrichtsgespräch; L = Lehrer*in; LV = Lehrervortrag; PA = Partnerarbeit;
SuS = Schülerinnen und Schüler; SV = Schülervortrag

Datum _____

Name _____

ARBEITSHINWEISE

Einzelarbeit:

1. **Informieren** Sie sich über die Autoritarismus-Studie (M1).
2. **Analysieren** Sie die Schaubilder (Q1–3), indem Sie Aussagen über **Thema, Inhalt, Zeiträume** und **Untersuchungsgegenstände** treffen.
Benennen Sie **Auffälligkeiten, Gegensätze** oder **Widersprüche** etc.

Arbeit in Paaren:

3. **Deuten** Sie Ihre Analyseergebnisse. Setzen Sie dabei auch die Grafiken in **Bezug zueinander**.

M 1 – Autoritarismus-Studie 2022

Bei der vorliegenden Studie handelt es sich um eine Langzeituntersuchung der Universität Leipzig in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung und der Otto-Brenner-Stiftung, in der die Entwicklung autoritärer und extrem rechter Einstellungen in Deutschland untersucht und dokumentiert wird. 2022

- 5 wurden die Einstellungen von 2 522 in Deutschland lebenden Personen erforscht und dargestellt. Veröffentlicht wurden die Ergebnisse im Buch „Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten“¹. Bei der Befragung standen den Befragten fünf Antwortkategorien zur Auswahl:

Übersicht der Antwortkategorien des Fragebogens zu rechtsextremen Einstellungen

Antwort-kategorie	lehne völlig ab	lehne über- wiegend ab	stimme teils zu, teils nicht zu	stimme über- wiegend zu	stimme voll und ganz zu
Skalenwert	1	2	3	4	5
inhaltliche Zuordnung	Ablehnung		latente Zustimmung	manifeste Zustimmung	

Quelle: Leipziger Autoritarismus-Studie 2022, S. 40

- 10 Als „manifest“ wird hier eine klare Zustimmung zu den entsprechenden Aussagen bezeichnet (überwiegende oder völlige Übereinstimmung). Die dritte Kategorie ordnen die Autor*innen als „latente“ Zustimmung ein, da sie den Befragten die Möglichkeit gebe, sich im Sinne der sozialen Erwünschtheit nicht eindeutig positionieren zu müssen, aber dem Inhalt der extrem rechten Aussagen dennoch in Teilen zuzustimmen.² Laut den Autor*innen bildet diese Kategorie also ein rechtsextremes Potenzial ab.³

¹ Oliver Decker/Johannes Kiess/Ayline Heller/Elmar Brähler (Hg.): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neuer Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus-Studie 2022. Gießen 2022.

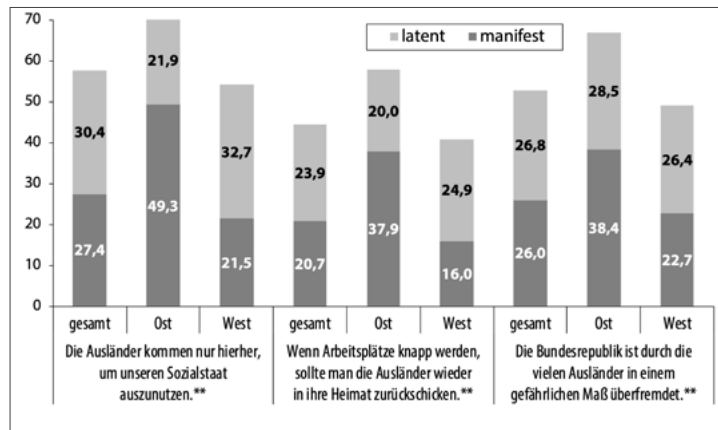
² Ebd., S. 39

³ Ebd.

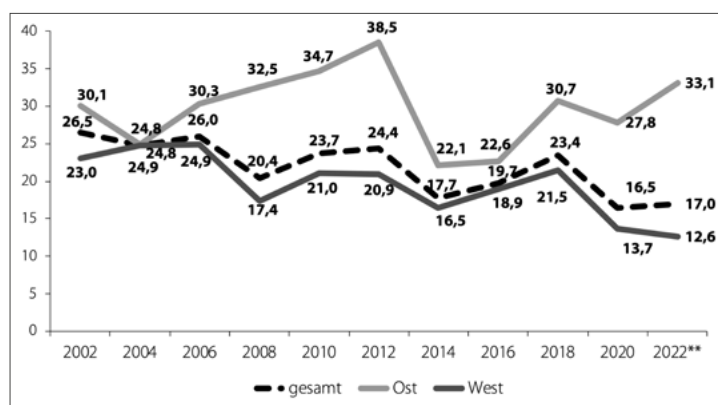
Datum _____

Name _____

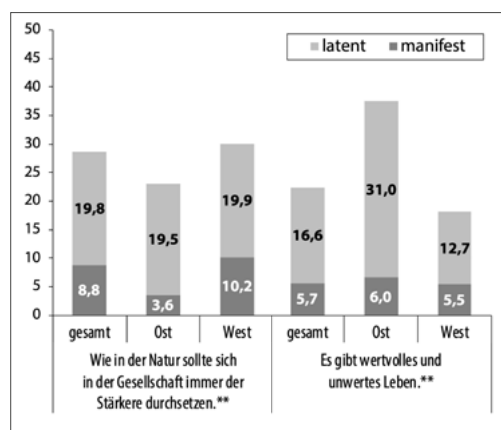
Q1 – Manifeste und latente Zustimmung zu den Aussagen der Dimension „Ausländerfeindlichkeit“ (in %)*



Q2 – Anteil der manifesten Zustimmung zur Dimension „Ausländerfeindlichkeit“ 2002–2022 (in %)*



Q3 – Manifeste und latente Zustimmung zu den Aussagen der Dimension „Sozialdarwinismus“ (in %)



Quellen: Q1: Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2022, S. 46; Q2: Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2022, S. 52; Q3: Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2022, S. 43.

* Statt des Begriffs Ausländerfeindlichkeit benutzt die Opferperspektive den präziseren Begriff Rassismus.

Datum _____

Name _____

ARBEITSHINWEISE

1. Teilen Sie die Texte A und B untereinander auf und lesen Sie diese. Lesen Sie **beide Text C**.
Machen Sie sich **Notizen** in Ihrem Teil der Tabelle.
2. **Tauschen** Sie sich im Anschluss über die wichtigsten Inhalte **aus** und **vervollständigen** Sie die **Tabelle**.
3. Füllen Sie nun **gemeinsam den unteren Teil der Tabelle** aus, indem Sie sich überlegen, inwiefern **Lösungsansätze auf der politischen Ebene** in die anderen Ebenen hinein wirken können.

A Vor allem Jugendliche sind besonders anfällig für menschenfeindliches Gedankengut. In Bezug auf extrem rechte Einstellungen suchen Forscher*innen nach Erklärungsansätzen auf verschiedenen Ebenen.

Entscheidend ist, dass es sich hier immer um eine *multikausale** Erklärung handeln muss, da einfache Ursache-Wirkungs-Ketten zu undifferenziert gedacht wären.

Als **multikausal** (lat. multi=viele; causa=der Grund) bezeichnet man ein Phänomen, das nur in Kombination verschiedener Begründungen erklärbar ist.

Ein **autoritärer** Erziehungsstil fordert einen unbedingten Gehorsam gegenüber den Erwachsenen ein, die Ansehen und Respekt aufgrund von Alter oder Tradition einfordern.

Eine **Disposition** zu haben, bedeutet anfällig für etwas zu sein.

- 5 Erste Erklärungsansätze sind auf der Individualebene zu suchen. Zuallererst sind Heranwachsende Familie und Freund*innen („Peergroup“) ausgesetzt und entwickeln hier gewisse politische Grundeinstellungen, die neben der Haltung und den Werten der Eltern auch zum Beispiel durch einen besonders *autoritären** Erziehungsstil oder eine problematische (z. B. von Gewalt gezeichnete) Eltern-Kind-Bindung geprägt sein können. So genannte *Dispositionstheorien** gehen davon aus, dass derartige Prägungen einen autoritären Charakter hervorbringen können. Damit geht eine Bewunderung vermeintlich starker/überlegener Figuren und eine gleichzeitige Abwertung oder auch aggressives Verhalten gegenüber Minderheiten oder „Schwächeren“ einher. Auf dieser Individualebene spielt natürlich auch die Schule als Bildungsstätte, aber auch als Ort der Sozialisation, eine Rolle. Nicht umsonst nutzte vor Jahren die NPD den Ort wortwörtlich, um ihre „Schulhof-CDs“ und damit ihr Gedankengut an Jugendliche heranzutragen. Außerschulisch nutzen Rechte vor allem Veranstaltungen wie sogenannte Kameradschaftsabende oder auch Dorffeste, Szenetreffe und Konzerte zur Kontaktaufnahme bzw. zur Etablierung oder Stärkung des Gemeinschaftsgefühls. Nicht zu vernachlässigen ist auch die Tatsache, dass Jugendliche sich entwicklungsbedingt häufig in einem Zustand der Opposition befinden und das rebellische Moment solcher Gruppierungen bei entsprechender Disposition attraktiv wirken kann.
- 10
- 15
- 20

Datum _____

Name _____

B Neben der Dispositionstheorie gibt es zwei ineinander greifende Erklärungsansätze auf der gesellschaftlichen Ebene: die Individualisierungs- und die *Deprivationstheorie**.

In modernen westlichen Gesellschaften kommt es zunehmend zu einer Individualisierung. Traditionelle Gemeinschaften wie die Familie, aber auch Vereine,

5 die Kirche etc. zerfallen bzw. verlieren an Bedeutung, was zu einer Desintegration

und zu einer Verunsicherung des/der Einzelnen führen kann. Können Jugendliche sich dieser Unsicherheiten und Ängste nicht erwehren, besteht ebenfalls eine Anfälligkeit (=Disposition) für alternative Gemeinschaften, im Extremfall solche, die sich (wie Rechtsextremisten) nach innen abgrenzen, ggf. auch nach außen abwerten und sich über Begriffe wie „Rasse“, Hautfarbe, Herkunft etc. definieren. Ein wei-

10 terer Erklärungsansatz auf dieser gesellschaftlichen Ebene sind die so genannten Deprivationstheorien*.

In diesem Zusammenhang bezeichnet Deprivation einen Zustand, in dem Menschen an der Grenze des Existenzminimums leben. Es kann sich aber auch um eine relative, also gefühlte Deprivation handeln; das bedeutet, dass Menschen sich in einem Zustand des Mangels und der Benachteiligung empfinden, ohne dass dies objektiv bestätigt werden könnte oder müsste. Gründe können etwa die Globalisierung oder ein

15 Strukturwandel in der Region sein, wodurch beispielsweise die eigene Arbeit abgewertet oder gar verloren wird. Häufig ist diese (ggf. gefühlte) Deprivation damit verbunden, dass andere gesellschaftliche Gruppen oder Einzelne als Schuldige ausgemacht werden. Hier greift auch die Kontakttheorie, nach der diejenigen, die positive Erfahrungen zum Beispiel bei der Arbeit mit (statusgleichen) Kolleg*innen mit Migrationsgeschichte machen, weniger Vorurteile haben. Das bedeutet, je weniger Kontakt mit dem vermeintlich

20 Fremden existiert, umso weniger Gelegenheiten gibt es auch, diese Vorurteile abzubauen.

Deprivation [die] bezeichnet in der Psychologie den Mangel, Verlust oder Entzug von etwas Erwünschtem.

C Ein weiterer Erklärungsansatz ist die politische Kultur, in der Jugendliche aufwachsen. Begünstigend auf eine Radikalisierung wirkt hier die Akzeptanz von oder gar die Zustimmung zu extrem rechten Positionen innerhalb des Umfelds. Auch spielt es eine Rolle, welche Demokratieerfahrungen die Menschen haben. Empfinden sie Demokratie als etwas Positives, an dem sie teilhaben und mitwirken können? Werden ihre

25 Interessen vertreten und wird dies verständlich kommuniziert? Empfinden sie die Politik als legitimiert?

Die Demokratie langfristig zu stärken ist eine Herausforderung, gerade in solchen Zeiten, in denen rechte Haltungen wieder salonfähig zu sein scheinen und beispielsweise von führenden AfD-Politiker*innen öffentlich vertreten werden.

Datum _____

Name _____

PARTNERBRIEFING*

Gehen Sie **arbeitsteilig vor**: Tragen Sie Ihre Ergebnisse jeweils in **Ihrer Spalte** auf Ihrem Arbeitsblatt **ein**. **Tauschen** Sie sich im Anschluss **aus** und **ergänzen** Sie die Informationen des/der Lernpartner*in auf Ihrem Arbeitsblatt.

Lernpartner*in A:	Lernpartner*in B:
Erklärungsansätze auf der Individualebene:	Erklärungsansätze auf der gesellschaftlichen Ebene:
Erklärungsansätze auf der politischen Ebene (C):	Erklärungsansätze auf der politischen Ebene (C):
A+B: Überlegen Sie gemeinsam: Wie kann die Politik diesen unterschiedlichen Erklärungsansätzen entgegenwirken? Was ist für ein positives Demokratieverständnis nötig? Notieren Sie Ihre Ideen.	

*Briefing, das (engl.): kurzes Informationsgespräch

Datum _____

Name _____



Datum _____

Name _____

ARBEITSHINWEISE

1. **Teilen** Sie die Texte A, B, C und D in Ihrer Vierergruppe **auf**. Lesen Sie Ihren Text und **notieren** Sie **stichpunktartig wesentliche Inhalte** im entsprechenden Feld auf der Notierhilfe.
2. **Stellen** Sie sich nun **gegenseitig** Ihre Ergebnisse **vor** und machen Sie sich **Notizen** zu allen Themen.
3. Bestimmen Sie **gemeinsam**, welche **allgemeinen Erklärungsansätze (AB C/2)** hier jeweils eine Rolle spielen können und notieren Sie die jeweilige Theorie im **entsprechenden Feld**

A – Extrem rechte Einstellungen und Verhaltensweisen in der DDR

Im Gegensatz zur Bundesrepublik lebten in der DDR weniger ausländische Arbeitnehmer*innen und Menschen mit Migrationsgeschichte. Im privaten und öffentlichen Alltag der DDR-Bürger*innen spielten diese in der Regel keine Rolle. Ihr Leben verlief isoliert, ihre Integration strebte die DDR nicht an. Begegnungen zwi-

- 5 schen der einheimischen Bevölkerung mit Menschen aus befreundeten „*sozialistischen Bruderländern*“* fanden meist staatlich organisiert und unter Aufsicht statt. Tradierte Feindbilder und rassistische Vorurteile in der DDR-Bevölkerung beeinflussten den Blick auf die Ausgegrenzten. Gewalttätige Auseinandersetzungen mit und Angriffe auf als fremd Empfundene verfolgten Polizei und Behörden mit wenig
- 10 Elan, bisweilen empfand die Bevölkerung Sympathie für die Angreifer*innen.

Der Begriff „**sozialistisches Bruderland**“ war eine gegenseitige Bezeichnung der Staaten mit sozialistischer Gesellschaftsordnung innerhalb der sogenannten sozialistischen Staatenwelt. Diese Staaten pflegten intensive Wirtschaftsbeziehungen.

In den 1980er Jahren entwickelte sich in der DDR vor allem aus der Hooligan-Szene eine organisierte rechte Skinheadkultur. Ihre gewalttätigen Angriffe richteten sich zunächst gegen die Repression des DDR-Systems. Extrem rechtes Verhalten wurde zunächst als Provokation gegen die „antifaschistische“ DDR verstanden. Zum Ende der 1980er Jahre hin richteten sich Angriffe verstärkt gegen ausländische Vertragsarbeiter*innen

15 und links-alternative Jugendliche. Von der Staatssicherheit und der Politik wurden extrem rechte Tendenzen wahrgenommen und beobachtet.

Eine der wenigen zeitgenössischen Studien zu diesem Thema belegt, dass Jugendliche keinen Sinn in der politischen Teilhabe und der Umsetzung der von der Partei diktierten Gesellschaftsvorstellung sahen. Die soziologische Studie der Humboldt-Universität zur Wahrnehmung der Gesellschaft offenbart, dass auf-

20 fallend viele Jugendliche rechte und rassistische Einstellungen hatten. Der Geheimdienst stellte seit Mitte der 1980er fest, dass die Zahl durch extrem rechte Straf- und Gewalttaten auffallender Jugendlichen kontinuierlich anstieg.

Datum _____

Name _____

5 Zudem stammten die Täter*innen entweder aus dem kleinbürgerlichen Milieu mit fester Arbeit und Wohnsitz, gut verdienend und im Alltag unauffällig, oder aus Elternhäusern mit staatstragenden Berufen: Parteifunktionär*innen, Polizist*innen, Mitarbeiter*innen der Staatssicherheit oder der Nationalen Volksarmee (NVA). Eine öffentliche gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dieser Problematik fand nicht statt. Kurz vor dem Mauerfall war in der DDR eine gut vernetzte Neonazi-Szene mit intensiven Kontakten zu westdeutschen Neonazigruppen nachweisbar vorhanden.¹

¹Text basierend auf: Martin Behnke: Hintergrunddossier – Zu den Ausschreitungen von Rostock Lichtenhagen begleitend zum Film „Wir Sind Jung. Wir Sind Stark“ von Burhan Qurbani, 2014.

Datum _____

Name _____

ARBEITSHINWEISE

1. **Teilen** Sie die Texte A, B, C und D in Ihrer Vierergruppe **auf**. Lesen Sie Ihren Text und **notieren** Sie **stichpunktartig wesentliche Inhalte** im entsprechenden Feld auf der Notierhilfe.
2. **Stellen** Sie sich nun **gegenseitig** Ihre Ergebnisse **vor** und machen Sie sich **Notizen** zu allen Themen.
3. Bestimmen Sie **gemeinsam**, welche **allgemeinen Erklärungsansätze (AB C/2)** hier jeweils eine Rolle spielen können und notieren Sie die jeweilige Theorie im **entsprechenden Feld** (z. B. Deprivationstheorie).

B – Der wirtschaftliche Niedergang der neuen Bundesländer

Im März 1990 eröffnete die erste und letzte freie Wahl in der DDR den Weg in die Währungsunion, die Deutsche Einheit und die Übernahme des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Bundeskanzler Helmut Kohl hatte „blühende Landschaften“ in den neuen Bundesländern versprochen. Die neu erlangte Freiheit in

- 5 Ostdeutschland drückte sich zunächst in einem grenzenlosen Kaufrausch aus. Mit dem Mauerfall war die gesamte Produktpalette des ehemaligen „Klassenfeindes“* zugänglich. Viele DDR-Bürger*innen waren mit diesem Angebot überfordert. Ohne Erfahrung und reale Einschätzung ihrer finanziellen Möglichkeiten und Zukunftsperspektiven nahmen viele Käufer*innen Kredite auf, um sich begehrte Konsumgüter leisten
- 10 zu können. Viele „Neubürger*innen“ gründeten eigene Firmen und machten sich selbstständig, ohne über Erfahrungen innerhalb der freien Marktwirtschaft und Kapital zu verfügen. Oftmals nahmen Firmengründer*innen hohe Kredite für den Geschäftsstart auf. Insbesondere die maroden DDR-Staatsbetriebe verloren nach der rasant vollzogenen Währungsunion über Nacht ihren Absatzmarkt in den „sozialistischen Bruderländern“*. Die poten-
- 15 tere Westwirtschaft übernahm gleichzeitig den Absatzmarkt in Ostdeutschland. Die überwiegende Mehrzahl der Betriebe geriet in die Insolvenz und wurde abgewickelt oder stillgelegt. Die Arbeitslosenzahlen stiegen in den neuen Bundesländern rasant an. Studien zufolge lag die Industrieproduktion ostdeutscher Betriebe zwei Jahre nach der Wiedervereinigung 73% unter dem Niveau von 1989.

Mit dem Begriff „**Klassenfeind**“ bezeichnete man die Gegner im so genannten Klassenkampf, also die als Feinde der Arbeiterklasse betrachteten kapitalistischen Kräfte. Hier ist die BRD gemeint.

Der Begriff „**sozialistisches Bruderland**“ war eine gegenseitige Bezeichnung der Staaten mit sozialistischer Gesellschaftsordnung innerhalb der sogenannten sozialistischen Staatenwelt. Diese Staaten pflegten intensive Wirtschaftsbeziehungen.

- 20 Darüber hinaus, so Schätzungen, verloren zwischen 1990 und 1995 ca. 80% der Erwerbstätigen ihren Arbeitsplatz vorübergehend oder ganz. Im Ergebnis der wirtschaftlichen Misere konnten sich viele ehemalige DDR-Bürger*innen den Konsum nicht mehr leisten oder hatten Kredite zu bedienen.

Datum _____

Name _____

5 Zwei Jahre nach dem Fall der Mauer fiel die wiedervereinigte Republik in eine Wirtschaftskrise. Mittellose Menschen und Rentner*innen sowie kinderreiche Familien ohne Rücklagen brachte diese Entwicklung in finanzielle Nöte. Viele Bürger*innen der ehemaligen DDR verloren ihren Arbeitsplatz und machten zum ersten Mal die Erfahrung, nicht mehr gebraucht zu werden. Der Euphorie war Resignation gewichen. Viele fühlten sich als „Deutsche zweiter Klasse“.¹

¹Text basierend auf: Martin Behnke: Hintergrunddossier – Zu den Ausschreitungen von Rostock Lichtenhagen begleitend zum Film „Wir Sind Jung. Wir Sind Stark“ von Burhan Qurbani, 2014.

Datum _____

Name _____

ARBEITSHINWEISE

1. **Teilen** Sie die Texte A, B, C und D in Ihrer Vierergruppe **auf**. Lesen Sie Ihren Text und **notieren** Sie **stichpunktartig wesentliche Inhalte** im entsprechenden Feld auf der Notierhilfe.
2. **Stellen** Sie sich nun **gegenseitig** Ihre Ergebnisse **vor** und machen Sie sich **Notizen** zu allen Themen.
3. Bestimmen Sie **gemeinsam**, welche **allgemeinen Erklärungsansätze (AB C/2)** hier jeweils eine Rolle spielen können und notieren Sie die jeweilige Theorie im **entsprechenden Feld** (z. B. Deprivationstheorie).

C – Der gesellschaftliche und institutionelle Transformationsprozess der Nachwendezeit

Ein entscheidendes Merkmal der Nachwendezeit ist ein umfassender *Transformationsprozess** in Verwaltung, Politik und Polizei.

Der Begriff **Transformation** [die] bezeichnet den Prozess einer Umwandlung.

In den ersten fünf Jahren nach der Wiedervereinigung wurden alle Bereiche der kommunalen Verwaltung und Politik von der *zentralistisch** organisierten DDR-Struktur auf das *föderalistische** Verwaltungssystem der Bundesrepublik umgestellt. Vergleichsweise geschah dies in relativ kurzer Zeit und bei laufendem Betrieb, also parallel zu den alltäglichen Aufgaben in der Verwaltung. Die Umwandlung wurde von Störungen im Ablauf und einer allgemeinen Überforderung begleitet. Erschwerend kam hinzu, dass die Kommunen gezwungen waren, effizienter zu wirtschaften und ihren Verwaltungsapparat zu verkleinern. Dies bedeutete einen hohen Stellenabbau.

Ein **föderalistischer Staat** (lat. foedus=der Bund) ist ein Bundesstaat mit weitgehender Eigenständigkeit der Einzelstaaten. Im Kontrast dazu steht ein **zentralistischer Staat**, in dem alle wesentlichen Entscheidungen von einer zentralen Regierung getroffen werden, z. B.: Frankreich.

Die Führung und *Administration** der Landes- und Kommunalpolitik war in den ersten Jahren von Improvisation geprägt. Auch hier musste Vieles im laufenden Betrieb neu erlernt werden. Mit Führung und Administration erfahrene DDR-Politiker*innen füllten aufgrund politischer Belastung keinerlei politische Ämter mehr aus oder sie betraten im bundesrepublikanischen System Neuland. Mit der politischen Freiheit entstanden neue Parteien, deren Protagonist*innen aus der Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsbewegung stammten. Sie besaßen zwar Enthusiasmus, aber wenig politische und administrative Erfahrung. Entscheidungsfindungsprozesse gestalteten sich zäh und langwierig, sodass sich wenige Jahre nach der Wende Resignation einstellte.

Die **Administration** ist die Verwaltung oder die verwaltende Behörde eines Landes bzw. bürokratische Verfügungen.

Datum _____

Name _____

Der Umwandlungsprozess des Polizeiapparates ging mit einer umfassenden Entlassungswelle von Polizist*innen über 50 Jahre einher. Dazu wurden alle Polizeibeamt*innen auf ihre Mitarbeit bei der Staatssicherheit überprüft und gegebenenfalls entlassen.

- 5 Die Grundstimmung unter den Beamt*innen war von Unsicherheit und Misstrauen geprägt. Das Erlernen und die Umsetzung neuer Dienstvorschriften nach bundesrepublikanischem Recht mussten während des laufenden Betriebes geschehen. Die polizeilichen Leitungsebenen wurden mit Beamt*innen aus den alten Bundesländern besetzt. Ihnen fehlte der Bezug zum Einsatzort, zur ostdeutschen Sozialisation und zu den Kolleg*innen aus den neuen Bundesländern. Insgesamt war der ostdeutsche Polizeiapparat in den 1990er Jahren notorisch unterbesetzt, die Beamt*innen unerfahren und zudem schlecht ausgerüstet.¹

¹ Text basierend auf: Martin Behnke: Hintergrunddossier – Zu den Ausschreitungen von Rostock Lichtenhagen begleitend zum Film „Wir Sind Jung. Wir Sind Stark“ von Burhan Qurbani, 2014.

Datum _____

Name _____

ARBEITSHINWEISE

1. **Teilen** Sie die Texte A, B, C und D in Ihrer Vierergruppe **auf**. Lesen Sie Ihren Text und **notieren** Sie **stichpunktartig wesentliche Inhalte** im entsprechenden Feld auf der Notierhilfe.
2. **Stellen** Sie sich nun **gegenseitig** Ihre Ergebnisse **vor** und machen Sie sich **Notizen** zu allen Themen.
3. Bestimmen Sie **gemeinsam**, welche **allgemeinen Erklärungsansätze (AB C/2)** hier jeweils eine Rolle spielen können und notieren Sie die jeweilige Theorie im **entsprechenden Feld** (z. B. Deprivationstheorie).

D – Jugend in den neuen Bundesländern

1990 machten Jugendliche einen hohen Anteil an der Gesamtzahl der Bevölkerung aus. Sie waren von den negativen Auswirkungen der Wiedervereinigung am stärksten betroffen. Die neue Zeit brachte zugleich Freiheit und Entfremdung von Althergebrachtem. Gleichwohl wie ihre Kinder hatten Eltern Schwierigkeiten, sich zurechtzufinden. Ehemalige Systemträger*innen trauerten der DDR hinterher und empfanden die neue Zeit als Niederlage. Andere versuchten als Selbstständige oder Firmengründer*innen im neuen Wirtschaftssystem Fuß zu fassen und hatten wenig Zeit für ihren Nachwuchs. Die hohe Zahl der arbeitslos Gewordenen war von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen. Für viele Menschen war dies auch eine immense psychische Belastung.

- 5
- 10 Das sinnstiftende sozialistische Wertesystem an den Schulen wurde abgeschafft. Universitäten, Schulen und Bildungseinrichtungen benötigten Jahre, um sich neu zu strukturieren. Lehrer*innen verloren ihren Tätigkeitsbereich, weil Fächer, die es in der DDR gab, abgeschafft wurden, und begaben sich in die Umschulung. Politisch belastete Lehrer*innen verließen den Lehrbetrieb oder wurden entlassen.

Die sozialistischen Organisationsstrukturen, wie die FDJ wurden aufgelöst oder gestalteten sich unattraktiv.

- 15 Kirchliche Einrichtungen stellten kaum Alternativen dar. Sportvereine und entsprechende Freizeitangebote für Jugendliche von staatlicher oder kommunaler Seite fehlten in den ersten Jahren. Zeitgleich stellten mehr und mehr vormals sozialistische Jugendfreizeiteinrichtungen ihre Angebote ein. Kinder und Jugendliche waren in der Regel auf sich selbst gestellt und organisierten ihre Freizeit selbst. Dabei entwickelten sie ein starkes Bedürfnis nach Gemeinschaft. Zusammen in ihren Cliquen verbrachten sie ihre Zeit auf der Straße
- 20 oder in den Hauseingängen der Neubaublöcke. Hier fielen sie durch kleinkriminelle Delikte und Gewalttaten zunehmend auf. Extrem rechte Organisationen boten in diesem Vakuum soziale Bezugspunkte und versprachen Gemeinschaft und Ordnung, welche mit dem Untergang der DDR zusammengebrochen waren.¹

¹ Text basierend auf: Martin Behnke: Hintergrunddossier – Zu den Ausschreitungen von Rostock Lichtenhagen begleitend zum Film „Wir Sind Jung. Wir Sind Stark“ von Burhan Qurbani, 2014.

Datum _____

Name _____

ARBEITSHINWEISE

1. **Ermitteln** Sie die Anzahl und die **Herkunft** der Vertragsarbeiter*innen und die **Gründe** für die **Aufnahme** von Vertragsarbeiter*innen.
2. Skizzieren Sie die **Lebenssituation** von Vertragsarbeiter*innen in der DDR und Nachwendezeit. Berücksichtigen Sie dabei auch das **Verhältnis zur Mehrheitsbevölkerung**.
3. Setzen Sie sich **kritisch** mit dem Titel des Artikels „**Willkommen im Bruderland?**“ auseinander.

Amadeu António (1962–1990) lebte als angolanischer Vertragsarbeiter im brandenburgischen Eberswalde. Er war einer der ersten Todesopfer rechter Gewalt nach der Wiedervereinigung. Der folgende Text beleuchtet die Hintergründe und Lebensumstände von Vertragsarbeiter*innen in der DDR und berichtet von dem Mord an Amadeu António aus Perspektive seines Freundes Moises Mvuama, ebenfalls Vertragsarbeiter aus Angola.

5 Willkommen im Bruderland?

„In die DDR kamen im Rahmen verschiedener zwischenstaatlicher Programme Vertragsarbeiter*innen aus den ‚sozialistischen Bruderländern‘* wie Vietnam, Kuba oder Angola. Wie sah ihr Leben aus? Und warum blieben manche von ihnen nach der Wende in Deutschland?

- 10 [...] Um Arbeitskräfte für die steigende Produktion zu gewinnen, schloss die Regierung der DDR staatliche Abkommen mit ihren ‚sozialistischen Bruderländern‘. Die ersten so genannten Vertragsarbeiter*innen kamen 1968 aus Ungarn. Dann folgten Arbeiter*innen aus Algerien, Kuba, Vietnam, Angola und Mosambik. Zur Wende waren es über 90 000, die in Wohnheimen untergebracht lebten und an
- 15 den umliegenden Produktionsorten arbeiteten. Ihre Lebensbedingungen variierten stark. Je nachdem, was ihre Regierungen ausgehandelt hatten, durften manche studieren – anderen wurden bei der Einreise in die DDR die Pässe abgenommen und sie bekamen für ihre Arbeit nur eine Art Taschengeld, während der Rest des Lohnes an die Heimatregierungen ging, zum Teil auch, um Schulden bei der DDR zu begleichen.

Der Begriff „sozialistisches Bruderland“ war eine gegenseitige Bezeichnung der Staaten mit sozialistischer Gesellschaftsordnung innerhalb der sogenannten sozialistischen Staatenwelt. Diese Staaten pflegten intensive Wirtschaftsbeziehungen.

SR* Vietnam	59.000
Mosambik	15.100
Kuba	8.300
Angola	1.300
Polen (inkl. Pendler)	6.000
China	900
Summe	90.600

* Sozialistische Republik
** Stand 31.12.1989
Quelle: Ferne Freunde – Nahe Fremde. Demke/Schüle (Hg.), Berlin 2006, S. 42.

- 20 Oft konnten die Vertragsarbeiter*innen wenig Deutsch und der Kontakt zu Einheimischen war unersagt oder zumindest unerwünscht – feste Bindungen oder gar Familien sollten gar nicht erst entstehen. Nach spätestens fünf Jahren, so der Plan, sollten die Vertragsarbeiter*innen wieder weg sein. Doch mit der Wende kam alles anders. Viele der Fabriken schlossen und die ‚Brüder‘ verloren mit ihrem Job

Datum _____

Name _____

auch ihren Aufenthaltsstatus. Die meisten verließen Deutschland. Nur wer sich selbst versorgen konnte, durfte bleiben. Erst 1997 wurde ihnen ein dauerhaftes Bleiberecht – so wie das der so genannten Gastarbeiter*innen der alten Bundesländer – zuerkannt. Hier erzählt ein DDR-Vertragsarbeiter seine Geschichte.

Moises Mvuama, geboren 1966 in Uige, Angola

- 5 Als ich nach der 10. Klasse in die DDR kam, dachte ich, ich sei im falschen Film. Man hatte uns erzählt, wir kämen zu unseren Brüdern in ein hoch entwickeltes Land, dass wir die Schule fertig machen und dann studieren könnten. Und dann sahen wir diese lächerlichen Ost-Autos und nicht mal die Cola war echt! Als wir ankamen, wurden uns unsere Pässe weggenommen, wir kamen in ein Wohnheim nach Eberswalde und durften keinen Kontakt zu Deutschen haben. Dann wurden wir aufgeteilt: Die einen kamen zum Arbeiten in
- 10 eine Fleischerei, die anderen, so wie ich, wurden Schlosser. Kontakt zu Deutschen hatten wir nur in der Kirche.

- An einem Abend, kurz nach der Wiedervereinigung, lief mein Freund Amadeu António mit anderen aus einer Kneipe zurück zum Wohnheim, als sie von etwa 50 Jugendlichen angegriffen wurden. Amadeu lief nicht schnell genug. Sie schlugen ihn ins Koma, zwei Wochen später starb er. Ab da an trauten wir uns nicht mehr auf die Straße. Zwischenzeitlich versteckten wir uns sogar bei deutschen Freunden, aus Angst,
- 15 die Nazis könnten ins Wohnheim kommen. Ich fühlte mich sehr hilflos, aber ich blieb, um aufzuklären. Ich begann, in Schulklassen zu gehen und mit den Jugendlichen zu sprechen. Wer sind wir, warum sind wir hier? Meine Frau ist auch Angolanerin, ich lernte sie in den Ferien in der Heimat kennen und konnte sie vier Jahre später, 1994, nach Deutschland holen. Sie arbeitet als Krankenpflegerin und wir haben vier Kinder, die Angola nur aus dem Fernsehen kennen. [...]“

Datum _____

Name _____

ARBEITSHINWEISE

1. **Erläutern** Sie, warum Marinus Schöberl als **Opfer von Antisemitismus** bezeichnet werden kann und welche Funktion dieser Antisemitismus bei der Ermordung Marinus' einnahm (**M1**).
2. **Analysieren und deuten** Sie die Statistik **M2** zur latenten und manifesten Verbreitung des Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft.
3. **Diskutieren** Sie unter Hinzuziehung der Statistik **M2** die Aussage, dass Antisemitismus nicht nur im rechten Milieu, sondern auch in der **Mehrheitsgesellschaft fest verankert** ist.

Marinus Schöberl (1985–2002) wurde von drei ihm bekannten Neonazis in Potzlow (Brandenburg) ermordet, nachdem sie ihn zuvor über Stunden gedemütigt und schwer misshandelt hatten. Der folgende Text thematisiert die antisemitische Dimension der Tat.

M 1 – Antisemitismus-Opfer werden, ohne Jude zu sein

- 5 „[...] In der Nacht zum 13. Juli 2002 wurde Marinus von drei jungen Männern stundenlang gequält. [...] Zuerst beschimpften sie Marinus als ‚Juden‘, schleppten ihn in zwei Wohnungen, haben ihn grausam gequält, geschlagen und verhöhnt. Obwohl es drei Erwachsene als Zeugen gab, leisteten diese keine Hilfe. Diese Erwachsenen bekamen mit, wie die Tat eskalierte. Marinus sollte sagen, dass er Jude sei. [...] Die Erwachsenen mussten gehört haben, dass Marinus vor Schmerzen schrie, sie mussten die andauernden Rufe
- 10 ‚Sag, dass du Jude bist! Ein Judas, ein Jude, ein Asi‘ gehört haben. Gegen eine Frau, die das alles mit ansah, wurde wegen unterlassener Hilfeleistung ermittelt. Sie soll Marinus bedrängt haben: ‚Nu sag schon, dass du Jude bist, dann hören die auf.‘ [...]

- Der 16-jährige Marinus hatte seine Haare blond gefärbt. Wegen eines Sprachfehlers stotterte er manchmal. Zudem kleidete er sich wie Jugendliche aus der Hip-Hop-Szene. [...] Für die Täter war er ein ‚Anderer‘, ein
- 15 ‚Minderwertiger‘. Wer aber ‚anders‘ ist, musste in ihrer ‚Logik‘ Jude sein. So war es eingebrannt in den Köpfen der Täter. [...] ‚Mein Bruder Marco fing dann an, den Marinus zu beschimpfen. Er fragte und sagte immer wieder, ob er Jude sei. Marinus hat dann irgendwann ja gesagt, dass er ein Jude sei. Ruhe war dann jedoch nicht. Dann ging es richtig los.‘

- [...] Nach stundenlanger Quälerei verließen die Täter das Grundstück. Marinus Schöberl blieb zurück. Doch
- 20 sie kehren zurück und schleppen Marinus auf ein ehemaliges LPG-Gelände. Dort setzten sie ihre Misshandlungen fort, bis sie ihn mit einer Betonplatte erschlagen. Seinen leblosen Körper werfen sie in eine Güllegrube. [...]

Datum

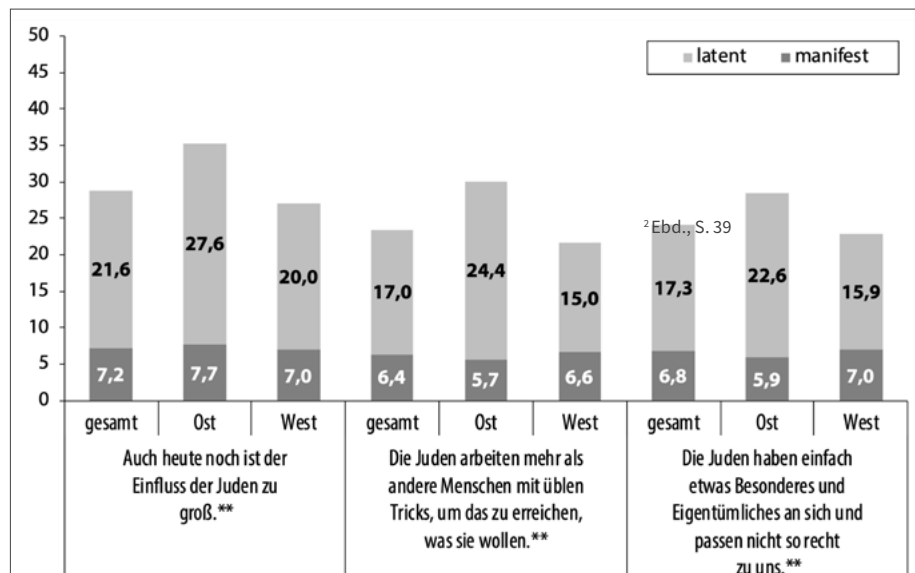
Name

Dieser grausame Mord und seine furchtbaren Begleiterscheinungen brachten das uckermärkische Dorf Potzlow in die nationalen und internationalen Schlagzeilen. In den Medien stand der Mord sinnbildlich für rechtsradikale Gewalt und eine verrohte Gesellschaft in den fünf neuen Bundesländern. [...]

Die Frage jedoch, aus welchem Grunde die drei Täter Marinus zum ‚Juden‘ machen wollten, bevor sie ihn bestialisch ermordeten, wurde in den Medien kaum thematisiert. Judenhass kann viele Motive erhalten. Das wissen wir aus der Historie des Antisemitismus. Eines der antisemitischen Motive ist es, dass Juden grundsätzlich sichtbar sind, weil sie anders aussehen. Marinus trug blond gefärbte Haare, das reichte aus, um ihn zum ‚Juden‘ zu deklarieren. Haare und Kleidung waren in den Augen der Täter Verkleidung. Darunter konnte nur ein Jude stecken. Aber Marinus war kein Jude. Man kann sicherlich davon ausgehen, dass er in diesem Dorf auch niemals einem Juden begegnet ist. [...] Notfalls werden Nichtjuden zu Juden gemacht. Das ist der Punkt – nicht nur in Potzlow.“

Aus: Monika Winter: Wer denkt noch an Marinus Schöberl. Antisemitismus-Opfer werden, ohne Jude zu sein, in: Jüdische Rundschau, Januar 2017, Ausgabe 29, S. 31.

M2 – Latente* und manifeste* Verbreitung des Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft im Jahr 2022



Statistik aus: Oliver Decker/Johannes Kiess/Ayline Heller/Elmar Brähler (Hg.): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neuer Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus-Studie 2022. Gießen 2022, S. 42.

*Hinweis:

Als „manifest“ wird hier eine klare Zustimmung zu den entsprechenden Aussagen bezeichnet (überwiegende oder völlige Übereinstimmung). Laut den Autor*innen der Studie gibt die Kategorie der „latenten“ Zustimmung den Befragten die Möglichkeit, sich im Sinne der sozialen Erwünschtheit nicht eindeutig positionieren zu müssen, aber dem Inhalt der extrem rechten Aussagen dennoch in Teilen zuzustimmen.² Demnach bilde die Kategorie der „latenten“ Zustimmung also ein rechts-extremes Potenzial ab.³

¹ Oliver Decker/Elmar Brähler (Hg.): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018, Gießen 2018, S. 72.

² Ebd., S. 39

³ Ebd.

Datum _____

Name _____

ARBEITSHINWEISE

1. Erläutern Sie die sozialdarwinistischen* Einstellungen und Verhaltensweisen in Gesellschaft und Staat gegenüber Wohnungslosen anhand der im Text genannten Beispiele.
2. Belegen Sie die Aussage, dass Sozialdarwinismus nicht nur im rechten Milieu, sondern auch in der Mehrheitsgesellschaft fest verankert ist.
3. Diskutieren Sie den Titel des Artikels „Marginalisiert in Leben und Tod“. Berücksichtigen Sie hierbei die Perspektive von Gesellschaft und Staat sowie die der Opfer.

Nach Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAGW) lebten im Laufe des Jahres 2020 ca. 45 000 Menschen ohne jede Unterkunft auf der Straße. Die Jahresgesamtzahl aller Personen ohne feste Wohnung lag 2020 bei ca. 417 000.¹ Sie übernachteten regelmäßig im öffentlichen Raum.

Jedes Jahr werden auf der Straße Lebende, Wohnungslose, Mittellose und sozial Ausgegrenzte Opfer von Gewalt. Das Potential der Gewalt ist sowohl in der rechten Szene als auch in der Gesamtgesellschaft erschreckend hoch. Opferperspektive e. V. gibt an, dass in der Bundesrepublik seit 1990 mindestens 45 Menschen, darunter zehn aus Brandenburg, aus sozialdarwinistischen Motiven getötet worden sind. Die Biographien der Opfer sind in der Regel unbekannt und bleiben unbeachtet, an sie erinnert wird in den seltensten Fällen.

10 Marginalisiert* in Leben und Tod – Wohnungslose als Opfer rechter Gewalt

„[...] Heutzutage [richtet sich] der Wert eines Menschen [...] zunehmend nach seiner ökonomischen ‚Nützlichkeit‘. Wer nichts ‚leistet‘ ist auch nichts wert – aus objektiv vorhandener Ungleichheit wird eine angeblich vorhandene Ungleichwertigkeit.

Eine **Marginalisierung** ist ein Prozess, in dem man jemanden oder etwas ins Abseits schiebt oder zu etwas Unwichtigem macht.

Diese Ansicht ist in der deutschen Bevölkerung weit verbreitet. Wilhelm Heit-

meyers Studie ‚Deutsche Zustände‘ zufolge wünscht sich etwa ein Drittel der Be-

fragten die Vertreibung von Obdachlosen aus Fußgängerzonen, 34% bezeichnen Obdachlose als ihnen ‚unangenehm‘ (Zahlen von 2010). Die Abwertung von Langzeitarbeitslosen ist noch deutlich stärker ausgeprägt. Aus wirtschaftlicher Schwäche wird charakterliches Versagen konstruiert.

Aus diesem Sozialdarwinismus des Wortes folgt bei Gewaltverbrechen gegen

Wohnungslose ein ‚Sozialdarwinismus in der Tat‘ [...] Die meisten Morde werden von Tätergruppen verübt, zu einem überwiegenden Teil männlich und

Der **Darwinismus** ist eine Evolutionstheorie (nach Charles Darwin), die annimmt, nur die Stärksten würden überleben. Der Sozialdarwinismus überträgt diese Theorie aus dem Pflanzen- und Tierreich auf die menschliche Ebene.

¹ BAG Wohnungslosenhilfe e.V. (21.12.2021): Steigende Zahl Wohnungsloser im Wohnungslosensektor, Wohnungslosigkeit anerkannter Geflüchteter sinkt. Aktuelle Schätzung der BAG Wohnungslosenhilfe. Online unter: www.bagw.de/de/presse/show?tx_netnews_newsview%5Baction%5D=show&tx_netnews_newsview%5Bcontroller%5D=News&tx_netnews_newsview%5Bnews%5D=215&cHash=27c6924963ddf518fabd193bd1a14f56 (zuletzt 29.11.2022)

Datum _____

Name _____

jung. Auffällig ist auch die besondere Brutalität, mit der oft vorgegangen wird. Sie zeugt von einer Entmenschlichung der Opfer, und der Überzeugung der Täter, dass Wohnungslose ‚unwertes Leben‘ darstellen.“¹

In der Nacht zum 1. Juli 1992 schläft Emil Wendland (1942–2012) auf einer Parkbank in einer kleinen Parkanlage im Zentrum Neuruppins ein. Emil Wendland ist alkoholkrank. Immer wieder schafft er den Weg nach Hause nicht mehr und übernachtet im öffentlichen Raum. In dieser Nacht fasst eine Gruppe von Neonazi-Skinheads aus der örtlichen rechten Szene den Entschluss, in der Stadt Jagd auf (vermeintlich) Wohnungslose zu machen. Die Menschen, denen die Neonazis – wie es einer von ihnen im Nachhinein ausdrückt – einen „Denzettel“ verpassen wollen, bezeichnen sie als „Assis“ und „Penner“.² Im Rosengarten fügen die Neonazis Wendland durch Tritte massive Verletzungen im Bauchraum und am Kopf zu. Einer der Täter zerschlägt eine Bierflasche auf dem Kopf des Mannes. Die Täter verlassen daraufhin den Tatort. Wenig später kehrt einer der Täter in den Park zurück und sticht dem schwer verletzten und bewusstlosen Mann ein Messer in den Oberkörper. Wendland verblutet und stirbt. Die Täter werden zwei Tage später verhaftet. Im Oktober 1993 erfolgt ihre Verurteilung durch das Landgericht Potsdam. Das Gericht konstatiert, dass die Täter Wendland für „einen Menschen zweiter Klasse [halten]“³. Ein sozialdarwinistisches Motiv leitet es dennoch nicht daraus ab.

„[...] Die Begründungen von rechtsradikalen Mördern für ihre Verbrechen an Wohnungslosen gleichen sich: ‚Penner‘ passen nicht ins Stadtbild, liegen ‚dem deutschen Steuerzahler auf der Tasche‘, ‚der Anblick passte nicht in mein Weltbild‘. [...] Trotz der besonderen Brutalität und der menschenverachtenden Begründungen erfahren die Mordtaten von Neonazis an Wohnungslosen wenig Aufmerksamkeit. Dies ist, bei der weiten Verbreitung sozialdarwinistischer Einstellungen in der Gesellschaft, kein Zufall. [Und auch der Staat trägt dazu bei]: Durch die Vertreibung von Wohnungslosen aus Fußgängerzonen und aus Bahnhöfen durch Polizei und Sicherheitspersonal, oder durch bauliche Maßnahmen, die es verhindern sollen, dass Obdachlose unter Brücken schlafen können [...] Das hohe Ausmaß an Akzeptanz von struktureller Gewalt gegen Wohnungslose zeigt sich nicht zuletzt an dem fehlenden Aufschrei über Kältetote, die es jeden Winter in deutschen Städten gibt.

Staatlich umgesetzte [...] Ausschlüsse führen letztendlich zur besonderen Verwundbarkeit von Wohnungslosen für Gewalttaten: Von Orten vertrieben, die durch hohes Menschaufkommen Sicherheit bieten, bei

¹ Aus: Joschka Fröschner: Marginalisiert in Leben und Tod – Wohnungslose als Opfer rechter Gewalt, 28.11.2014, unter: www.belltower.news/marginalisiert-in-leben-und-tod-wohnungslose-als-opfer-rechter-gewalt-38310 (zuletzt: 10.02.2019).

² Amtsgericht Neuruppin: Gerichtsurteil, 1993.

³ Moses Mendelssohn Zentrum: Abschlussbericht des Forschungsprojektes „Überprüfung umstrittener Altfälle Todesopfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt im Land Brandenburg seit 1990“, Potsdam 2015, S. 62.

Datum _____

Name _____

gleichzeitigem [...] Mangel an Unterkünften, müssen sie immer wieder vereinzelt an Plätzen schlafen, an denen sie nicht ‚sichtbar‘ sind. So ist es wenig verwunderlich, dass die Tatorte [der Morde] an Obdachlosen immer wieder Parkanlagen und -bänke oder andere behelfsmäßige Schlafplätze sind. [...]

- 5 Es ist auch die mangelnde Anerkennung, die ein adäquates Gedenken und Erinnern an wohnungslose Opfer rechter Gewalt erschwert. Noch dazu ist es durch die *Stigmatisierung** und Ausgrenzung von Wohnungslosen und sozial schwachen Menschen oftmals schwer, ihre Biographie und Geschichte in Erfahrung zu bringen, um ihnen auf diese Weise ein Gesicht zu verleihen. Die *Marginalisierung** von Obdachlosen im Leben schreibt sich auf diese Weise auch nach dem Tod fort. Nur an wenigen Orten in Deutschland gibt es Gedenksteine und Veranstaltungen an Todestagen, um ihrer zu gedenken. Wenn dies geschieht, dann häufig sogar gegen den Widerstand der Lokalpolitik. [...] In Neuruppin erinnert ein antifaschistisches Bündnis an Emil Wendland, der 1992 [...] von Neonazis [ermordet] wurde. [...]“¹

Jemand wird **stigmatisiert**, wenn er auf eine negative Weise gekennzeichnet, mit einem Stigma versehen wird.

¹ Aus: Joschka Fröschner: Marginalisiert in Leben und Tod – Wohnungslose als Opfer rechter Gewalt, 28.11.2014, unter: www.belltower.news/marginalisiert-in-leben-und-tod-wohnungslose-als-opfer-rechter-gewalt-38310 (zuletzt: 10.02.2019).

Datum _____

Name _____

ARBEITSHINWEISE

1. Erläutern Sie die Bedeutung und Funktion von Gedenken und Erinnern aus der Perspektive (1) der Opfer und ihrer Angehörigen, (2) der Zivilgesellschaft und (3) des Staates.
2. Vergleichen Sie die Inschriften der Jahre 1999 und 2000.
3. Beschreiben Sie den gesellschaftlichen und politischen Umgang mit dem Gedenken an Farid Guendoul in Guben.
4. Bewerten Sie den gesellschaftlichen und politischen Umgang mit dem Gedenken an Farid Guendoul in Guben.

Vom Zustand der Erinnerung an Farid Guendoul in Guben

„[...] Wer heute auf den Gedenkort für Farid Guendoul in unmittelbarer Nähe zur Cottbuser Straße [...] aufmerksam wird, kann demnach zuallererst feststellen, dass der Stadt Guben nach dem Tod [...] Farid Guendoul daran gelegen war, an ihn zu erinnern, [ihm] ein Zeichen zu setzen.



Farid Guendoul (28 Jahre)
verblutet am 13. Februar 1999 †

Mahnung
gegen Rassismus
gegen Gewalt
gegen Fremdenfeindlichkeit

Die Würde des Menschen ist unantastbar!

- 5 [So lautet die] Inschrift auf einer Platte, die auf einem im Boden versenkten Stein aufgebracht ist. Der kleine Text geht auf das Frühjahr 2000 und das Engagement des Gubener Forums gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit zurück [...] und damit der politischen und zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit der Stadt.

[Es ist] ein Mensch mit einem nichtdeutsch anmutenden Namen gestorben. Auffällig ist dabei die konkrete Bezeichnung seines Todes, er ist ‚verblutet‘ [...]. Zum anderen wird der Standort des Gedenksteins als
10 Mahnmal definiert. [...] Es [bleibt unklar], was genau an diesem Tag geschah. [...]

Davon ausgehend [...] kann der Tod eines Ausländers als Ursache für die Errichtung des Mahnmals verstanden werden, [eine] Möglichkeit der Stadt, ein Bekenntnis abzugeben und sich zu positionieren [...]. Dies könnte ein Verweis auf die gesellschaftliche Situation zum Zeitpunkt der Einrichtung sein: Offensichtlich war es notwendig, dass die Stadtoberen an dieser Stelle Rassismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit
15 verurteilen und gleichzeitig darauf verweisen, dass es eine unantastbare Würde des Menschen gebe.

Datum _____

Name _____

Gleichzeitig lässt dies den Schluss zu, dass Farid Guendoul nicht einfach nur ‚verblutet‘ ist, sein Tod vielmehr im Zusammenhang mit Rassismus, Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und nicht respektierter Menschenwürde steht. [...] Offen bleibt, wer der oder die Täter waren und welche Tat sie begingen. Zudem schließt sie die beiden Überlebenden ihres Angriffs – Issaka K. und Khaled B. – aus der Erinnerung aus.

- 5 [...] Bereits derjenige, der [die Tafel] heute aufsucht, muss um ihre Existenz wissen: auf einer Wiese, zwischen einer Reihe aus kleinen Bäumen und einer dicht befahrenen Straße. Fußgänger*innen passieren ihn mit Sicherheit selten, kein angelegter Weg führt auf ihn zu oder unmittelbar an ihm vorbei. [...] Auf der Wiese selbst erscheint die Standortwahl willkürlich, jeder andere Platz innerhalb eines Radius von 20 Metern käme auch in Frage. [...]
- 10 Nur wer um die Ereignisse vom 13. Februar 1999 weiß, könnte eine Beziehung zu einem Ort herstellen, der einst einige Meter im Rücken der Gedenksteinsucher*innen lag: Bis 2003 befand sich dort die Zeilenbebauung der Hugo-Jentsch-Straße, damit auch der Hauseingang Nr. 14, in dem Farid Guendoul verblutete. Heute ist dort lediglich eine Wiesenfläche mit einzelnen Sträuchern [...]. Es gibt also keine Bewohner*innen mehr, welche es als Stigmatisierung empfinden könnten, wenn an ihrem Hauseingang an Farid Guendoul
- 15 erinnert wird, wie es noch im Zuge der Einrichtung der Gedenkstätte der Fall war. Damit ist davon auszugehen, dass niemand auf die Idee kam, den Gedenkstein wenigstens mit dem Abriss an den Ort zu verlegen, an dem der Algerier starb [...].

- Während die Tafel die Ereignisse am 13. Februar 1999 nur andeutet [und] Inhalt, Standort und Zustand einige Rückschlüsse auf ihre Bedeutung und Wahrnehmung in Guben nahelegen, ist die Geschichte ihrer
- 20 Entstehung nicht ablesbar. Der Gedenkort selbst war bereits am 16. Juli 1999 eingeweiht worden, allerdings ging die Initiative nicht von der Stadt, sondern von der Antifa Guben aus. [Diese sah es als notwendig an,] auf die Stellungnahmen und Stimmungen in der Stadt ein Statement im öffentlichen Raum abzugeben. [...] Dass der Gedenkstein nicht die Haltung der Stadt zu den Ereignissen darstellte, wird zudem deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass der Gedenkstein zunächst eine andere Tafel mit anderer Inschrift trug, die
- 25 in der Nacht vom 3. zum 4. März 2000 [...] gestohlen wurde:

Hier starb am frühen Morgen des 13. Februar 1999

OMAR BEN NOUI (28 Jahre)

Er wurde Opfer einer rassistischen Hetzjagd von rechten Gubener Jugendlichen.

Wir werden sein Andenken bewahren.

Datum _____

Name _____

Mit der Inschrift werden zunächst vier Aspekte deutlich: ‚Hier‘ verortet das Geschehen. [...] Dies [verweist] auf das Bemühen der Initiatoren, die Tafel am Hauseingang selbst anzubringen, und darauf, dass der heutige Standort demnach ein Kompromiss war [...]: Hier ist eben nicht da drüben, über die Straße und dann nochmal 20 Meter weiter. Zum Zweiten ist Omar ben Noui der Name, unter dem Farid Guendoul in Deutschland lebte, und der, unter dem sich die Erinnerung an das Ereignis weithin durchsetzte. Zum Dritten bezieht die Inschrift das Geschehen ein und macht es konkret: Farid Guendoul wurde nicht Opfer abstrakter gesellschaftlicher Begriffe wie Rassismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit; er wurde von rechten, rassistisch agierenden Jugendlichen, die aus der Stadt Guben selbst kamen, in den Tod gehetzt. [...]

In den ersten Jahren der Existenz des Gedenksteins wurde die Platte wiederholt zerkratzt, bespuckt, mit Bier und anderen Flüssigkeiten bekippt [...] Sie wurde unter Zuhilfenahme eines schweren Gegenstandes zerbeult und sie wurde gestohlen. Blumen wurden nach Gedenkveranstaltungen regelmäßig zertreten oder weggeschmissen. Eine Initiative [...] wollte sie ins Rathaus verlegen. Zahllose Einwohner*innen von Guben wünschten sich öffentlich, dass sie entfernt werden solle.

Die Gedenkstätte war damit nicht nur ein umstrittener Ort, [...] sie war vor allem ein bekämpfter Ort, der aus dem städtischen Raum wieder verschwinden sollte. Ihr heutiger Zustand, ihre faktische Nichtwahrnehmbarkeit im öffentlichen Raum und das Fehlen einer größeren gesellschaftlichen Gruppe, für die dieser Ort ein Erinnerungsort ist, legen nahe, dass sie gar nicht mehr entfernt werden musste, um dem Vergessen anheimzufallen.“

Datum _____

Name _____

ARBEITSHINWEISE

1. **Sichten** Sie das gesamte **Quellenmaterial** (A, B, C und D). **Notieren** Sie drei Sätze, die Ihnen darin besonders bemerkenswert erscheinen. **Begründen** Sie Ihre Auswahl in Stichpunkten.
2. **Fassen** Sie die **Folgen** des rassistischen Angriffs für Noël Martin **zusammen**.
3. **Beschreiben** Sie, wie **Noël Martin** mit dem Angriff und seiner neuen Lebenssituation in den Jahren danach **umgegangen** ist. Gehen Sie dabei insbesondere auf seine **Handlungsstrategien** im Kampf gegen Rassismus ein.
4. **Diskutieren** Sie: Warum ist es nach einer rassistischen Gewalttat wichtig, den **Perspektiven und Wünschen der Opfer** öffentliche Aufmerksamkeit zu schenken? Welche **Chancen** birgt dies? Inwiefern ist es das **Gegenteil** von dem, was die Täter*innen beabsichtigten?

Noël Martin (1959–2020) verbrachte seine ersten Lebensjahre in Jamaika, danach lebte er in Birmingham (Großbritannien). Mitte der 1990er Jahre kam er als Bauarbeiter für einige Zeit nach Mahlow bei Berlin. Dort wurde er 1996 zusammen mit seinen beiden Kollegen Arthur B. und Mikel R. aus rassistischen Motiven von Neonazis angegriffen. Durch den Angriff war er querschnittsgelähmt und lebte mit massiven körperlichen Einschränkungen – infolge dieser verstarb er 24 Jahre später im Alter von 60 Jahren an multiplen Organversagen.

Folgendes Material steht Ihnen für die Bearbeitung der Aufgaben zur Verfügung:

A Textabschnitt „**Nach der Tat**“ auf der Seite:

www.todesopfer-rechter-gewalt-in-brandenburg.de/noel-martin

B „Er war derjenige, der dich zum Lächeln brachte“ – **Interview mit Noël Martins Pflegerin Liz**

(Isalyn Brown), zu finden bei den „Weiterführenden Informationen“ auf der Seite:

www.todesopfer-rechter-gewalt-in-brandenburg.de/mahlow

C **Auszug aus Noël Martins Autobiografie „Nenn es: mein Leben“.**

Die gesamte Autobiografie ist in der 3. Person geschrieben. Sie wurde von Robin Herrnfeld aufgezeichnet, einer langjährigen Vertrauten von Noël Martin. Der Auszug handelt von Noël Martins Besuch in Deutschland zum 5. Jahrestag des Angriffs im Jahr 2001.

Datum _____

Name _____

1

Wenn er von einer Brücke ins Wasser gesprungen oder von einem Pferd gestürzt wäre, dann wäre es eine andere Geschichte gewesen, ein tragischer Unfall. Es wäre seine Schuld gewesen und er hätte die Konsequenzen akzeptieren müssen. Aber er ist nicht von einer Brücke gesprungen, er ist nicht vom Pferd gefallen.

- 5 Es waren Neonazis, ignorante Rechtsradikale, die sein Leben ruiniert haben. Deswegen ist es so schwierig, das Leben im Rollstuhl zu akzeptieren.

Fünf Jahre nach dem Anschlag erfährt er, dass der Jugendliche, der den Stein warf, bald aus dem Gefängnis entlassen werden soll. Er hört auch, dass es in Mahlow immer noch Neonazis gibt, die am Bahnhof herumlungern.

- 10 „Geh nach Mahlow“, sagt er sich eines Tages. „Demonstriere gegen den Rassismus. Zeig den Leuten, wohin Ignoranz und Dummheit führt.“

Der fünfte Jahrestag des Anschlags wäre ein gutes Datum für solch eine Aktion.

- 15 Mitarbeiter der Talkshow „Beckmann“ rufen ihn an. Sie laden ihn ein, im Fernsehen aufzutreten. Er wird in einem Privatflugzeug nach Hamburg geflogen, weil sein Rollstuhl in die meisten Flugzeuge nicht hineinpasst. Er hätte es auf jeden Fall abgelehnt, auf einer Bahre wie ein Kranker transportiert zu werden, wie damals von Mahlow nach England. Mit Würde will er reisen.

Während er in Hamburg ist, besucht ihn Ines Spenger, die stellvertretende Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg. Sie lädt ihn ein, im Juni nach Mahlow zu kommen. Er soll die Demonstration anführen, die dort für ihn organisiert wird. [...]

- 20 2

Er hat endlich ein behindertengerechtes Fahrzeug bekommen. Mit dem Geld aus dem Verkauf des Van und einer weiteren großzügigen Spende aus Deutschland hat er einen Chrysler Voyager gekauft und umbauen lassen. Er kann seinen Rollstuhl jetzt über eine ausfahrbare Seitenrampe in den Wagen hineinfahren und vorne auf der Beifahrerseite sitzen. Die Pflegerin braucht ihn nur anzuschnallen. Seitdem fühlt er sich nicht mehr ganz so eingeschränkt. Und da er nun den Wagen hat, kann er in Mahlow mobil sein.

Das Medieninteresse ist groß. [...]

Er kann es gar nicht fassen, wie viele Menschen gekommen sind, um ihn auf dem Rollfeld zu empfangen. Sie stehen auf dem Rollfeld und sehen zu, wie er aus dem Flugzeug auf die Hebebühne eines Rettungswagens rollt. Ganz vorne die Journalisten. Blitzlichtgewitter, alle drängen zu ihm. [...]

Datum _____

Name _____

Noëls Wagen steht bereit. Leroy hat ihn auf dem Land- und Seeweg nach Hamburg gefahren. Bevor Noël einsteigt, möchte er eine Zigarette. Die Journalisten starren ihn an wie einen Affen im Zoo. Die Pflegerin hält ihm eine Zigarette an die Lippen und zündet sie an. Die Kameras klicken. Von dieser Szene müssen sie unbedingt ein Foto haben. [...]

- 5 Freitag. Er hat einen Termin bei Manfred Stolpe, dem Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg. „Ich möchte ein Programm ins Leben rufen“, sagt Noël, „und jugendliche Neonazis nach Birmingham einladen. Ihnen zeigen, wie Menschen verschiedener Herkunft zusammen leben können. [...]“ „Eine sehr gute Idee“, sagt der Ministerpräsident, und in der darauffolgenden Pressekonferenz kündigt er an, dass er eine Summe aus Lottomitteln für das Projekt zur Verfügung stellen wird. Gut so.

10 3

Freitagnachmittag. Leroy fährt ihn nach Mahlow. [...] Die Sonne scheint, es ist warm. Aber er nimmt es nicht wahr. Er starrt auf das Mahnmal, das die Mahlower vor etwa zwei Tagen und unter dem Druck der Öffentlichkeit errichtet haben. [...] Hier, denkt er, ist sein Leben zu Ende gegangen. Nicht nur sein Leben. Auch Jacques. Und auch für seine Freunde ist dort etwas gestorben; für jene Menschen, denen er nicht mehr der Freund sein kann, der er einmal war. Beckmanns Kamerateam ist da. Sie halten fest, wie er weint.

15

Samstag, der 16. Juni. [...] Sie führen ihn zur Gemeindeverwaltung, wo der Bürgermeister von Mahlow einen Empfang gibt. Großes Gedränge. [...] Reden werden gehalten. [...] Alle bedauern, was ihm an diesem Ort geschehen ist. Sie hoffen, dass so etwas nie wieder passieren wird. Aber Neonazis, sagt irgendwann der Bürgermeister, die gebe es in Mahlow nicht. Es gebe lediglich Jugendliche, die manchmal über das Ziel hinauschießen würden.

20

Hinterher fährt Noël zum Glasower Damm. Von dort aus soll die Demonstration starten. [...] So viele Leute. Sie schauen schweigsam zu, während er wieder vor dem Mahnmal innehält. Gut, dass er gestern schon hier gewesen ist, ohne diese Menge. Er wendet sich ab und betrachtet die Menschen hinter der Absperrung. Er ruft einige zu sich, um den Demonstrationszug anzuführen. [...]

- 25 Leroy breitet die grün-golden-schwarze Flagge von Jamaika über dem Wagen aus, daneben eine britische und eine deutsche Flagge. Damit will er der Welt zeigen, dass dies uns alle betrifft. Dann rollt er los. Neben ihm Angie und Donna, eine weitere Pflegerin. Die Leibwächter, aufmerksam die Menge beobachtend, um eventuelle Angriffe von Neonazis abzuwehren. [...] Der Zug bewegt sich über den Glasower Damm bis zum Bahnhofsvorplatz. Dort findet die Kundgebung statt.

Datum _____

Name _____

Er steht auf der Bühne und schaut in die Menge. [...] Dann ist er dran. Er sagt es ihnen. Wie sinnlos es sei, jemanden wegen seiner Hautfarbe zu hassen. Dass es nur eine Rasse gebe, nämlich die menschliche. Und der gehören wir alle an. [...] Seht mich an. Seht, wohin der Hass führt. [...]

Abends dann ein Konzert. Openair, mit Live-Übertragung im Fernsehen. Leute können anrufen und Geld spenden. Angeblich sind erhöhte Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden. Einer der Organisatoren zeigt auf ein Mitglied der Sicherheitskräfte. Noël kennt ihn. Es ist einer der Rechten, die früher am Bahnhof herumlungerten. Außerdem, so erklärt ihm ein Journalist, der sich hier auskennt, ist der Mann mit dem Bürgermeister verwandt. [...]¹

D Video „Ein außergewöhnlicher Tag für die Gemeinde Mahlow“ über den 5. Jahrestag des Angriffs
10 u. a. **mit Auszügen aus der Rede von Noël Martin**, zu finden bei den „Weiterführenden Informationen“ auf der Seite: www.todesopfer-rechter-gewalt-in-brandenburg.de/mahlow

¹ Noël Martin: *Nenn es: mein Leben*. Karlsruhe: von Loeper Literaturverlag, 2007.

Einstieg

Weiterführende Hinweise für Lehrer*innen, um Ausstellung im Nachgespräch mit den SuS zu kontextualisieren und aufkommende Fragen beantworten zu können:

Zur Zahl rechter Todesopfer seit der Wiedervereinigung 1990

Die *Opferperspektive e. V.* erfasst mehr als 200 Todesopfer rechter Gewalt seit der Wiedervereinigung in der Bundesrepublik, 23 davon im Bundesland Brandenburg. Die nachgewiesenen Todesopfer beschreiben die Spitze des Eisberges extrem rechter Gewalttaten. Sie richten sich gegen Geflüchtete, Menschen mit Migrationsgeschichte, politische/ideologische Gegner*innen, sozial Benachteiligte und Arme – all diejenigen, welche nicht in rechte Weltbilder und Gesellschaftsvorstellungen passen. Extrem rechte Gewalt ist Ausdruck extrem rechter Einstellungen. In der Bundesrepublik bewegen sich die Zahlen über erfasste Fälle von rechter Gewalt seit 1990 auf hohem Niveau. In der ersten Hälfte der 1990er Jahre sind die erfassten Fälle rechter Gewalt am höchsten. Im Vergleich zwischen den alten und den neuen Bundesländern zeigt sich seit 1990, dass rechte Gewalt in den neuen Bundesländern, wie zum Beispiel in Brandenburg, in Relation zur Zahl der Einwohner*innen ungleich höher ist als in den alten Bundesländern.

Informationen zur Entwicklung rechter Gewalt und Gedenkveranstaltungen in der Bundesrepublik seit 1990

Der Fall der Berliner Mauer 1989 steht in Verbindung mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staatenwelt. Die Zahl von Geflüchteten aus Osteuropa steigt kontinuierlich. Die Bundespolitik diskutiert die Einschränkung des im Grundgesetz verankerten Asylrechts. Das Schlagwort „Asylmissbrauch“ beherrscht 1990 den Bundestagswahlkampf und die Medienlandschaft. Die sozialen Verwerfungen nach der Wiedervereinigung befördern die rassistische Grundstimmung in weiten Teilen der ostdeutschen Gesellschaft. Besonders die „Kinder der Einheit“ sind verwirrt, wütend und frustriert. Die extrem rechte Szene im Osten wird von neonazistischen Kadern aus dem Westen organisiert. Ihre Gewalt bestimmt den Straßenalltag. Expert*innen schätzen die Zahl gewaltbereiter Rechter im Osten 1991 auf 10 000–15 000 Personen.

Im September 1991 greifen Neonazis die Unterkünfte von vietnamesischen und mosambikanischen Vertragsarbeiter*innen und Asylbewerber*innen in Hoyerswerda (Sachsen) an. Anwohner*innen beteiligen sich an der tagelangen Belagerung, die Häuser werden evakuiert. In Rostock-Lichtenhagen (Mecklenburg-Vorpommern) kommt es im August 1992 zu den schwersten rassistischen Ausschreitungen in der Geschichte der Bundesrepublik. Die tagelangen Angriffe von hunderten extrem rechter Gewalttäter*innen auf die *Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber* werden von tausenden Anwohner*innen unterstützt. Ein benachbartes Wohnheim für vietnamesische Vertragsarbeiter*innen wird in Brand gesetzt, beide Häuser werden evakuiert.

Bei einem rechtsmotivierten Brandanschlag auf ein von türkischen Familien bewohntes Haus in Mölln (Schleswig-Holstein) sterben Ende November 1992 drei Menschen. An einer *Lichterkette gegen Ausländerfeindlichkeit* in München beteiligen sich am 6. Dezember 400 000 Menschen. Am selben Tag beschließt der Bundestag die Änderung des Grundgesetzes (GG): das Recht auf Asyl wird eingeschränkt. Über 400 000 Geflüchtete haben 1992 einen Antrag auf Asyl gestellt.

Im Mai 1993 sterben bei einem Brandanschlag auf ein Wohnhaus in Solingen (Nordrhein-Westfalen) fünf Menschen türkischer Migrationsgeschichte. In diesem Zusammenhang bewertet Bundespräsident Richard von Weizsäcker extrem rechte Gewalt als politisch motiviert. Im Juli 1993 tritt das neue Asylrecht im GG in Kraft. Sicherheitsbehörden und Politik reagieren verspätet auf die ausufernden Gewalttaten und verbieten zahlreiche extrem rechte Gruppierungen. In den ersten fünf Jahren der wiedervereinigten Bundesrepublik beziffern sich die Todesopfer rechter Gewalt auf 65 mindestens.

Die extrem rechte Szene organisiert sich in über 250 militanten und gut vernetzten autonomen Kameradschaften neu. Die NPD übernimmt ihre neonationalsozialistischen Positionen auf Parteiebene. Zeitgleich entstehen extrem rechte Netzwerke wie *Blood and Honour*, das über rechte Musik- und Konzertgeschäfte Geld für den bewaffneten Kampf sammelt. Autonome Kleingruppen wie der *NSU* verschreiben sich dem rechten Terror und gehen in den Untergrund.

Einstieg

Weiterführende Hinweise für Lehrer*innen, um Ausstellung im Nachgespräch mit den SuS zu kontextualisieren und aufkommende Fragen beantworten zu können:

Rechte Gewalttäter*innen haben in den 1990ern insgesamt 104 Menschen getötet. Nach einem Bombenattentat an einer Düsseldorfer S-Bahn-Station im Juli 2000 werden zehn osteuropäische und jüdische Einwander*innen zum Teil schwer verletzt, am 3. Oktober 2000 folgt ein Brandanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge. Bundeskanzler Gerhard Schröder fordert daraufhin mit dem „Aufstand der Anständigen“ zur Zivilcourage gegen rechts auf. Das für die Szene einflussreichste Netzwerk, die Vereinigung *Blood and Honour*, wird verboten. Im Jahr 2000 sind 14 Todesopfer rechter Gewalt zu beklagen.

Es folgt eine öffentliche Mobilisierung. Bund, Länder und Kommunen, Nichtregierungsorganisationen sowie zivilgesellschaftliche Akteure entwickeln Aktionspläne für Toleranz und Zivilcourage und gründen Aktionsbündnisse gegen rechts. Ab 2001 unterstützt die Bundesregierung programmatisch Initiativen gegen *Rechtsextremismus*, *Fremdenfeindlichkeit* und *Antisemitismus*. Im gleichen Jahr stellen die Sicherheitsbehörden ihren Bewertungsmaßstab für rechte Gewalt radikal um. Mit der Einführung der PMK-rechts erfüllen Gewalttaten gegen Geflüchtete, Migrant*innen, politische Gegner*innen und sozial Benachteiligte das Kriterium der politisch motivierten Kriminalität. Das spiegelt sich in den diesbezüglichen Verfahren und Gerichtsurteilen der Strafverfolgungsbehörden wider. Erfolglos bleibt hingegen der Versuch, die NPD zu verbieten.

Seit 2006 steigt die Zahl von Asylbewerber*innen wieder an. 2015 stellen knapp 500 000 Menschen einen Asylantrag. Neue rechte Sammlungsbewegungen wie PEGIDA in Dresden erfahren damit einen immensen Zulauf aus der Mitte der Gesellschaft. 2011 enttarnt sich der NSU selbst. Die neonazistische Terrorgruppe begeht zwischen 1998 und 2011 zahlreiche Banküberfälle, Bombenattentate und Morde an neun Migranten und einer Polizistin. In München tötet ein rechter Einzeltäter 2016 neun Migrant*innen und anschließend sich selbst. Seit der Wiedervereinigung sind in der Bundesrepublik mindestens 182 Todesopfer rechter Gewalt zu beklagen. In politisch und sozial abgeschrieben Regionen Ost- und Westdeutschlands bleiben extrem rechte Einstellungen und Verhalten fest in der Gesellschaft verankert. 2017 zieht mit der AfD erstmals seit der Wiedervereinigung eine in Teilen extrem rechte Partei in den Bundestag ein.

Informationen zur gesellschaftlichen und politischen Entwicklung in Brandenburg seit 1990

Für viele Menschen sind die 1990er Jahre in Brandenburg lebensgefährlich. Rechte Parteien, Organisationen und ungebundene rechte Jugendcliquen sind landesweit präsent. Staat, Verwaltung und Sicherheitsbehörden sind überfordert. Andrzej Frątczak stirbt im Oktober 1990 in Lübbenau. Er gilt als das erste Todesopfer rechter Gewalt in der wiedervereinigten Bundesrepublik. Kurz darauf wird in Eberswalde Amadeu António von rechten Jugendlichen und Neonazis zusammengeschlagen. Er stirbt wenige Tage später. Städte wie Eberswalde, Oranienburg, Velten, Cottbus, Fürstenwalde, Schwedt und Angermünde sind Brennpunkte extrem rechter Gewalt. Eine Umfrage des Instituts für Familien-, Kindheits- und Jugendforschung der Universität Potsdam unter Brandenburger Jugendlichen ergibt zu Beginn der 1990er Jahre, dass knapp die Hälfte „ausländerfeindliche“ und knapp ein Viertel „rechtsextreme“ Einstellungen teilt.

Im Schatten von Rostock-Lichtenhagen versuchen Neonazis 1992 in Eisenhüttenstadt, die *Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber* zu stürmen. Am Wochenende darauf werden landesweit Unterkünfte für Geflüchtete und Vertragsarbeiter*innen angegriffen. Im September 1992 erfolgt ein Brandanschlag auf die KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen. Am 3. Oktober 1992 findet in Finsterwalde ein Neonazikonzert mit über 1 000 Teilnehmer*innen statt. Bis 1993 vergeht kaum eine Woche in Brandenburg, in der keine Gemeinschaftsunterkünfte für Asylsuchende überfallen oder Menschen Opfer rechter Gewalttaten werden. Städte wie Schwedt sind „national befreite Zonen“. Wehrsportgruppen verschaffen sich Waffen und trainieren in den Wäldern um Berlin den bewaffneten Kampf.

Einstieg

Weiterführende Hinweise für Lehrer*innen, um Ausstellung im Nachgespräch mit den SuS zu kontextualisieren und aufkommende Fragen beantworten zu können:

Bis 1995 summieren sich die rechten Tötungsdelikte in Brandenburg auf zehn. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre entwickelt sich Brandenburg bundesweit zum Vorreiter im Engagement gegen Rechts. Im Mai 1995 verbietet der Innenminister Brandenburgs erstmals eine extrem rechte Vereinigung, die „Direkte Aktion/Mitteldeutschland“. Im Mai 1997 gründet sich das bis heute existierende landesweite *Aktionsbündnis Gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit*. Im Dezember 1997 fordert Generalstaatsanwalt Rautenberg eine „Einheitsfront gegen Rechtsextremismus von Konservativen bis hin zu linken Autonomen“. Im Verlauf des Jahres werden vier Menschen von rechten Tätern getötet. 1998 gründet sich *Opferperspektive e. V.* als ehrenamtliche Initiative in Potsdam. Sie ist bundesweit die erste Beratungsstelle für Betroffene rechter Gewalt. Die Landesregierung beschließt im Juni 1998 das Handlungskonzept *Tolerantes Brandenburg*. Kommunen reagieren mit ähnlichen Konzepten. Aufgrund zunehmender extrem rechter und antisemitischer Gewalttaten wird in Potsdam 2002 der *Lokale Aktionsplan* beschlossen, ein umfassender Maßnahmenkatalog gegen die organisierte extreme Rechte und rechte Gewalt. Das parteiübergreifende Aktionsbündnis *Potsdam! bekennt Farbe* unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters gründet sich.

Ungeachtet jener zivilgesellschaftlichen Prozesse zieht 1999 die DVU (Deutsche Volksunion) in den brandenburgischen Landtag ein. In den Jahren 1990–1999 werden 16 Menschen durch rechte Täter*innen getötet. 2008 wird Bernd Köhler von Neonazis in Templin ermordet, soweit bekannt das vorerst letzte Todesopfer rechter Gewalt in Brandenburg. 2013 beauftragt das Brandenburger Innenministerium das *Moses Mendelssohn Zentrum* in Potsdam mit der Überprüfung von rechtmotivierten Tötungsdelikten. Im Ergebnis werden 18 Tote als Opfer rechter Gewalt offiziell anerkannt, doppelt so viele wie noch vor der Überprüfung. 10 davon kamen durch Sozialdarwinismus ums Leben und bilden somit die größte Opfergruppe, die nachfolgende Opfergruppe sind Opfer von Rassismus mit sechs Toten.

Erarbeitung I

AB C/1

Grafik Q 1 „Ausländerfeindlichkeit“:

Hier generell sehr hohe Zustimmungswerte. Bei allen drei Aussagen liegen die Gesamtzustimmung und auch manifeste Zustimmung im Osten Deutschlands über dem Durchschnitt. Vorurteile wie die „Ausnutzung der Sozialsysteme“ teilen fast die Hälfte der befragten Personen im Osten, „Angst vor Überfremdung“ über 38% (im Osten); beiden Aussagen wird aber immerhin auch von fast 22% bzw. fast 23% der Westdeutschen manifest zugestimmt. „Ausländer“ werden pauschalisierend und kollektiv verurteilt, als konstruierte Fremdgruppe gegenüber den „Deutschen“ betrachtet.¹

Grafik Q 2 „Anteil der geschlossen manifest ausländerfeindlich Eingestellten“:

Manifeste Zustimmung zu rassistischen Aussagen im Schnitt seit 2002 bei 1/4 der befragten Personen. Im Osten deutlich höher. Signifikanter Anstieg der Zustimmung seit 2004, gipfelte 2012 bei 38,7% in Ostdeutschland, fiel danach für 2 Jahre deutlich ab. Bundesweit liegt die manifeste Zustimmung 2022 bei 17%, also fast 1/5 der Bevölkerung.²

Q 3 „Sozialdarwinismus“:

Über 23% der Menschen im Osten lehnen das „Recht des Stärkeren“ zumindest nicht ab (latente und manifeste Zustimmung). Im Bundesdurchschnitt ist der Anteil sogar noch höher (über 28%).

Mehr als 1/4 der Bevölkerung lehnt die Aussage, dass die Deutschen anderen Völkern gegenüber überlegen seien – eine klar sozialdarwinistische Einstellung – nicht ab (latente und manifeste Zustimmung). Die Kategorisierung „unwertes Leben“ nehmen knapp 6% manifest vor. In Ostdeutschland stimmen darüber hinaus 30% der Unterscheidung von „wertvollem“ und „unwertem“ Leben latent zu.³

¹ Oliver Decker/Johannes Kiess/Ayline Heller/Elmar Brähler (Hg.): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neuer Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus-Studie 2022. Gießen 2022, S. 46.

² Vgl. ebd. S. 52.

³ Vgl. ebd. S. 43

Erarbeitung I

Deutung der Autor*innen: „Dieser Biologismus, der ein Bestandteil fast aller völkischer Ideologien ist, betont das Überleben des ‚Starken‘, also die Idee, der Mensch sei umso besser an die Anforderungen des Lebens angepasst, je stärker er ist. Damit werden Unterschiede zwischen Menschen als soziale Imperative verstanden.“⁴

Deutung:

Zusammenhänge Grafik Q 1 und Q 3: Abwertung der anderen, hier pauschalisierend als „die Ausländer“ angesehen, geht einher mit Aufwertung des Eigenen. Beide Einstellungen (Ausländerfeindlichkeit präziser: Rassismus und Sozialdarwinismus) stark pauschalisierend und ausgrenzend. Einstellungen entsprechen völkischen Kategorien, Rassismus, Chauvinismus (Überhöhung des deutschen „Volkes“ in ausgrenzender Weise), Nationalismus und Rechtsextremismus, Infragestellung grundsätzlicher Menschenrechte wie des Gleichheitsgrundsatzes (Art. 3 GG) oder Art. 1 GG. Alle Aspekte gehören zu extrem rechten Einstellungen.

Ideen zur Vertiefung:

- Fragen nach politischen und gesellschaftlichen Konsequenzen
- Zusammenhang zwischen Einstellungen und Verhaltensweisen (ggf. Zitat zum „sozialen Imperativ“ aufgreifen): Resultiert aus rechten Einstellungen zwangsläufig rechtes Verhalten?

Erarbeitung II

AB C/2

Wichtig: Hinweis auf Multikausalität

Erklärungsansätze auf der Individualebene:

- Einflüsse durch Peergroup, Schule, Eltern
- Dispositionstheorien:
 - Anfälligkeit für autoritären Charakter
 - Bewunderung vermeintlich überlegener Führungsfiguren
 - häufig verbunden mit Herabwürdigung anderer (z.B. Minderheiten)
- rechtes Umfeld bzw. rechte Erlebnisswelten (Freizeitangebote, Musikkultur)
- Jugendliche entwicklungsbedingt anfälliger als Erwachsene

Erklärungsansätze auf der Individualebene:

- Individualisierungstheorie/Desintegrationstheorie
 - Vereinzelung durch Individualisierung als Phänomen postmoderner (westlicher) Gesellschaften
 - Verlust von Sicherheit gebenden Gemeinschaften und Familienstrukturen
 - kann Ängste/Haltlosigkeit produzieren
 - rechte Gruppierungen können Halt/Sicherheit ersetzen
- Deprivationstheorien
 - objektiver (am Rande des Existenzminimums) oder subjektiv empfundener Mangelzustand/Benachteiligung
 - kann bedingt sein durch Globalisierung, Strukturschwäche bestimmter Regionen, Arbeitslosigkeit u.a.
 - häufig verbunden mit der Suche nach Schuldigen („die da oben“, „die Politiker*innen“, „die Ausländer*innen“ usw.)
- Kontakttheorie
 - positive/alltägliche Begegnungen vermeiden/verringern Vorurteile

⁴ Ebd. S. 79.

Erarbeitung III

Erklärungsansätze auf der politischen Ebene:

- Akzeptanz von rechten Einstellungen macht diese auch gesellschaftsfähig
- Zustimmung zu rechten Einstellungen im Umfeld der Jugendlichen
- Einstellung zu Politik und Demokratie im Allgemeinen
- Möglichkeiten der Partizipation
- Nachvollziehbarkeit, Transparenz und wahrgenommene Legitimität politischer Entscheidungen

Mögliche Lösungsansätze:

- Bildungsarbeit (schulisch, aber auch außerschulisch z. B. in der Jugendarbeit)
- Wertebildung (alternative Konzepte anbieten)
- Demokratiebildung (Vorzüge der Demokratie erfahrbar machen)
- Argumentationstraining (Strategien der Rechten aufgreifen, widerlegen; eigene Argumentationsstrategien gegen rechts entwickeln)
- Faktenchecks (Verschwörungstheorien, Hetzkampagnen, populistische Erklärungsmuster)
- aktive politische und gesellschaftliche Partizipation
- Ächtung extremer Haltungen (Grenzen der Akzeptanz klar aufzeigen)
- Aufgreifen von objektiven oder subjektiven Problemen und Ängsten durch die Politik
- Politikarbeit an der Basis/vor Ort, vor allem auch mit Jugendlichen (Bürgersprechstunden, Arbeit in Schulen ...)
- Transparenz in der Politik schaffen (über Medien, direkte Kommunikation)
- Vielfalt leben (Vermeidung von Segregation, die durch konzentrierte Unterbringung von Geflüchteten entsteht, etc.)

AB C/3a-d

A_Extrem rechte Einstellungen und Verhaltensweisen in der DDR

- nur wenige Vertragsarbeiter*innen und Ausländer*innen in der DDR
- Integration von Seiten des Staates nicht erwünscht
- Begegnungen unter staatlicher Aufsicht
- Bevölkerung von tradierten Feindbildern und rassistischen Vorurteilen geprägt
- trotz Wahrnehmung rechter Einstellungen und Verhaltensweisen fehlte Ächtung rechter Haltungen durch Staat
- Vorhandensein einer gewaltbereiten und gut vernetzten rechten Szene

Erklärungsansätze, die hier greifen können:

- Individualebene: Einflüsse durch Peer-Group, Eltern, rechtes Umfeld, Jugendliche entwicklungsbedingt anfälliger als Erwachsene
- Desintegrationstheorie: Verlust von Sicherheit gebenden Gemeinschaften, „Haltlosigkeit und Angst“ werden von rechten Gruppierungen aufgefangen
- politische Ebene: fehlende Partizipationsmöglichkeiten, negative/resignative Einstellung zu Politik und Demokratie im Allgemeinen, Akzeptanz rassistischer und rechter Positionen bzw. Nichtächtung durch den Staat
- Kontakttheorie: kaum Kontakte zu Nicht-DDR-Bürger*innen

Erarbeitung III

B_Der wirtschaftliche Niedergang der neuen Bundesländer

- März 1990: erste und letzte freie demokratische Wahl in der DDR → Weg für Währungsunion, Deutsche Einheit und freie Marktwirtschaft
- Versprechen der „blühenden Landschaften“ im Osten
- „Neubürger*innen“ ohne Erfahrung und finanzielle Mittel mit Zugang zur westlichen Warenwelt und zur freien Marktwirtschaft
- Kredite für Konsum und Selbstständigkeit → Verschuldung
- Ostwirtschaft ohne Absatzmarkt; Übernahme des Absatzmarktes durch die Westwirtschaft → Auflösung und Insolvenz vieler Betriebe, hohe Arbeitslosigkeit → Wirtschaftskrise
- Ostdeutsche fühlen sich als „Deutsche zweiter Klasse“

Erklärungsansätze, die hier greifen können:

- Individualisierungstheorie/Desintegrationstheorie: Haltlosigkeit, Angst, Verlust von Sicherheit durch plötzlichen wirtschaftlichen und politischen Systemwandel
- Deprivationstheorie: objektiver oder subjektiv empfundener Mangelzustand oder empfundene Benachteiligung, Strukturschwäche, Suche nach Schuldigen
- mangelnde Nachvollziehbarkeit, Transparenz und wahrgenommene Legitimität politischer Entscheidungen

C_Der gesellschaftliche und institutionelle Transformationsprozess

- umfassender Transformationsprozess in Verwaltung, Politik und Sicherheitsapparat
- Transformationsprozess in Verwaltung von zentralistisch organisierter DDR-Struktur zu föderalistischem Verwaltungssystem der BRD → komplizierte/überfordernde Umstellung bei laufendem Betrieb → Stellenabbau
- Besetzung von Leitungspositionen durch Westdeutsche (Beamte*innen) → fehlende Kompetenzen wie Bezug zum Einsatzort und zu den Kolleg*innen
- fehlende Erfahrung der Ostdeutschen → Resignation

Erklärungsansätze, die hier greifen können:

- Individualisierungstheorie/Desintegrationstheorie: Haltlosigkeit, Angst, Verlust von Sicherheit durch plötzlichen wirtschaftlichen und politischen Systemwandel
- Deprivationstheorie: objektiver oder subjektiv empfundener Mangelzustand oder empfundene Benachteiligung, Strukturschwäche, Suche nach Schuldigen
- Nachvollziehbarkeit, Transparenz und wahrgenommene Legitimität politischer Entscheidungen

D_Jugend in den neuen Bundesländern

- 1990: Jugendliche hoher Anteil an Gesamtbevölkerung
- neue Freiheit, aber auch Entfremdung von Althergebrachtem
- Eltern oft desorientiert und/oder ohne Zeit für Kinder
- als Verlust empfundene Aufgabe des sozialistischen Wertesystems und staatlich organisierter Freizeitangebote
- fehlende Partizipation(-smöglichkeiten)
- Jugend auf sich selbst gestellt
- Suche nach Gemeinschaft in Cliquen, Freizeit auf der Straße
- kleinkriminelles Verhalten und Gewalttaten
- Finden eines sozialen Bezugspunkts in rechten Organisationen und rechter Subkultur

Erarbeitung III

Erklärungsansätze, die hier greifen können:

- Individualebene: Einflüsse durch Peer-Group, Eltern, rechtes Umfeld, Jugendliche entwicklungsbedingt anfälliger als Erwachsene
- Desintegrationstheorie: Verlust von Sicherheit gebenden Gemeinschaften, Haltlosigkeit und Angst werden von rechten Gruppierungen aufgefangen
- politische Ebene: fehlende Partizipationsmöglichkeiten, Einstellung zu Politik und Demokratie im Allgemeinen

Erarbeitung IV

AB 4a – Amadeu António

1. Ermitteln Sie den Umfang und die Herkunft der Vertragsarbeiter*innen und die Gründe für die Aufnahme von Vertragsarbeiter*innen.

- ca. 90 600 Vertragsarbeiter*innen aus SR Vietnam, Mosambik, Kuba, Angola, Polen und China
- Gründe: Arbeitskräftemangel, steigende Produktion in der DDR, Verschuldung der Vertragsarbeiterländer

2. Skizzieren Sie die Lebenssituation von Vertragsarbeiter*innen in der DDR und Nachwendezeit. Berücksichtigen Sie dabei auch das Verhältnis zur Mehrheitsbevölkerung.

Lebenssituation und Verhältnis zur Mehrheitsbevölkerung zu DDR-Zeiten:

- Lebensbedingungen variierten je nach Vertragsbedingungen zwischen der DDR und dem jeweiligen Herkunftsland: teilweise Abnahme von Pässen, geringe Bezahlung, Herkunftsländer behielten Teile des Lohnes ein, um ihrerseits auch Staatsschulden bei der DDR zu begleichen, manche durften studieren
- isoliert von der Mehrheitsbevölkerung in Wohnheimen, meist nahe den Produktionsstätten
- fehlende Deutschkenntnisse, Kontakt zu Einheimischen war zumeist nicht erwünscht, da Vertragsarbeiter*innen nach vier Jahren zurück in Herkunftsländer geschickt werden sollten
- Lebensbedingungen blieben deutlich hinter den Erwartungen der Vertragsarbeiter*innen zurück

Lebenssituation und Verhältnis zur Mehrheitsbevölkerung in der Nachwendezeit:

- Status der Vertragsarbeiter*innen nach der Wende ungeklärt, Betriebe schlossen, Bleiberecht bis 1997 ungeklärt
- viele mussten Deutschland verlassen
- Vertragsarbeiter*innen waren Rassismus und Gewalt ausgesetzt (siehe Pogrome in Rostock-Lichtenhagen)
- Möglichkeit der Kontaktaufnahme zu Deutschen, Entstehung von Freundschaften, Kennenlernen durch Aufklärung
- Familiengründungen

3. Setzen Sie sich kritisch mit dem Titel des Artikels „Willkommen im Bruderland?“ auseinander.

- individuelle Lösungen der SuS unter Berücksichtigung der Verhältnisse vor und nach der Wende

Erarbeitung IV

AB 4b – Marinus Schöberl

1. Erläutern Sie, warum Marinus Schöberl als Opfer von Antisemitismus bezeichnet werden kann und welche Funktion dieser Antisemitismus bei der Ermordung Marinus' einnahm (M1).

- Herabwürdigung des Opfers und der Überhöhung der Täter*innen
- Ventil für Gewalt und Demonstration der vermeintlich eigenen Überlegenheit
- Nutzung antisemitischer Stereotype, sinngemäß: „Marinus sieht anders aus. Er muss also ein Jude sein.“
- Begriff des „Juden“ als Inbegriff des „Schlechten“ und „Andersseins“ in Täterumfeld fest verankert und nicht hinterfragt (siehe Aussage einer Zeugin: „Nu sag schon, dass du Jude bist, dann hören die auf.“)
- erzwungenes Geständnis des Opfers, Jude zu sein → führte zu Eskalation der Gewalt
- „Jude sein“ diente Täter*innen als Rechtfertigung/Legitimation der Tat

2. Analysieren und deuten Sie die Statistik M2 zur latenten und manifesten Verbreitung des Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft.

- Die Statistik untersucht den latenten und manifesten Antisemitismus unter Deutschen in Ost- und Westdeutschland anhand dreier Aussagen.
- Aussage 1 zeigt, dass zehn Prozent der Deutschen manifest davon überzeugt sind, Jüd*innen hätten noch immer zu großen Einfluss; ca. 21 % stimmen der Aussage latent zu. Während der Anteil der manifesten Zustimmung im Osten Deutschlands geringer ist als im Westen Deutschlands, verhält es sich hinsichtlich der latenten Zustimmung genau andersherum.
- Fast acht Prozent der Deutschen meinen, Jüd*innen arbeiten mit „üblen Tricks“ (Aussage 2) und annähernd neun Prozent denken, dass „Juden nicht so recht zu uns passen“ (Aussage 3).
- Auch bei Aussage zwei und drei gibt es Unterschiede hinsichtlich der latenten und manifesten Zustimmung zwischen Menschen in Ost- und Westdeutschland.
- Die manifeste Zustimmung zu Aussage 2 und 3 ist in Ostdeutschland gering höher, im latenten Bereich zeigt sich jedoch, dass die Zustimmung in Ostdeutschland deutlich höher ist als in Westdeutschland.

3. Diskutieren Sie unter Hinzuziehung der Statistik M2 die Aussage, dass Antisemitismus nicht nur im rechten Milieu, sondern auch in der Mehrheitsgesellschaft fest verankert ist.

- Ergebnisse der Studie legen nahe: Antisemitismus keine gesellschaftliche Randerscheinung
- Bestimmte Aussagen erfahren um die 30 % latenter und manifesten Zustimmung. Demzufolge vertritt etwa jede/r dritte Deutsche manifeste oder latente antisemitische Positionen. Antisemitische Einstellungen sind demnach nicht nur am rechten Rand zu finden, sondern in einem Teil der Mehrheitsgesellschaft verankert.
- latente bzw. manifeste Zustimmung zu antisemitischen Aussagen in Ostdeutschland stärker verbreitet als in Westdeutschland

Erarbeitung IV

AB 4c – Emil Wendland

1. Erläutern Sie die sozialdarwinistischen Einstellungen und Verhaltensweisen in Gesellschaft und Staat gegenüber Wohnungslosen anhand der im Text genannten Beispiele.

Gesellschaft:

- wenig Interesse an Opfern (Biographien unbekannt, kaum Gedenken und Erinnern im öffentlichen Raum, bspw. Kältetote)
- Wertigkeit von Menschen wird durch „ökonomische Nützlichkeit“ bestimmt (siehe auch Autoritarismus-Studie, Q 3, AB C/1)
- etwa 1/3 aller Deutschen wünscht sich Vertreibung von Obdachlosen aus Fußgängerzone, die ihnen zugleich als unangenehm erscheinen
- wirtschaftliches Versagen wird als charakterliche Schwäche gewertet, der Mensch wird abgewertet
- hohe Akzeptanz struktureller Gewalt gegen Obdachlose
- Wohnungslose, Obdachlose als „unwertes Leben“ wahrgenommen (siehe auch Autoritarismus-Studie, Q 3, AB C/1)
- abwertende Aussagen über Obdachlose: „Penner“ passen nicht ins Stadtbild, liegen „dem deutschen Steuerzahler auf der Tasche“, „der Anblick passte nicht in mein Weltbild“
- aus Einstellung („Sozialdarwinismus des Wortes“) wird Verhalten („Sozialdarwinismus der Tat“): Gewalt und Brutalität gegen Obdachlose, Wohnungslose, „Schwächere“
- Morde an Obdachlosen, Wohnungslosen etc. (mindestens 45 Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland seit 1990 wurden aus sozialdarwinistischer Motivation heraus getötet); Täter oft männlich und jung
- Gewalt gegen Obdachlose zielt auf die Entmenschlichung der Opfer

Staat:

- Anwendung struktureller Gewalt durch bspw. Vertreibung von Wohnungslosen aus Fußgängerzonen und Bahnhöfen durch Polizei und Sicherheitsdienste
- bauliche Maßnahmen, um Finden eines Schlafplatzes zu erschweren (Brücken)
- Mangel an Unterkünften führt zur Verdrängung an unsichere, kaum belebte Orte, Obdachlose werden unsichtbar

2. Belegen Sie die Aussage, dass Sozialdarwinismus nicht nur im rechten Milieu, sondern auch in der Mehrheitsgesellschaft fest verankert ist.

- Hinzuziehung der Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus-Studie 2018 zur Zustimmung zu Aussagen der Dimension „Sozialdarwinismus“ sowie der Ergebnisse der Studie „Deutsche Zustände“ von 2010
- Abwertung von sozial Randständigen und Benachteiligten offenbar nicht nur Randphänomen, sondern Akzeptanz von über 1/3 der Gesellschaft

3. Diskutieren Sie den Titel des Artikels „Marginalisiert in Leben und Tod“. Berücksichtigen Sie hierbei die Perspektive von Gesellschaft und Staat sowie die der Opfer.

- gesellschaftliche und politische Einstellungen und Verhaltensweisen legen nahe, dass an Obdachlosen weder zu Lebzeiten noch nach dem Tod großes öffentliches Interesse besteht (Widerspruch u. a. zu Art. 1 „Würde des Menschen ist unantastbar“)
- Stigmatisierung der Opfer, Wege aus der Obdachlosigkeit schwer zu realisieren, soziale Ausgrenzung, wenig mediale Aufmerksamkeit etc.

Erarbeitung IV

Hintergrundinformationen für Lehrkräfte:

- In der auf dem Arbeitsblatt genannten Quelle der BAG Wohnungslosenhilfe e.V. finden sich neben den genannten Zahlen auch noch viele weitere Fakten, die für eine vertiefende Auseinandersetzung mit dem Thema Obdachlosigkeit geeignet sind – u. a. statistische Angaben zu Faktoren wie Herkunft, Alter, Geschlecht, Lebenssituation der Betroffenen.
- Als vertiefende Lektüre zu rechter Gewalt gegen obdachlose Menschen empfehlen wir folgenden Artikel:
Kai Stoltmann (2021): Ermordet und vergessen. Obdachlose Todesopfer von rechter Gewalt. In: Harpreet Kaur Cholia und Christin Jänicke (Hg.): Unentbehrlich. Solidarität mit Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Münster: edition assemblage, S. 209–213.

Erarbeitung IV

AB 4d – Farid Guendoul

1. Erläutern Sie die Bedeutung und Funktion von Gedenken und Erinnern aus der Perspektive (1) derjenigen, deren gedacht werden soll, (2) der Zivilgesellschaft und (3) des Staates.

(1): Zeichen des würde- und respektvollen Umgangs; Ehrung der Opfer; Aufschrei gegen Rassismus und Unrecht; gegen das Vergessen etc.

(2): Vermitteln von Werten und Normen in der Gesellschaft; Ehrung der Opfer, Reflexion und Korrektur eigener Haltung; Positionierung gegen Unrecht und Rassismus etc.

(3): Zeichen setzen gegen das Vergessen; Demonstration von Werten und Rechten in der Demokratie, Aufarbeitung, Haltung der Würdigung, Ehrung der Opfer, Kampf gegen Unrecht und Rassismus; Prävention, Positionierung zum Geschehenen etc.

2. Vergleichen Sie die Inschriften der Jahre 1999 und 2000.

Vergleich (Gemeinsamkeiten und Unterschiede) anhand der Angaben zur Tat, zum Opfer, zu den Täter*innen, zum Ort und Zeitpunkt, zur Aussage/Funktion der Inschrift, zu den Initiator*innen möglich.

3. Beschreiben Sie den gesellschaftlichen und politischen Umgang mit dem Gedenken an Farid Guendoul in Guben.

Gesellschaftlicher Umgang:

- ambivalenter Umgang in Guben: Antifa erste Gruppierung, die Gedenken und Erinnern an Guendoul öffentlich machte; *Forum gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit* initiierte nach deren Entwendung eine zweite Inschriftenplatte; andere zeigten wenig Interesse, wünschten Verschwinden des Gedenkortes aus der Öffentlichkeit, wieder andere empfanden Gedenktafel am authentischen Ort als Stigmatisierung
- geringes Interesse zeigt sich auch bei der Wahl des Gedenkortes: er ist kaum sichtbar, gerät ins Vergessen
- abermalige Schändung des Gedenksteins → Gedenkstein gilt als umstrittener Ort in Guben

Politischer Umgang:

- zunächst wenig Initiative; auch, dass Gedenkstein an den Ort des Geschehens verlegt wird, scheint laut Autorin nicht im öffentlichen Interesse zu liegen
- politisch wenig Interesse an Etablierung eines Erinnerungsortes gegen Rassismus

4. Bewerten Sie den gesellschaftlichen und politischen Umgang mit dem Gedenken an Farid Guendoul in Guben.

eigene Positionierung der SuS

Weiterführende und vertiefende Hinweise für Lehrer*innen und SuS:

Dokumentarfilm „Das kurze Leben des Omar ben Noui“ (45 Min) sowie Dokumentation über die Tatnacht und das Gerichtsverfahren auf www.re-guben.de

Erarbeitung IV

AB 4e – Noël Martin

1. Sichten Sie das gesamte Quellenmaterial (A, B, C und D). Notieren Sie drei Sätze, die Ihnen darin besonders bemerkenswert erscheinen. Begründen Sie Ihre Auswahl in Stichpunkten

- individuelle Lösungen der Schüler*innen

Hinweise für Lehrkräfte:

- Bei dieser Aufgabe ist es wichtig, den Schüler*innen vorab zu vermitteln, dass es hier keine richtigen oder falschen Antworten gibt. Vielmehr geht es um einen subjektiven Zugang zum Material. Hintergrund ist, das Interesse der Jugendlichen zu wecken nach dem Motto „Was mich anspricht, bringt mich zum Sprechen.“ Die Aufgabenstellung soll außerdem dazu beitragen, dass die Schüler*innen das umfangreiche Materials konzentriert sichten.
- Bei einem knappen Zeitrahmen und/oder fehlendem Internetzugang in der Schule ist es empfehlenswert, die Aufgabe als Hausaufgabe aufzugeben.
- Im Anschluss an die Einzelarbeit ist ein Austausch im Plenum oder in Kleingruppen über die ausgewählten Sätze möglich, mit einem Fokus auf die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den jeweiligen Antworten der Schüler*innen.

2. Fassen Sie die Folgen des rassistischen Angriffs für Noël Martin zusammen.

- querschnittsgelähmt, starke Schmerzen und massive körperliche Einschränkungen, die schließlich seinen frühen Tod zur Folge hatten
- hoher Pflegebedarf, Abhängigkeit von Pfleger*innen
- sehr eingeschränkte Mobilität (erreichte nicht einmal alle Teile seines Hauses, konnte das Haus wenig verlassen)
- massiver Verlust von Lebensqualität (aus den Erinnerungen seiner Pflegerin: „Oh, manchmal fühle ich mich, als würde ich nicht leben, sondern nur existieren.“)
- Veränderungen und Verluste in Partnerschaft (Partnerin übernahm Pflegeaufgaben) und Freundschaften (aus der Autobiografie: „Und auch für seine Freunde ist dort etwas gestorben; für jene Menschen, denen er nicht mehr der Freund sein kann, der er einmal war.“)

3. Beschreiben Sie, wie Noël Martin mit dem Angriff und seiner neuen Lebenssituation in den Jahren danach umgegangen ist. Gehen Sie dabei insbesondere auf seine Handlungsstrategien im Kampf gegen Rassismus ein.

Umgang mit dem Angriff und seiner neuen Lebenssituation:

- Kämpfe um benötigte Hilfsmittel und ein eigenständiges Leben zu Hause
- Planung seines Suizids 2007, dann aber doch Überlebenswille (aus dem Textabschnitt „Nach der Tat“: „[...] ich wollte nicht, dass die Neonazis ihren Sieg erklären können.“)
- wichtig war ihm, seine Würde und seinen Stolz zu behalten (laut seiner Autobiografie und den Erinnerungen seiner Pflegerin)
- Humor als Umgangsstrategie (laut den Erinnerungen seiner Pflegerin)
- Verfassen seiner Autobiografie
- aktives Vorantreiben des Gedenkens, öffentliches Auftreten in Medien, antirassistisches Engagement

Erarbeitung IV

Handlungsstrategien im Kampf gegen Rassismus:

- Gründung der Noël-und-Jacqueline-Martin-Stiftung, die Jugendbegegnungen zwischen Mahlow und Birmingham durchführt → inhaltlicher Ansatz: Kontakte und Begegnung können Vorurteile und Rassismus abbauen
- konkrete Forderungen an öffentliche Entscheidungsträger (z. B. Ministerpräsident)
- öffentliche Auftritte und Positionierungen (z. B. Kundgebung, Medien, Autobiografie), dabei auch öffentliche Kritik an bestimmten Sachverhalten (im Auszug aus der Autobiografie z. B.: Bürgermeister negiert, dass es weiterhin Neonazis gibt; rechte Person soll für Sicherheit der Veranstaltung sorgen)
- enge Kontakte mit Akteur*innen des Gedenkens in Mahlow, aktives Nachhaken (regelmäßige Nachfrage laut den Erinnerungen seiner Pflegerin: „Wie weit seid ihr inzwischen mit dem Rassismus?“)

Hinweise für Lehrkräfte:

- In der Auswertung dieser Aufgabe ist es wichtig, darauf zu achten, dass die Umgangsstrategien beschrieben, aber nicht bewertet und auch nicht verallgemeinert werden.
- Abschließend sollte betont werden, dass Betroffene ganz unterschiedlich mit Rassismus- und Gewalterfahrungen umgehen und jede dieser Umgangsweisen ihre Berechtigung hat.

4. Diskutieren Sie: Warum ist es nach einer rassistischen Gewalttat wichtig, den Perspektiven und Wünschen der Opfer öffentliche Aufmerksamkeit zu schenken? Welche Chancen birgt dies? Inwiefern ist es das Gegenteil von dem, was die Täter*innen beabsichtigten?

- Unterstützung und Stärkung der Betroffenen bzw. ihrer Angehörigen, Entschädigung
- Lernpotenzial für Nicht-Betroffene (Zugewinn neuer Perspektiven) → u. a. zur künftigen Rassismus- und Gewaltprävention
- Förderung von Empathie
- Gegenentwurf zur Absicht der Täter*innen:
 - * Tat zielte darauf ab, den Betroffenen ihre Stimme zu nehmen, sie auszulöschen und unsichtbar zu machen → umso wichtiger ist es, ihnen zuzuhören und sie nicht noch weiter an den Rand zu drängen
 - * Tat ist einer Ideologie entsprungen, die Menschen aufgrund einzelner Merkmale kategorisiert und pauschal abwertet, sie eben nicht als Individuen wahrnimmt → es ist also gerade eine Gegenstrategie, die Menschen in ihrer Individualität sichtbar zu machen
- weitere Überlegungen der Schüler*innen

Hinweise für Lehrkräfte:

- Die Aufgabenstellung soll den Schüler*innen einen Impuls zum Nachdenken geben – wichtig ist vor allem, dass sie zu der Frage ins Gespräch kommen. Je nach Stand der Auseinandersetzung in der Lerngruppe können weitere gezielte Nachfragen ihnen die Richtung weisen.
- Als zusätzliche Kontextualisierung ist ein Querverweis auf die Hashtag-Kampagne #SayTheirNames möglich, die von Hinterbliebenen des rechtsterroristischen Attentats am 19.2.2020 in Hanau initiiert wurde. Die Kampagne schuf eine breitere Öffentlichkeit für den Ansatz, die Betroffenen in den Fokus des Gedenkens zu rücken und nicht die Täter*innen.
- In Bezug auf Noël Martins Autobiografie kann in der Diskussion gern auch angemerkt werden, dass es bei dem Fokus auf Betroffene jedoch nicht um Voyeurismus gehen sollte („Die Journalisten starren ihn an wie einen Affen im Zoo.“)

Weiterführende und vertiefende Hinweise für Lehrer*innen und SuS:

Als Hintergrundlektüre zu Frage 4 (Bedeutung öffentlicher Aufmerksamkeit für die Perspektiven der Opfer) empfehlen wir folgendes Interview mit Ibrahim Arslan im *fluter*, dem Jugendmagazin der Bundeszentrale für politische Bildung. Ibrahim Arslan, der als Kind den rassistischen Brandanschlag am 23.11.1992 in Mölln überlebte, berichtet in dem Interview u. a. von seinen Besuchen in Schulklassen und davon, warum er sich für eine Gedenkkultur einsetzt, die die Perspektiven von Betroffenen in den Fokus rückt.

fluter, 23.11.2017: „Der Name jedes Opfers muss gekannt werden“. Interview von Niklas Prenzel mit Ibrahim Arslan. Online unter: www.fluter.de/umgang-mit-opfern-rechter-gewalt

Phase	Unterrichtsverlauf	Sozialform	Medien
Einstieg	Lehrer*in ... fasst Besuch in der Ausstellung zusammen. ... greift Fragen der SuS bezüglich der Ausstellung auf (Zahl der Opfer, Entwicklung der Gewalt, Hintergründe zu einzelnen Taten).	LV	siehe weiterführende Hinweise
Überleitung	Lehrer*in ... leitet zur Frage nach der Verbreitung rechter Einstellungen in der deutschen Gesellschaft über.	LV	
Erarbeitung I	SuS ... analysieren und deuten Statistiken der Autoritarismus-Studie der Universität Leipzig aus dem Jahr 2022.	EA/PA	AB C/1
Sicherung I	SuS ... stellen Ergebnisse im Plenum vor. ... erkennen, dass rechte Einstellungen in der deutschen Gesellschaft stark verbreitet sind und es Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland gibt. Lehrer*in ... greift Ergebnisse, Deutungen und Fragen auf, um zur Erarbeitung der Ursachen rechter Einstellungen und Verhaltensweisen überzuleiten.	gUG SV	
Erarbeitung und Sicherung II	SuS ... setzen sich mit allgemeinen Erklärungsmodellen zu den Ursachen rechter Einstellungen und Verhaltensweisen auseinander und sichern die Ergebnisse. ... erkennen, dass es Unterschiede hinsichtlich der Zustimmung zwischen Ost- und Westdeutschen gibt.	EA Partner-briefing	AB C/2
Erarbeitung III	SuS ... setzen sich mit der Vor- und Nachwendezeit in der DDR/den ost-deutschen Bundesländern auseinander. ... wenden die Erklärungsmodelle aus der Erarbeitung II (AB C/2) auf die ostdeutschen Bundesländer an.	GA	AB C/3a-d Notierhilfe
Sicherung III	SuS ... stellen ihre Ergebnisse vor und ergänzen ihre Aufzeichnungen (Notierhilfe).	gUG SV	Notierhilfe

Phase	Unterrichtsverlauf	Sozialform	Medien
Transfer	L-Impulse: ... diskutieren und beurteilen Sie, inwiefern die hier dargestellten Phänomene in Ostdeutschland auch noch im Jahr 2022 Einfluss haben könnten auf Einstellungen, wie sie die Leipziger Autoritarismus-Studie dokumentiert. optional: ... diskutieren Sie darüber, inwieweit gewisse rassistische oder sozialdarwinistische Einstellungen auch entsprechendes Handeln hervorrufen (die Autor*innen der Studie verwenden den Begriff der „sozialen Imperative“).	gUG	Notierhilfe
Erarbeitung IV	Die Arbeitsblätter können je nach zeitlichem Rahmen arbeitsteilig, einzeln oder exemplarisch eingesetzt werden. Sollen alle SuS mehrere Arbeitsblätter bearbeiten, sind ggf. zusätzliche Unterrichtseinheiten dafür erforderlich.	GA/PA/EA	AB C/4a-e
Sicherung IV	SuS ... stellen die Ergebnisse im Plenum/in Kleingruppen vor.	EA/PA	
Überleitung zu Modul D	Lehrer*in ... leitet zu Möglichkeiten zivilgesellschaftlichen und staatlichen Handelns über (Modul D).	SV, gUG	

AB = Arbeitsblatt; EA = Einzelarbeit; GA = Gruppenarbeit; gUG = gelenktes Unterrichtsgespräch; L = Lehrer*in; LV = Lehrervortrag; PA = Partnerarbeit; SuS = Schülerinnen und Schüler; SV = Schülervortrag

Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Brandenburg vom 5. Dezember 2013

Nach Artikel 7 wird folgender Artikel 7a eingefügt:

„Artikel 7a (Schutz des friedlichen Zusammenlebens) – Das Land schützt das friedliche Zusammenleben der Menschen und tritt der Verbreitung rassistischen und fremdenfeindlichen Gedankenguts entgegen.“

Artikel 12 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Niemand darf wegen der Abstammung, Nationalität, Sprache, des Geschlechts, der sexuellen Identität, sozialen Herkunft oder Stellung, einer Behinderung, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung oder aus rassistischen Gründen bevorzugt oder benachteiligt werden.“

Datum _____

Name _____

ARBEITSHINWEISE

1. **Setzen** Sie sich in Kleingruppen mit den **Handlungsoptionen** für **Betroffene** und **Zeug*innen** im Zuge eines verbalen oder tätlichen Angriffs **auseinander** (AB D/2).
2. **Wenden** Sie die Handlungsoptionen an einem eigens konstruierten **Fallbeispiel** oder einem der unten aufgeführten Fallbeispiele **an**.
3. **Erarbeiten** Sie anhand ihrer Ergebnisse ein **Rollenspiel**, in dem Sie Handlungsoptionen anbieten/erproben.
*Tipps: Fertigen Sie entsprechende Notizen (Rollenkärtchen) an. Beachten Sie, dass Sie neben dem Verhalten von Betroffenen und Zeug*innen auch das der Täter*innen darstellen.*
4. **Stellen** Sie Ihr Rollenspiel im Plenum **vor**.
5. **Diskutieren** Sie Ihr Fallbeispiel und die jeweilige Darstellung des Falls im Plenum.

Sie sitzen im Bus. Eine Frau mit Kopftuch betritt die Bahn und möchte sich hinsetzen. Eine andere Frau legt demonstrativ ihren Beutel auf den freien Sitz und sagt: „Neben Terroristen sitze ich nicht. Verschwinde aus meinem Land.“ Weitere Beleidigungen folgen ...

Sie laufen an einem israelischen Restaurant vorbei. Dabei bemerken Sie, wie zwei Männer vor dem Lokal stehen und den Besitzer des Restaurants, der gerade Flaschen und Gläser von den Tischen räumt, beschimpfen und ihn mit einem Pflasterstein bedrohen ...

Sie sind auf dem Weg nach Hause und befinden sich auf einer belebten Straße. Plötzlich bemerken Sie, wie zwei Männer einen dritten Mann lautstark und massiv antisemitisch beleidigen. Er trägt eine Kippa. Die Männer reißen sie ihm vom Kopf ...

Es ist Samstagabend. Sie warten an einem Taxistand auf das nächste Taxi. Vor Ihnen steht eine Person mit Bart, die ein Kleid trägt und ebenfalls wartet. Als diese in ein Taxi steigen will, verweigert der Fahrer dies mit den Worten: „Schwuchteln steigen nicht in mein Auto.“

Datum _____

Name _____

Sie sind eine 20-jährige junge Frau und sitzen gegen 21 Uhr mit weiteren Fahrgästen in einem Bus, als ein Pärchen dazu steigt und sich in ihre Nähe setzt. Während der Mann lautstark Theorien über Adolf Hitler äußert, geht die Frau zielgerichtet auf Sie zu, beleidigt Sie. Der Mann kommt hinzu, droht Ihnen Schläge an und äußert sich rassistisch beleidigend ...	Sie und ein Freund (türkischer Herkunft) besuchen regelmäßig einen Club. Bisher gab es beim Einlass keinerlei Schwierigkeiten. An diesem Abend kommen sie jedoch nicht hinein. Der Türsteher weist Sie ab, da es am Vorabend zu einer Schlägerei zwischen deutschen und türkischen Jugendlichen gekommen sei. Als Sie trotzdem hineingehen wollen, schubst Sie der Türsteher und Sie fallen zu Boden. Ein weiterer Gast wird Zeuge der Situation ...
Vor einem Bahnhof liegt ein schlafender obdachloser Mann. Sie beobachten, wie diesem seine Habseligkeiten genommen werden und in der Mülltonne landen. Die zwei Täter*innen kehren zurück und beleidigen ihn, machen sich über ihn lustig ...	Sie laufen am Abend über den Parkplatz eines Supermarktes und werden plötzlich von hinten von einem unbekannten Mann angerempelt. Als sie den Unbekannten zur Rede stellen, beleidigt Sie der Mann rassistisch und droht Ihnen ...

Datum _____

Name _____

FÜR BETROFFENE VON RECHTEN ANGRIFFEN



Beobachten **Ansprechen** **Handeln**

Versuche, Übersicht zu behalten



Versuche **ruhig** zu **bleiben**
und nicht in Panik zu geraten.

- ➡ **Wer** und zu **wievielt** sind die **Angreifenden**?
(Täter*innenmerkmale merken)
- ➡ **Wer** gehört **noch** zu ihnen?
- ➡ Sind sie sichtbar **bewaffnet**?
- ➡ Wie kann ich einen **Sicherheitsabstand** zu ihnen halten?
Kann ich Gegenstände (im Raum) dafür benutzen?
- ➡ **Wo** sind Ausgänge und **Wege in Sicherheit**?
- ➡ **Wen** kann ich **ansprechen** und um Hilfe bitten?
(Passant*innen, Fahrer*innen, Ladenbesitzer*innen)

1

Werde laut und deutlich



- ➡ **Angreifer*in siezen:** Um **Außenstehende** darauf aufmerksam zu machen, dass es sich um **keinen privaten Konflikt** handelt, ist es wichtig, die **Angreifenden zu siezen** und mit klaren Ansagen wie: „**Hören Sie damit sofort auf! Lassen Sie mich in Ruhe! Stopp!**“ **aufzufordern, aufzuhören**.
- ➡ Leider passiert es immer wieder, dass Anwesende bei Übergriffen nicht einschreiten und den Betroffenen nicht helfen – aus Angst zum Beispiel. Daher kann es helfen, **Passant*innen direkt anzusprechen**, auf sie zuzugehen, wenn das möglich ist und **Aufgaben zuzuweisen**: „**Sie mit der roten Jacke, rufen Sie bitte die Polizei/sagen, der Fahrer*in Bescheid. Ich werde bedroht.**“
- ➡ **Polizei über Notruf 110 anrufen:** Ich werde jetzt von **WIE VIELEN TÄTER*INNEN WO** angegriffen.

2

Bringe dich in Sicherheit



- ➡ Versuche, einen **Sicherheitsabstand** zu den Angreifenden zu halten. Wenn die Angreifer*innen nicht ablassen und du den Ort nicht verlassen kannst, **probiere ein Hindernis zwischen dich und den Angreifer*innen zu bringen** (zum Beispiel einen Tisch, ein Auto oder eine Tür, die du zuhalten kannst).
- ➡ Wenn du den **Ort verlassen** kannst, versichere dich, dass dir die Angreifenden nicht folgen und versuche ihnen **nicht zu lange den Rücken zuzudrehen**. Überlege dir immer, **WO du hinläufst**, laufe nicht in Sackgassen oder an menschenleere Orte. **Versuche an belebten Orten** wie Geschäften, Imbissen oder Restaurants **Schutz** zu finden.
- ➡ Wenn du **angegriffen** wurdest, fahr in ein **Krankenhaus** und lass dir die Verletzungen **attestieren**. **Ruf Freund*innen, Familie an**, um über den **Angriff** zu **informieren**. Vielleicht können sie dich abholen oder nach Hause begleiten. Schreib ein **Gedächtnisprotokoll** und wende dich an eine **Opferberatungsstelle**.

3

Datum _____

Name _____

HINSCHAUEN | HANDELN BEI RECHTEN ANGRIFFEN



Beobachten **Ansprechen** **Handeln**

Du wirst Zeug*in eines Übergriffes

Beobachte ...



Versuche **ruhig** zu **bleiben** und nicht in Panik zu geraten. Tief durchatmen. **Sei aufmerksam**.

- ➔ **Selbstschutz beachten:** In manchen Fällen ist es wichtig, sofort einzugreifen, ansonsten ist es wichtig, die Situation kurz zu beobachten, um richtig handeln zu können.
- ➔ Wer und wieviele Personen sind Betroffene?
- ➔ **Wer** und zu **wievielt** sind die **Angreifenden**? (Täter*innenmerkmale merken)
- ➔ **Wer** gehört **noch** zu ihnen?
- ➔ Sind sie sichtbar **bewaffnet**?
- ➔ **Wo** sind **Ausgänge** und Wege in **Sicherheit**?
- ➔ **Wen** kann ich **ansprechen**, um mit mir zu handeln? (Passant*innen, Fahrer*innen, Ladenbesitzer*innen)

1

Betroffene ansprechen

„Kann ich Ihnen helfen?“



- ➔ Eigenschutz hat Vorrang. Es ist besser, **aus einer Gruppe heraus** zu handeln, um gemeinsam Stärke zu zeigen. Daher ist es wichtig, **Anwesende auf die Situation aufmerksam zu machen**, einzubinden und ihnen **Aufgaben** zuzuweisen.
- ➔ **Anwesende direkt ansprechen:** „Kommen Sie mit mir und helfen Sie mir einzuschreiten. „Rufen Sie bitte die Polizei an. Sagen Sie bitte dem Fahrpersonal Bescheid.“
- ➔ **Polizei über Notruf 110 anrufen:** „Eine Person wird jetzt **ORT** von **WIEVIELEN TÄTER_INNEN** angegriffen.“ **WER? WAS? WO? WEN?**
- ➔ **Verantwortliche vor Ort ansprechen,** z.B. das Fahrpersonal in Bus oder Straßenbahn: „Können Sie bitte **sofort anhalten/mitkommen** - eine Person wird angegriffen.“

2

Gemeinsam handeln



- ➔ Besser **neben** den **Betroffenen** **stellen** und **ansprechen:** „Was kann ich für dich tun?“
- ➔ Bringe die **Betroffenen in Sicherheit/aus dem Sichtfeld** und beobachte dabei weiter die Angreifer*innen. Wenn das nicht funktioniert, sprich die **Angreifenden aus einem Sicherheitsabstand an:** „Hören Sie damit auf! Ich/Wir haben die Polizei gerufen!“
- ➔ **Filme** die Angreifenden, ohne dich in Gefahr zu bringen.
- ➔ **DANACH:** Betroffenen **Hilfe anbieten** und sich **gemeinsam in Sicherheit bringen**. **Kläre** mit den **Betroffenen**, **ob** sie **verletzt** sind. **Begleite** sie ins **Krankenhaus** und denk an die **Attestierung** der Verletzungen. Schreibe ein **Gedächtnisprotokoll**, kontaktiere eine **Opferberatungsstelle**, biete dich als **Zeug*in** an und erstatte ggf. Anzeige.

3

Schüler*innen:

Fallbeispiel:

Arbeitsprozess	++	+	✓	-	--	
Rollenanforderungen in der Gruppe ausführlich diskutiert, Rollen gerecht innerhalb der Gruppe verteilt						Rollenanforderungen innerhalb der Gruppe nicht beachtet, Rollen ungerecht verteilt
Präsentation						
<i>Darstellung (individuell und der Gruppe):</i> Klare Aussprache, variationsreiches Ausdrucksvermögen, angemessene Betonung und Lautstärke, lebendige Mimik und Gestik						<i>Darstellung (individuell und der Gruppe):</i> Rolle meist abgelesen, stockend, undeutliche Aussprache, fehlende Betonung, fehlende Mimik und Gestik
<i>Inhaltliche Darbietung:</i> Fallbeispiel zusammenhängend, differenziert und/oder verständlich dargestellt						<i>Inhaltliche Darbietung:</i> Fallbeispiel zusammenhangslos, undifferenziert und/oder unverständlich dargestellt
<i>Kreativität:</i> Fallbeispiel kreativ und geschickt inszeniert						<i>Kreativität:</i> Fallbeispiel unkreativ und phantasielos inszeniert

Individuelles/Allgemeines

Datum _____

Name _____

ARBEITSHINWEISE

1. **Erläutern** Sie die **Ideengeschichte** der Wehrhaften Demokratie.
2. Stellen Sie die **Werte** und **Prinzipien** dar, die durch die Idee der Wehrhaftigkeit unserer Demokratie **geschützt** werden sollen.
3. Verschaffen Sie sich einen Überblick über die **Instrumente** der Wehrhaften Demokratie.
4. Diskutieren Sie in Gruppen die **Effizienz** und **Legitimität** dieser Instrumente. Bedenken Sie hierbei auch, welche **Probleme** mit Verboten und Einschränkungen einhergehen können.
5. **Verschriftlichen** Sie Ihre Ergebnisse der Gruppenarbeit als Vierer-Skript.

Welche Idee steckt hinter der Wehrhaften (auch: Streitbaren) Demokratie?

Die Bundesrepublik Deutschland hält nicht nur Instrumente gegen Menschen bereit, die die Demokratie beseitigen wollen, sondern auch gegen Menschen, die die Grundrechte missachten und negieren, um anderen Menschen und Gruppen zu schaden.

- 5 Das politische System der Bundesrepublik Deutschland nimmt hier Bezug auf die politische Arglosigkeit der Weimarer Republik (1919–1933), ihre uneingeschränkten Freiheitsrechte insbesondere gegenüber extrem rechten Gegner*innen der Demokratie und zugleich auf den nationalsozialistischen Aufstieg und die Etablierung der NS-Diktatur, die durch fehlende Schutzmechanismen der Weimarer Verfassung erleichtert wurden.

Nach diesen Erfahrungen arbeitete der *Parlamentarische Rat** 1948/49 eine neue

10 *Verfassung** für die Bundesrepublik Deutschland aus: Gegner*innen der Demokratie genießen in dieser nur eingeschränkte Freiheiten. Der Kern der Verfassung ist auf ewig geschützt. Gegen Menschen oder Gruppen, die die freiheitliche demokratische Grundordnung missachten, kann sich der Staat zur Wehr setzen, um das Wohl aller Menschen zu schützen.

Der **Parlamentarische Rat** waren die Frauen und Männer, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gemeinsam die bis heute gültige Verfassung, das Grundgesetz, erarbeiteten. Es wurde am 23. Mai 1949 verkündet.

- 15 Die freiheitliche demokratische Grundordnung (FDGO), einst vom Bundesverfassungsgericht definiert, umfasst die demokratischen Grundprinzipien und oberste Grundwerte, bspw. die Achtung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, vor allem des Rechts auf Leben und freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 GG), die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit
- 20 für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Ausübung einer Opposition.

Eine **Verfassung** ist ein rechtliches Regelwerk, das einem Staat zugrunde liegt und die wesentlichen Rechte und Pflichten des Staates und seiner Bürger festlegt. Auf der Verfassung basieren in der Regel alle weiteren Gesetze.

Es ist einer Regierung demnach nicht möglich die Demokratieprinzipien und die Grundrechte auf legalem Wege abzuschaffen.

Datum _____

Name _____

Welche Instrumente stehen dem Staat zum Schutz der Demokratie zur Verfügung?

Das Grundgesetz, das politische Strafrecht und die Rechtsprechung bilden den rechtlichen und rechtspolitischen Rahmen der Wehrhaften Demokratie. Verstöße gegen und Angriffe auf die freiheitliche demokratische Grundordnung können sanktioniert werden. Der Staat hält u. a. folgende Instrumente bereit:

5 Die Ewigkeitsklausel

„Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den *Artikeln 1 und 20** niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig.“ (Art. 79 Abs. 3 GG)

- 10 Diese sogenannte Ewigkeitsklausel garantiert, dass bestimmte Grundrechte und die *demokratischen Grundprinzipien** niemals aufgehoben werden können. Das Grundrecht „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ (Art. 1 GG) ist demnach unveränderbar und dient als oberste Rechtsnorm: alle Grundrechte und Gesetze sollen auf Artikel 1 aufbauen.

Artikel 20 GG legt unter anderem die Staatsstrukturprinzipien Deutschlands fest: Deutschland ist entsprechend unveränderbar eine Demokratie (Prinzip der Volkssouveränität, regelmäßige und freie Wahlen) und eine Republik; es herrschen Föderalismus, Sozialstaatlichkeit und Rechtsstaatlichkeit (u. a. Gewaltenteilung).

Das Verbot von Parteien

- 15 „Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der BRD zu gefährden, sind verfassungswidrig.

Die *demokratischen Grundprinzipien* in Deutschland basieren im Wesentlichen auf Artikel 1 und 20 GG*.

Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht.“ (Art. 21 Abs. 2 GG)

- 20 Das Verbot von Parteien erfolgte seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland zweimal. 1952 verbot das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) die neonazistische Sozialistische Reichspartei (SRP). 1956 folgte das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Der Versuch, die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) zu verbieten, scheiterte im Jahr 2017. Das BVerfG begründete dies wie folgt: „Lässt das Handeln einer Partei dagegen noch nicht einmal auf die Möglichkeit eines Erreichens ihrer verfassungsfeindlichen Ziele schließen, bedarf es des präventiven Schutzes der Verfassung durch ein Parteiverbot nicht.“¹

- 25 Das Verbot scheiterte also, da das BVerfG die NPD zwar als verfassungswidrig, jedoch nicht als ausreichend bedrohlich für die deutsche Demokratie einstufte.

¹ Pressemitteilung Nr. 4/2017 vom 17.01.2017 des Bundesverfassungsgerichts, in: www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/bvg17-004.html (zuletzt: 26.04.2019).

Datum _____

Name _____

Die Hürden für ein Parteienverbot sind demnach hoch angesetzt. Dies soll davor schützen, dass politische Konkurrenz/die Opposition schnell durch drohende Verbotsverfahren oder tatsächliche Verbote mundtot gemacht werden.

Das Verbot von Vereinigungen

- 5 „Vereinigungen, deren Zweck oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung* richten, sind verboten.“ (Art. 9 Abs. 2 GG)

Zum Gedanken der Völkerverständigung gehören die Anerkennung der Grundrechte aller Staaten, das Verbot militärischer Gewaltanwendung und das Verbot des Völkermordes. Ziel ist es, dass alle Staaten in friedlicher Übereinkunft

Mit dem Vereinsverbot geht die unverzügliche Auflösung des Vereins, der Einzug des Vereinsvermögens durch den Staat, das Verbot der Gründung von Nachfolge-

- 10 oder Ersatzorganisationen und das Verbot zur Weiternutzung von Kennzeichen des verbotenen Vereins einher. Seit Bestehen des Vereinsrechts im Jahr 1964 hat das Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (BMI) insgesamt 39 Vereine, darunter 17 rechte Organisationen, verboten. Die letzten Verbote rechter Vereinigungen betrafen die Internetplattform *Altermedia Deutschland* im Januar 2016 und die gewaltbereite Gruppierung *Weißer Wölfe Terrorcrew* im März 2016.

- 15 Auf Landesebene ergingen seit 1951 75 Verbote durch die Innenminister der Länder. In Brandenburg wurden seit 1990 insgesamt sieben Organisationen (Stand: Januar 2019) durch das Brandenburgische Innenministerium verboten. Alle sind dem rechten Spektrum zuzuordnen wie etwa die *Widerstandsbewegung in Südbrandenburg*, seit Juni 2012 verboten.

Die Verwirkung von Grundrechten

- 20 „Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit, die Lehrfreiheit, die Versammlungsfreiheit, die Vereinigungsfreiheit, das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis, das Eigentum oder das Asylrecht zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung missbraucht, verliert diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.“ (Art. 18 GG)

Dieses Instrument der Wehrhaften Demokratie blieb in der Praxis bislang bedeutungslos. Bisher wurden

- 25 vier Verfahren beim Bundesverfassungsgericht angestrengt, die Anträge jedoch abgelehnt. Es soll als präventives Mittel dienen und sich gegen Personen richten, die gewisse Grundrechte (z. B. die Meinungsfreiheit) missbrauchen, um aktiv gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung vorzugehen.

Datum _____

Name _____

ARBEITSHINWEISE

1. Erläutern Sie die **Kernbotschaft** der „Volkstod“-Kampagne*.
2. Stellen Sie anhand von **Beispielen** dar, inwieweit **das rechte Gedankengut** der verbotenen „Spreelichter“* **weiterlebt**.
3. Diskutieren Sie in Kleingruppen die **These** Dirk Wilkings, dass der Staat wirkungsvoll gegen die Strukturen der „Spreelichter“ vorgegangen ist, der Kampf gegen die rechte Ideologie jedoch **ungleich schwerer** zu sein scheint (Vgl. S. 2, Z. 7 f.).

Rechtsextreme „Spreelichter“ zündeln weiter

„[...] Ein Haufen Erde, zwei Teelichter und ein Holzkreuz versperren den Weg ins Landratsamt [Senftenberg]. An dem fingierten Grab prangen unzweideutige Botschaften: ‚Die Demokraten bringen uns den Volkstod‘. Und: ‚Europapolitik zerstört unser Volk.‘ Das Bild, das sich zu Wochenbeginn in Senftenberg bot, ist kein Einzelfall. [...] Neonazi-Propaganda* fand sich seit Ende Juni [2015] auch vor Schulen und Verwaltungsbauten in Lauchhammer, Großräschen und Elsterwerda.

Die rechtsextreme ‚Widerstandsbewegung in Südbrandenburg‘* ist seit [Juni 2012] verboten – doch zumindest ihr brauner Geist lebt weiter. Denn die ‚Volkstod‘-Kampagne trägt die Handschrift jener Gruppierung, die in der Szene angesichts effekthascherischer Aktionen wie Fackelmärschen als ‚Spreelichter‘ firmierte [=unter dem Namen ... existierte]. Deshalb ermittelt jetzt auch der Staatsschutz der Kriminalpolizei – wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz [durch die mögliche Wiederbetätigung einer bereits verbotenen Vereinigung].

[...] Nach MAZ-Informationen ist der frühere Kopf der ‚Spreelichter‘, Marcel F. aus Lübbenau, weiterhin in der Szene aktiv. Es ist nicht auszuschließen, dass er an der Fortsetzung der ‚Volkstod‘-Kampagne beteiligt ist. Dass die ‚Spreelichter‘ mit ihren aufwendig produzierten Videoclips im Internet zeitweilig eine große Reichweite erzielten, wird maßgeblich dem ehemaligen NPD-Mitglied zugeschrieben. [Er klagte] 2013 erfolglos vor dem Obergerverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg gegen das Verbot seiner Gruppierung [...].

Hinter den aufgeschütteten Gräbern mit Holzkreuzen stecken für Szene-Experte Dirk Wilking vom Mobilien Beratungsteam gegen Rechtsextremismus zweifelsfrei ‚Autonome Nationalisten‘. ‚Diese Leute orientieren sich eindeutig an der ‚Widerstandsbewegung in Südbrandenburg‘ und übernehmen die ästhetischen

Die „Spreelichter“ – auch: „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“ – sind im Juni 2012 durch den damaligen Innenminister Dietmar Woidke (SPD) verboten worden. Auf sich aufmerksam machte das Netzwerk etwa mit gespenstisch inszenierten Fackelzügen, die mit professionell produzierten Videos im Internet dokumentiert wurden.

Propaganda [die] ist der interessengeleitete Versuch einer gezielten Beeinflussung des Denkens, Fühlens und Handelns von Menschen.

Die „Volkstod“-Kampagne ist eine von den verbotenen „Spreelichtern“ initiierte Aktion, die bundesweit Nachahmer fand. Auf unangemeldeten Demonstrationen und bei Street-Art-Aktionen wird der demographische Wandel instrumentalisiert und der rassistischen Ideologie entsprechend zum Untergang des „deutschen Volkes“ umgedeutet.

Datum _____

Name _____

Elemente, die Formen und Inhalte dieser Vorbilder‘, sagt Wilking. ‚Die derzeit noch unbekannte Gruppe agiert vor allem im Bereich des südlichen Landkreises Oberspreewald-Lausitz und dürfte sich aus Schülern und Lehrlingen aus diesem Umfeld zusammensetzen.‘

5 Seit April 2014 beobachtet Wilking, wie Neonazis landesweit verstärkt an die ‚Volkstod‘-Kampagne der ‚Spreelichter‘ anknüpfen. Inhaltlich und formal orientierten sich auch die aktionsorientierten Gruppen ‚Licht und Schatten‘ in Potsdam und dem Umland und ‚Freie Kräfte Neuruppin‘ an diesem Vorbild, sagt Wilking. Gegen die Strukturen ist der Staat offenbar wirkungsvoll vorgegangen – doch der Kampf gegen die braune Ideologie scheint ungleich schwerer.“

Datum _____

Name _____

ARBEITSHINWEISE

1. **Fassen** Sie die Position des Autors **thesenartig zusammen**.
2. **Diskutieren** Sie in Paaren unter **Bezugnahme historischer und aktueller Aspekte** die **These** des Autors „*dass ein Staat, der nicht wehrhaft seine Werte vertritt und seine Gegner unterschätzt, permanent Gefahr läuft, unterminiert¹ zu werden*“ (Vgl. S. 2, Z. 8 f.).

Greifswalder Politikwissenschaftler: „Staat muss sich wehrhaft zeigen“

„PD Dr. Jens Hacke vertritt den Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte am Institut für Politik- und Kommunikationswissenschaft [an der Uni Greifswald].

[...] Im Interview mit der OSTSEE-ZEITUNG erklärt er, warum die Demokratie bedroht ist und was der Staat
5 dagegen tun kann.

OSTSEE-ZEITUNG: [...] Warum gerät das demokratische System der Bundesrepublik derzeit in Gefahr?

Jens Hacke: Dafür lassen sich eine Reihe von Ursachen nennen: Die Europäische Union steckt in einer Krise. Dabei war der Mehrwert der EU lange Zeit für alle Beteiligten klar. Der Abbau nationaler Grenzen, das Friedensprojekt Europa oder die gemeinsame Währung sind von breiten Mehrheiten getragen worden.
10 Heute gibt es eine Rückkehr zum nationalen Denken, das der EU nicht guttut. [Des Weiteren] beobachten wir eine Krise der Menschen- und Bürgerrechte, weil man nicht mehr weiß, wem diese Rechte zugestanden werden sollen: Asylsuchenden, Europäern oder Staatsbürgerinnen – wer gehört zu uns, wer muss draußen bleiben? [Es folgte] die endlose Thematisierung der Flüchtlingskrise, die zu neuen Fronten geführt und die Parteienlandschaft seit 2015 erheblich verändert hat. [...]

15 **OSTSEE-ZEITUNG:** Was kann der Staat gegen Rechtsradikalismus unternehmen?

Jens Hacke: Ich meine, dass keine rechtsfreien Räume entstehen dürfen und dass rechtsradikale Demonstranten wie in Chemnitz keinen Entfaltungsraum bekommen [sollten]. Wenn der Hitlergruß gezeigt wird oder Gewalt gegen Menschen angewandt wird [...], muss die Polizei das sofort unterbinden. Dazu gehören Platzverweise und Strafverfolgung. In Chemnitz hat das zu lange gedauert. Der Staat muss entschieden
20 auftreten und sich ganz konkret wehrhaft zeigen. Wehrhafte Demokratie heißt auch, dass staatliche Institutionen wie der Verfassungsschutz nicht in die Nähe von AfD-Interessenten geraten, wie es in der Affäre um den ehemaligen Verfassungsschutzpräsidenten Hans-Georg Maaßen geschehen ist. Solche Ereignisse erschüttern das Vertrauen in die Institutionen.

¹ unterminieren: in einem allmählichen Prozess bewirken, dass etwas zerstört wird

Datum _____

Name _____

OSTSEE-ZEITUNG: Kann man aus den Erfahrungen der Weimarer Republik konkrete Handlungsempfehlungen ableiten?

Jens Hacke: Konkrete Rezepte liefert die Geschichte nicht, aber Weimars Untergang erinnert daran, wie zerbrechlich die Demokratie ist. Der grundsätzliche Unterschied besteht darin, dass Weimar es mit einer heftigen ökonomischen und sozialen Existenzkrise zu tun hatte. Vom damaligen Elend und sechs Millionen Arbeitslosen sind wir weit entfernt. Der Staat befand sich damals in einem bürgerkriegsähnlichen Zustand. Militarisierte Verbände von rechts und links standen sich auf der Straße gegenüber. Davon kann [heute] nicht die Rede sein. [...] Aber das Beispiel der ersten deutschen Demokratie zeigte, dass ein Staat, der nicht wehrhaft seine Werte vertritt und seine Gegner unterschätzt, permanent Gefahr läuft, unterminiert zu werden. [...]“

Einstieg

Überlegungen zur Antirassismusklausel

- Rassismus in Brandenburg ist ein alltägliches, vergangenes und gegenwärtiges Phänomen, welches bereits etliche Todesopfer forderte (siehe Ausstellung).
- Klausel stellt Versuch dar, Rassismus per Gesetz zu ächten und Bewusstsein in Gesellschaft und auch innerhalb von Institutionen zu stärken.
- Kampfansage gegen Rassisten
- „Imagepflege“ des Landes, welches durch rassistische Übergriffe und Gewalt an Ansehen verloren hat
- Stärkung des gesellschaftlichen Engagements durch Unterstützung des Landes
- Stärkung des Demokratieverständnisses in der politischen Bildung und Jugendarbeit
- sprachliche Sensibilisierung der Gesellschaft und Institutionen (siehe Begriff „Rasse“)
- Engagement gegen Rassismus sollte nicht nur vom Staat, sondern auch von der Zivilgesellschaft ausgehen
> alle tragen Verantwortung!

Weiterführende Hinweise zur Einführung der Antirassismusklausel vom 5.12.2013

- Antirassismus-Klausel als Staatsziel in Landesverfassung verankert
- geht auf Beschluss aller Fraktionen des Brandenburger Landtags zurück
- bundesweit zweites Bundesland nach Mecklenburg-Vorpommern mit einer solchen Klausel in der Verfassung
- bundesweit zweites Bundesland nach Thüringen, welches den Begriff „Rasse“ (zuvor in Art. 12 Abs. 2 GG) aus der Verfassung tilgt; im GG findet Begriff noch immer Verwendung (hier sprachlicher Vergleich mit Art. 3 Abs. 3 GG möglich)

Erarbeitung I (AB D/1-3)

Hinschauen und Handeln

- individuelle und gruppenspezifische Umsetzung der Lösung/Reaktionsmöglichkeiten eines vorgegebenen oder selbst erdachten Fallbeispiels in einem Rollenspiel

Erarbeitung II (AB D/4)

1. Erläutern Sie die Ideengeschichte der Wehrhaften Demokratie.

- staatlicher Schutzmechanismus, der bei Menschen greift, die die Demokratie abschaffen wollen und/oder Grundrechte missachten, um Menschen/Gruppen zu schaden
- historische Folge der Weimarer Republik, in der Gegner*innen der Demokratie uneingeschränkte Freiheiten genossen
> Möglichkeit, die Demokratie mit legalen Mitteln (bspw. Wahlen) zu beseitigen und eine Diktatur zu errichten, soll unterbunden werden

2. Stellen Sie die Werte und Prinzipien dar, die durch die Idee der Wehrhaftigkeit unserer Demokratie geschützt werden sollen.

- Schutz von Werten und Prinzipien, die in freiheitlicher demokratischer Grundordnung verankert sind
 - Achtung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung (Art. 2 GG),
 - Unabhängigkeit der Gerichte,
 - Mehrparteienprinzip und Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit Recht auf verfassungsmäßige Ausübung einer Opposition,
 - Gewaltenteilung
- Schutz des Art. 1 GG
 - Schutz der Menschenwürde,
 - dient als oberste Rechtsnorm/Grundlage

Erarbeitung II (AB D/4)

- Schutz des Art. 20 GG
 - unveränderbare Strukturprinzipien wie Prinzip der Volkssouveränität, regelmäßige und freie Wahlen, eine Republik; Föderalismus, Sozialstaatlichkeit und Rechtsstaatlichkeit
- **3. Verschaffen Sie sich einen Überblick über die Instrumente der Wehrhaften Demokratie.**
- Grundgesetz, politisches Strafrecht und Rechtsprechung bilden rechtlichen und rechtspolitischen Rahmen der Wehrhaften Demokratie, der Angriffe auf die freiheitliche demokratische Ordnung sanktioniert.
- Instrumente des Grundgesetzes: Ewigkeitsklausel zum Schutz des Art. 1 GG und der Staatsstrukturprinzipien im Art. 20 GG (Art. 79 Abs. 3 GG), Parteienverbot (Art. 21 Abs. 2 GG), Vereinigungsverbot (Art. 9 Abs. 2 GG), Grundrechtsverwirkung (Art. 18 GG) etc.
- **4. Diskutieren Sie in Gruppen die Effizienz und Legitimität dieser Instrumente sowie die Problematik von Verboten für unsere Demokratie. Bedenken Sie hierbei auch, welche Probleme mit Verboten einhergehen können.**
- siehe Beispielergebnis eines Vierer-Skripts

Erarbeitung II – Vierer-Skript (AB D/4)	
Ja, die/individuelle Instrumente der Wehrhaften Demokratie sind effizient: • Erfahrung der Weimarer Republik gilt als Beweis der Notwendigkeit einer Wehrhaften Demokratie • verhindern, dass sich die Demokratie mithilfe demokratischer Mittel abschaffen lässt • Instrumente als Beweis der Staatsräson > Klare Setzung von Grenzen • Untermauern der freiheitlich - demokratischen Grundordnung als Wertekonsens • hohe Hürden beweisen das Funktionieren des Rechtsstaates (dieser schützt vor Missbrauch der Instrumente gegen politische Gegner*innen) • Durchführung von Verbotsverfahren können unabhängig vom Ausgang des Verfahrens dem Ansehen von Parteien in der Öffentlichkeit schaden und somit die kritische Auseinandersetzung fördern	Nein, die/individuelle Instrumente der Wehrhaften Demokratie sind nicht effizient: • „Ideologien lassen sich nicht verbieten.“ • Gefahr, dass Extremisten im Untergrund weiter agieren (Kontrolle wird erschwert, weitere Radikalisierung möglich) • unterschiedliche Umsetzbarkeit/Hürden: Vereinsverbot relativ häufig umgesetzt, Parteienverbote selten, Verwirkung von GR bisher gar nicht umgesetzt • alternative Instrumente: Medien als „Vierte Gewalt“ können in der Öffentlichkeit wirksam gegen verfassungsfeindliche Positionen argumentieren • Demokratie sollte sich in Diskussion mit gegenläufigen Positionen begeben und sie nicht unterbinden (Diskussion als wirksames Instrument der Demokratiebildung) • Gegner*innen bekommen Aufmerksamkeit und möglicherweise Zuspruch oder inszenieren sich als Opfer • Instrument „Verwirkung von Grundrechten“ hat lediglich Symbolcharakter, da das Instrument bisher keinerlei Anwendung fand • extrem Rechten durch gesellschaftliches Engagement entgegenzutreten, ist effizienter als sie juristisch zu bekämpfen
Ja, die/individuelle Instrumente der Wehrhaften Demokratie sind legitim: • Rassismus sollte in einer offenen Gesellschaft keinen Raum finden • Demokratie und ihre Werte müssen auch in Krisenzeiten geschützt werden können • Minderheiten bedürfen eines besonderen Schutzes durch den Staat • Schutz des Gesellschaftsfriedens und der inneren Sicherheit • zeigt Menschen in Deutschland, dass sie Schutz durch den Staat genießen (Schutzrechte) und vor diesem zugleich geschützt werden (Abwehrrechte) • hohe Hürden beim Parteienverbot unterstreichen besondere Stellung von Parteien in der Demokratie (Parteienprivileg) • Sicherheit aller ist wichtiger als die Freiheit eines Einzelnen	Nein, die/individuelle Instrumente der Wehrhaften Demokratie sind nicht legitim: • eine funktionierende Demokratie sollte den Schutz der Freiheit nicht durch Verbote garantieren • zum Pluralismus gehören auch unliebsame Positionen • die Grundrechte sollten für alle uneingeschränkt gelten • Einschränkung der Freiheitsrechte des Einzelnen

Erarbeitung III (AB D/5a)

1. Erläutern Sie die Kernbotschaft der „Volkstod“-Kampagne.

- Inszenierung einer akuten Gefährdung des „deutschen Volks“ durch Demokratie in Deutschland und EU
- Ausgrenzung durch Definition des Begriffs „deutsches Volk“ im Sinne der „Spreelichter“ und Nachahmer: Abgrenzung weißer Menschen ohne Migrationsgeschichte von allen anderen in Deutschland lebenden Menschen im Sinne eines rassistischen und sozialdarwinistischen Weltbildes
- Ziel: Spaltung der Gesellschaft
- von Ungleichheit ausgehendes Menschenbild, entsprechend Negierung des Art. 3 GG
- Aktionsorientierung und Streben nach (medialer) Wahrnehmung

Weiterführende Hinweise zum Begriff der „Volkstod“-Kampagne: Janna Petersen/Stella Hindemith:

Die Kampagne „Volkstod“ – das aktuelle Thema des demographischen Wandels wird umgedeutet, unter:

*www.belltower.news/die-kampagne-volkstod-das-aktuelle-thema-des-demographischen-wandels-wird-umgedeutet-40148
(zuletzt: 13.4.2019).*

2. Stellen Sie anhand von Beispielen dar, inwieweit das rechte Gedankengut der verbotenen „Spreelichter“* weiterlebt.

- Aktionen ehemaliger Angehörige der „Spreelichter“ oder Nachahmer:
 - Inszenieren von bundesweiten Fackelmärschen (unangemeldete Demonstrationen)
 - Aufschütten fingierter Gräber
 - Aufstellen von Holzkreuzen, um auf den vermeintlich drohenden Volkstod als Folge von Demokratie und EU-Politik zu verweisen
- Orientierung an der verbotenen „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“ und Übernahme ästhetischer Elemente, Formen und Inhalte der Aktionen durch andere Gruppierungen (möglicherweise Nachfolgevereinigungen)

3. Diskutieren Sie in Kleingruppen die These Dirk Wilkings, dass der Staat wirkungsvoll gegen die Strukturen der „Spreelichter“ vorgegangen ist, der Kampf gegen die rechte Ideologie jedoch ungleich schwerer zu sein scheint (Vgl. S. 2, Z. 7 f.). *Tipp: Überlegen Sie auch, was das über die Wirksamkeit von Vereinsverboten aussagt.*

- „Staat geht wirkungsvoll gegen Strukturen vor“
 - Art. 9 Abs. 2 GG (Verbot von verfassungsfeindlichen Vereinigungen möglich)
 - Schwächung extrem rechter Strukturen
 - Beschlagnahmung von Vereinsvermögen (Ressourcen schwinden)
 - Einengung von Agitationsräumen
 - Erschwerung öffentlicher Auftritte, Versammlungen und Demonstrationen durch mangelnde Organisationsstruktur
 - weniger Vernetzungsmöglichkeiten und -räume für Akteure
 - deutliches Zeichen des Staates
 - offene Werbung für rechte Ziele wird erschwert
- **ABER:** „Kampf gegen rechte Ideologien bleibt ungleich schwerer“
 - Möglichkeit des Erstarkens von Ersatzorganisationen oder ähnlich agierenden Organisationen, Formierung neuer Vereinigungen → erneute Verbotsverfahren sehr zeitaufwendig
 - Verbote suggerieren schnelles staatliches Handeln und Sicherheit: „Aus den Augen, aus dem Sinn“.
 - häufig Ausbleiben langanhaltender öffentlicher und politischer Diskussion über die Entstehungsursachen solcher Organisationen, ihr Handeln und ihr Wirken.
 - lediglich Bekämpfen der Symptome, nicht des gedanklichen Unterbaus
 - Radikalisierung der Anhängerschaft und Inszenierung als „Opfer eines autoritär agierenden Staates“ möglich
 - Umgehen der Verbote, weniger Kontrollmöglichkeiten z. B. durch alternative Kommunikationswege

- **Fazit:** Verbote allein reichen gegen extrem rechte Vereinigungen nicht aus, Mittel der Wehrhaften Demokratie, insbesondere Verbote, wirken hier nur begrenzt; weiteres gesellschaftliches und staatliches Engagement notwendig

Weiterführende Hinweise zur Effizienz und Legitimität von Vereinsverböten siehe Christian Spiegelberg: Was bringen Vereinsverböte zur Bekämpfung von Rechtsextremismus?, 21.09.2010, in: www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/debatte/kommentare/was-bringen-vereinsverbote-9687 (zuletzt: 17.04.2019).

Erarbeitung III (AB D/5b)

1. Fassen Sie die Position des Autors thesenartig zusammen

Thesen/Kernaussagen sind entsprechend der Aufgabe 1 **fett** unterlegt und Oberthemen zugeordnet.

1. Thesen zu den Gefahren unserer heutigen Demokratie:

Jens Hacke: Dafür lassen sich eine Reihe von Ursachen nennen: Die **Europäische Union steckt in einer Krise**. Dabei war der Mehrwert der EU lange Zeit für alle Beteiligten klar. Der Abbau nationaler Grenzen, das Friedensprojekt Europa oder die gemeinsame Währung sind von breiten Mehrheiten getragen worden. Heute gibt es eine **Rückkehr zum nationalen Denken, das der EU nicht guttut**. [Des Weiteren] beobachten wir eine **Krise der Menschen- und Bürgerrechte**, weil man nicht mehr weiß, wem diese Rechte zugestanden werden sollen: Asylsuchenden, Europäern oder Staatsbürgerinnen – wer gehört zu uns, wer muss draußen bleiben? [Es folgte] die **endlose Thematisierung der Flüchtlingskrise, die zu neuen Fronten geführt und die Parteienlandschaft seit 2015 erheblich verändert hat**. [...]

2. Thesen zu den Handlungsoptionen des Staates:

Jens Hacke: Ich meine, dass **keine rechtsfreien Räume** entstehen dürfen und dass **rechtsradikale Demonstranten** wie in Chemnitz **keinen Entfaltungsraum** bekommen [sollten]. Wenn der Hitlergruß gezeigt wird oder Gewalt gegen Menschen angewandt wird [...], muss **die Polizei das sofort unterbinden**. Dazu gehören **Platzverweise und Strafverfolgung**. In Chemnitz hat das zu lange gedauert. Der **Staat muss entschieden auftreten** und sich ganz konkret **wehrhaft zeigen**. Wehrhafte Demokratie heißt auch, dass staatliche Institutionen wie der **Verfassungsschutz nicht in die Nähe von AfD-Interessenten geraten**, wie es in der Affäre um den ehemaligen Verfassungsschutzpräsidenten Hans-Georg Maaßen geschehen ist. Solche Ereignisse **erschüttern das Vertrauen** in die Institutionen.

3. Vergleich mit der Situation in der Weimarer Republik:

Jens Hacke: **Konkrete Rezepte liefert die Geschichte nicht**, aber **Weimars Untergang erinnert daran, wie zerbrechlich die Demokratie ist**. Der **grundsätzliche Unterschied** besteht darin, dass **Weimar** es mit einer **heftigen ökonomischen und sozialen Existenzkrise** zu tun hatte. Vom damaligen **Elend und sechs Millionen Arbeitslosen** sind wir weit entfernt. Der Staat befand sich damals in einem **bürgerkriegsähnlichen Zustand**. **Militarisierte Verbände** von rechts und links standen sich auf der Straße gegenüber. Davon **kann [heute] nicht die Rede sein**. [...] Aber das Beispiel der ersten deutschen Demokratie zeigte, dass **ein Staat, der nicht wehrhaft seine Werte vertritt und seine Gegner unterschätzt, permanent Gefahr läuft, unterminiert zu werden**. [...]

2. Diskutieren Sie in Paaren unter Bezugnahme historischer und aktueller Aspekte die These des Autors „dass ein Staat, der nicht wehrhaft seine Werte vertritt und seine Gegner unterschätzt, permanent Gefahr läuft, unterminiert zu werden“.

- Der Autor nimmt direkten Bezug auf die Weimarer Republik und belegt seine These beispielhaft anhand der Geschichte Weimars.
- Er zählt Aspekte der Krise auf (Elend, Massenarbeitslosigkeit, Radikalisierung, bürgerkriegsähnliche Zustände etc.) und leitet daraus ab, dass sich die Demokratie Weimars aufgrund fehlender Instrumente nicht zur Wehr setzen konnte und abgeschafft werden konnte.
- Hacke betont demnach die Notwendigkeit, sich als Demokratie gegen die Feinde der freiheitlich demokratischen Grundordnung zur Wehr setzen zu können, um den Fortbestand der freiheitlich demokratischen Grundordnung sichern zu können.

- Der Autor zeigt auf, dass auch unsere Demokratie aktuellen Gefahren ausgesetzt ist: Menschen hinterfragen die Notwendigkeit einer EU, die bis dato Garant des Friedens nach dem Zweiten Weltkrieg war. Die Menschen- und Bürgerrechte stecken in der Krise. Die Flüchtlingsthematik wird zunehmend instrumentalisiert und spaltet europaweit Gesellschaften.
- Er weist darauf hin, dass der Staat aufgrund der aktuellen Gefahren/Krisen entschiedener auftreten und sich wesentlich stärker zur Wehr setzen muss, insbesondere bei der Strafverfolgung Rechtsextremer, die den Hitlergruß zeigen und Gewalt gegen Andersdenkende anwenden (siehe Chemnitz).
- Hacke betont, dass Menschen das Vertrauen in Institutionen/den Glauben an den Rechtsstaat nicht verlieren dürfen (siehe Affäre Maaßen).
- Auch die aktuelle Debatte um die Beobachtung der AfD (Teile der Partei kooperieren mit rechtsextremen Gruppierungen, verharmlosen die Verbrechen des Nationalsozialismus etc.) zeigt, dass es in Deutschland Personen und Gruppierungen gibt, die die freiheitlich demokratische Grundordnung ablehnen und bekämpfen.
- Der These des Autors entsprechend ist es also wichtig, dass der Staat seine Werte wehrhaft vertritt, um nicht zerstört zu werden.

Phase	Unterrichtsverlauf	Sozialform	Medien
Einstieg	Lehrer*in ... zeigt „Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Brandenburg vom 5. Dezember 2013“. Mögliche Impulse: 1. Erläutern Sie die Beweggründe und Ziele des Landes Brandenburg, die Verfassung um eine Antirassismus-Klausel zu ergänzen. 2. Nehmen Sie zu dieser Aussage Stellung: „[Der] CDU-Fraktionsvorsitzende Dieter Dombrowski wies darauf hin, dass die Ächtung des Rassismus als Staatsziel nur ein erster Schritt sein könne.“ 3. Nehmen Sie zu folgender Aussage Stellung: „Es handelt sich keinesfalls nur um Symbolik“, betonte Hans-Jürgen Scharfenberg, innenpolitischer Sprecher der Linken-Fraktion.	gUG	Modul D Einstieg
Überleitung	Lehrer*in ... betont, dass die Ächtung von Rassismus (in Wort und Tat) nicht nur Aufgabe des Staates, sondern auch der Zivilgesellschaft ist. ... weist darauf hin, dass Hinschauen und Handeln alle betrifft, auch, weil wir alle Zeug*innen von Rassismus und Gewalt werden können und es wichtig ist, Betroffene damit nicht allein zu lassen. ... stellt die Frage: „Doch welche Handlungsoptionen habe ich denn, wenn ich Betroffene*r oder Zeug*in von Rassismus und Gewalt werde?“	LV	
Erarbeitung I	SuS ... bilden Kleingruppen. ... setzen sich mit den Handlungsoptionen Betroffener und Zeug*innen auseinander und wenden diese anhand konkreter Beispielfälle an. ... erarbeiten ein zum Beispielfall passendes Rollenspiel, um Handlungsoptionen darzustellen, anzuwenden und zu verinnerlichen.	GA Rollenspiel	AB D/1-2
Sicherung I	SuS ... bilden großen Stuhlkreis und stellen Rollenspiel in der Mitte des Stuhlkreises (Fishbowl) dar. ... reflektieren Rollenspiel aus der Perspektive der Spielenden und der Beobachtenden. ... geben konstruktives Feedback und überdenken eigenes Handeln. ... diskutieren Lösungsansatz und stellen ggf. Alternativen vor.	Fischbowl* GA gUG	Rollenkarten- Feed- back- bogen (D/3)
Überleitung	Lehrer*in ... lässt SuS abschließend darüber diskutieren, inwiefern Zivilcourage (Hinschauen und Handeln) in unserer Demokratie von Bedeutung ist. ... weist auf Unterstützungsmöglichkeiten für Betroffene hin (z. B. Opferperspektive e. V. als Anlaufstelle) ... leitet dazu über, dass neben zivilgesellschaftlichem Engagement auch staatliches Handeln zur Stärkung der Demokratie notwendig ist (siehe Antirassismus-Klausel).	gUG	

Phase	Unterrichtsverlauf	Sozialform	Medien
Erarbeitung II	Lehrer*in ... bespricht Arbeitsaufträge und erläutert die Methode des Vierer-Skripts*. SuS ... erarbeiten Ideengeschichte der Wehrhaften Demokratie. ... erarbeiten die Werte und Prinzipien, die durch die Idee der Wehrhaftigkeit geschützt werden sollen. ... setzen sich in Gruppen kritisch mit der Effizienz und Legitimität aller/einzelner Instrumente der Wehrhaften Demokratie auseinander. ... diskutieren die Problematik von Verboten und Einschränkungen in einer Demokratie. ... halten die Ergebnisse in Form eines Vierer-Skripts* fest.	LV EA/GA Vierer-Skript*	AB D/4
Sicherung II	SuS ... präsentieren Ergebnisse des Vierer-Skripts. ... diskutieren die Ergebnisse im Plenum.	SV gUG	siehe Lösungsvorschläge
Vertiefende Erarbeitung III a	SuS ... erläutern die Kernbotschaft der „Volkstod“-Kampagne. ... stellen anhand von Beispielen dar, inwieweit das rechte Gedankengut der verbotenen „Spreelichter“ weiterlebt. ... diskutieren unter Bezugnahme ihres Wissens eine These des Experten Dirk Wilkings.	EA/PA/GA Plenum	AB D/5 a
Vertiefende Erarbeitung III b	SuS ... fassen das Interview mit dem Politikwissenschaftler Jens Hacke thesenartig zusammen. ... diskutieren unter Bezugnahme ihres Wissens aus der Erarbeitungsphase II eine These des Autors.	EA/PA	AB D/5 b
Sicherung III a/b	SuS ... präsentieren und diskutieren ihre Ergebnisse im Plenum.	SV, gUG	siehe Lösungsvorschläge

Phase	Unterrichtsverlauf	Sozialform	Medien
Abschluss- diskussion	Lehrer*in ... leitet zur Abschlussdiskussion des Moduls über. Mögliche Impulse/Zitate/Thesen, die im Plenum, als Hausaufgabe oder Abschlusstest thematisiert werden können: • Diskutieren Sie die Frage: „Wie viel Freiheit verträgt eine Demokratie und wie viel Schutz braucht sie?“ • Diskutieren Sie die These: „Die Demokratie schützt sich mit undemokratischen Mitteln vor ihren Feinden.“ • Inwieweit sind staatliche repressive Mittel ausreichend, um unsere Demokratie zu schützen? (hier erfolgt ein Rückbezug auf zivilgesellschaftliches Handeln, Erarbeitung I; zeigt, dass der Staat, aber auch die Gesellschaft Verantwortung zum Schutz der Demokratie übernehmen muss)	gUG	

Die **Fischbowl-Methode*** eignet sich sowohl für die Darstellung kleinerer Rollenspiele als auch für Diskussionen/Feedbackrunden in größeren Gruppen. Die SuS bilden hierzu einen großen Sitzkreis. Nacheinander präsentieren nun die Kleingruppen in der Mitte des Stuhlkreises ihr Rollenspiel. Die SuS im Außenkreis hören gut zu, beobachten die szenische Darstellung und machen sich für die sich anschließende Feedbackrunde relevante Notizen.

Die Methode des **Vierer-Skripts*** eignet sich besonders, um Ergebnisse aus Erarbeitungen und Diskussionen in der Gruppe festzuhalten. Dazu werden Stichpunkte auf einem Blatt mit vier Feldern festgehalten. Die Felder können hierbei die Ergebnisse verschiedener Aspekte thematisieren, auf die sich die Gruppe geeinigt hat, oder aber die individuellen Ergebnisse der SuS auf jeweils einem Feld festhalten.

AB = Arbeitsblatt; EA = Einzelarbeit; GA = Gruppenarbeit; gUG = gelenktes Unterrichtsgespräch; L = Lehrer*in; LV = Lehrervortrag; PA = Partnerarbeit; SuS = Schülerinnen und Schüler; SV = Schülervortrag